

URBANORMS

Exploring International City Networks in
Global Norm Dynamics



Anna Rethmann

**Cities in International City Networks: Membership reasons
in the context of global security**

Master's Thesis (revised and abridged, available in German only)

May 2025

About URBANORMS:

URBANORMS is a research project that studies the activities and structures of international city networks in global politics. Its mission is to understand how network structures influence the activities of international city networks in global norm dynamics and to explore the variance of these activities in reference to different institutional and political backgrounds.

URBANORMS was launched in Spring of 2022 at the Institute of International Relations of the TU Braunschweig. The research team comprises Prof. Dr. Anja P. Jakobi as Principal Investigator, Ronja Haenschen, M.A., and Dr. Bastian Loges.

Funding for this project is provided by the German Research Foundation (DFG).

Institute of International Relations (IIR)
Department Sozialwissenschaften

Bienroder Weg 97
38106 Braunschweig

Telefon: +49-531-391-8917
Fax-Nr.: +49-531-391-8918

www.city-networks.org
<https://www.tu-braunschweig.de/i>



Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1. Einleitung	4
2. Forschungsstand	7
2.1. Gründe für die Mitgliedschaft in einem internationalen Städtenetzwerk.....	7
2.2. Hindernisse für Städte in einem internationalen Städtenetzwerk	12
2.3. Sicherheitspolitische Herausforderungen für Städte	15
2.4. Übersicht Forschungsstand.....	18
3. Methoden und Daten	19
3.1. Auswahl der internationalen Städtenetzwerke und Städte	19
3.1.1. Übersicht und Vergleich der ausgewählten internationalen Städtenetzwerke ..	19
3.1.2. Übersicht und Vergleich der ausgewählten Städte	24
3.2. Datenzugang und Vorgehen bei der Online-Recherche sowie den Interviews	27
3.3. Datenlage.....	29
3.3.1. Augsburg.....	29
3.3.2. Berlin.....	30
3.3.3. Dresden	31
3.3.4. Düsseldorf.....	31
3.3.5. Halle (Saale)	32
3.3.6. Weißenfels	33
3.4. Übersicht Methoden und Daten.....	33

4. Analyse der Mitgliedschaft in den internationalen Städtenetzwerken Mayors for Peace und Strong Cities Network	35
4.1. Augsburg.....	35
4.2. Berlin.....	37
4.3. Dresden	47
4.4. Düsseldorf.....	51
4.5. Halle (Saale)	57
4.6. Weißenfels	61
4.7. Vergleich	66
5. Fazit und Ausblick.....	72

Literaturverzeichnis	75
-----------------------------------	-----------

Anhang

- a. Eidesstattliche Erklärung
- b. Konsensformular
- c. Interviewleitfaden
- d. Interviewtranskript Berlin 1 vom 20.08.2024
- e. Interviewtranskript Berlin 2 vom 13.09.2024
- f. Interviewtranskript Düsseldorf vom 29.08.2024
- g. Namensverzeichnis (vertraulich)

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vergleich Geografie und Demografie der ausgewählten Städte.....	24
Tabelle 2: Vergleich Datenlage der ausgewählten Städte	34
Tabelle 3: Vergleich der ausgewählten Städte hinsichtlich der Mitgliedschaft in MP	66
Tabelle 4: Vergleich der ausgewählten Städte hinsichtlich der Mitgliedschaft im SCN	69

Abkürzungsverzeichnis

C40	Climate Leadership Group
DDR	Deutsche Demokratische Republik
IAPMC	International Association of Peace Messenger Cities
ICAN	International Campaign to Abolish Nuclear Weapons
ICN	International City Network
IPPNW	International Physicians for the Prevention of Nuclear Weapons
MP	Mayors for Peace
RCN	Resilient Cities Network
SCN	Strong Cities Network
SDG	Sustainable Development Goals
SSOD-III	3rd Special Session of the UN General Assembly Devoted to Disarmament
TPNW	Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons
UN	United Nations
USA	United States of America
WCMPIS	World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity

1. Einleitung

Globale Herausforderungen wie der Klimawandel, Menschenrechtsverletzungen, Sicherheitsbedrohungen und Migration wirken sich unmittelbar auf die städtische Ebene aus. Aus diesem Grund werden Städte verstärkt aktiv und sind zentrale Akteure der *Global Governance*. Insbesondere die multilaterale Kooperation von Städten in Form von Städtenetzwerken ermöglicht globalen politischen Einfluss zu nehmen (Kosovac et al. 2021: 128f.). Trotzdem bleiben die spezifischen Gründe für eine Mitgliedschaft von Städten in einem Städtenetzwerk oftmals unklar und sollen in dieser Arbeit beleuchtet werden.

Die Zusammenarbeit von Städten in Städtenetzwerken besteht in Abgrenzung zu anderen Formen von städtischer Diplomatie wie ortsbezogenem globalem Engagement, kommunaler Außenpolitik, die Kooperation mit Partnerstädten und bilateralen Beziehungen sowie nichtkommunales bzw. internationales städtisches Netzwerken. Städtenetzwerke verknüpfen lokale Innovation mit internationaler Zusammenarbeit. Zudem verbinden Städtenetzwerke Städte mit anderen nationalen und internationalen Akteuren (Acuto et al. 2018: 4). Städtenetzwerke werden in aktueller Forschung als „transnational municipal network“ (Bansard et al. 2017; Kern & Bulkeley 2009), „transnational city network“ (Durmus & Oomen 2021; Keiner & Kim 2007), „world city network“ (Wall & Stavropoulos 2016) oder nur „city network“ (Acuto & Leffel 2021) benannt. In dieser Arbeit wird die Bezeichnung „International City Network (ICN)“ (Jakobi et al. 2024: 3) gewählt. Der Begriff schafft es, die charakteristischen Aspekte *international* und *Städte* hervorzuheben. Internationale Städtenetzwerke verfügen über mindestens drei Mitglieder aus jeweils unterschiedlichen Nationalstaaten. Mitglieder des Netzwerkes sind in der Regel Städte, andere Formen von Akteuren sind aber trotzdem möglich. Die Arbeit eines ICN sollte auf ein konkretes Themengebiet der *Internationalen Beziehungen* ausgelegt sein (Jakobi et al. 2024: 3).

Das Thema dieser Arbeit wurde in Anlehnung an das Forschungsprojekt *URBANORMS*, welches ICN in globalen Normdynamiken untersucht, gewählt. Das Projekt wurde im Jahr 2022 am *Institut für Internationale Beziehungen* der *Technischen Universität Braunschweig* gestartet. Die Projektleiterin ist Prof. Dr. Anja P. Jakobi (*URBANORMS* n.d.a). Das Projekt orientiert sich an fünf miteinander verbundenen Forschungszielen. Zum einen sollen die Aktivitäten der ICN in globalen Normdynamiken und in verschiedenen Politikfeldern systematisch betrachtet und bewertet werden. Zum anderen sollen ebendiese Aktivitäten mit Rückbezug auf die spezifische Netzwerkstruktur erklärt und in Form einer Datenbank zusammengetragen werden. Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Durchführung einer vergleichenden Netzwerkanalyse, damit Voraussetzungen für Handlungsfähigkeit der ICN identifiziert werden können. Zuletzt soll die Frage beantwortet werden, unter welchen Bedingungen lokale Akteure zu globalen Normen beitragen (*URBANORMS*, n.d.b).

Im Rahmen des Projektes wurde bereits dargestellt, welchen Beitrag Städte zu globalen Normdynamiken im Bereich HIV und AIDS leisten (Jakobi & Loges 2022). In einer anderen Arbeit wurde eine Stichprobe von 30 etablierten ICN in Bezug auf Ziele, Strukturen und Aktivitäten analysiert. Ziel des Aufsatzes war eine systematische Bewertung von ICN und ihrem Beitrag zur *Global Governance* (Jakobi et al. 2024). Des Weiteren wurden, im Kontext von URBANORMS, die internationalen Städtenetzwerke *Fast-Track Cities Initiative*, *Strong Cities Network* (SCN), *Cities Coalition of Digital Rights* und das *Rainbow Cities Network* hinsichtlich ihrer Kontexte, der Aktivitäten und der Netzwerkstrukturen analysiert und verglichen (Haenschen et al. 2024). In einem weiteren Aufsatz wurde die Rolle von Städten und ICN im Bereich der globalen Nuklearordnung sowie das ICN *Mayors for Peace* (MP) näher betrachtet (Jakobi 2024). Eine studentische Projektarbeit, an welcher ich selbst beteiligt war, hat sich mit den vier ICN MP, der *International Association of Peace Messenger Cities* (IAPMC), dem *Resilient Cities Network* (RCN) und dem SCN befasst. Ziel war es hier, einen Einblick in die Ziele, Strukturen und Aktivitäten von internationalen Städtenetzwerken im Bereich der Sicherheitspolitik zu erlangen (Haase & Rethmann 2024).

Die Perspektive der Mitglieder bzw. der Städte selbst, welche die zentralen Akteure von ICN sind, wurde bisher weniger stark fokussiert. Auch in der internationalen themenbezogenen Forschungsliteratur wird den Städten zwar eine Schlüsselposition und großer Einfluss auf globale Sicherheitsdynamiken zugesprochen, jedoch unzureichend betrachtet. Der Schwerpunkt dieser Untersuchungen liegt vielmehr auf Auswirkungen von Sicherheitsbedrohungen auf die urbane Ebene (Ljungkvist 2021: 13). An dieser Stelle soll die vorliegende Masterarbeit einen Beitrag zu den URBANORMS-Projektergebnissen leisten. Es soll die Frage beantwortet werden, welche Gründe deutsche Städte haben, Mitglied in einem ICN der Sicherheitspolitik zu sein. Zu diesem Zweck werden die sechs Städte Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels, welche sowohl eine Mitgliedschaft im internationalen Städtenetzwerk MP als auch im SCN haben, untersucht und im Rahmen eines Interviews befragt. Ziel der Arbeit ist es, Erkenntnisse über Motive, Interessen und Einschränkungen der Städte zu gewinnen. Zudem soll ein größeres Verständnis für die Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene generiert werden. Ein weiterer Untersuchungspunkt besteht darin, Gründe und Hindernisse einer ICN-Mitgliedschaft allgemein zu identifizieren. Zusätzlich soll die Interaktion von Städten und dem jeweiligen ICN in Form städtischer Aktivitäten betrachtet werden. Zuletzt kann ein Vergleich der Gründe, Hindernisse und Aktivitäten einer Mitgliedschaft von Städten in den internationalen Städtenetzwerken MP und SCN erfolgen, was Rückschlüsse auf die Bedeutung der ICN liefern kann.

Die konzeptionelle Grundlage bildet der Forschungsstand, welcher zum einen die Gründe und zum anderen die Hürden für die Mitgliedschaft von Städten in ICN im Allgemeinen oder aus anderen Politikfeldern vertieft und teilweise theoretisiert. Des Weiteren wird in einem dritten Teil präsentiert, was die besondere Rolle von ICN im Bereich der Sicherheitspolitik ist und mit welchen sicherheitsrelevanten Themen sich ICN in diesem Bereich auseinandersetzen. Zudem werden spezifische sicherheitsrelevante Herausforderungen deutscher Städte dargestellt. Die Ergebnisse zeigen auf der einen Seite, dass die Mitgliedschaft in einem ICN viele Vorteile birgt und die Handlungsmöglichkeiten von Städten erweitert. Auf der anderen Seite können Hürden den Beitritt oder die aktive Teilnahme einer Stadt in einem ICN einschränken. Gleichzeitig veranschaulicht der Forschungsstand die enge Verzahnung der Sicherheitspolitik mit anderen Politikfeldern, was eine Fokussierung auf sicherheitsrelevante Themen wie militärische Bedrohungen, Terrorismus und gesellschaftliche Spannungen erfordert. Diese Themen werden durch Polarisierung, Extremismus und Rassismus erweitert, da diese die Sicherheit in Deutschland besonders gefährden.

Im methodischen Teil wird dargestellt, welche und nach welchem Schema einerseits die ICN und andererseits die Städte für die Analyse ausgewählt wurden. Diese werden anschließend übersichtlich vorgestellt und zentrale Unterschiede und Gemeinsamkeiten werden aufgezeigt. Es erfolgt eine Vorstellung des methodischen Vorgehens bei der Recherche. Diesbezüglich werden die Auswahlkriterien bei der Online-Recherche über die Internetseiten der ICN und der Städte erläutert. In Hinsicht auf die Interviews wird der Leitfaden beschrieben. Die strukturierte Online-Recherche hat gezeigt, dass es zu einigen Städten nur einen sehr begrenzten Datenzugang gibt. Zudem konnten insgesamt nur drei Interviews mit Stadtvertretenden der Städte Berlin und Düsseldorf geführt werden, da die anderen Städte abgesagt oder nicht geantwortet haben.

Ziel der Analyse ist es, die Gründe, Hindernisse und Aktivitäten der sechs Städte im Rahmen der Mitgliedschaft in MP sowie dem SCN herauszuarbeiten. Die Analyse wird individuell für alle Städte und einzeln für jede Mitgliedschaft vorgenommen. In einem anschließenden Vergleich werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der zentralen Ergebnisse gegenübergestellt und bewertet.

Im Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst und präsentiert, sodass die Forschungsfrage, welche Gründe deutsche Städte haben, Mitglied bei einem ICN der Sicherheitspolitik zu sein, beantwortet werden kann. Zusätzlich erfolgt eine Diskussion der Ergebnisse sowie ein Ausblick, in Form von weiterführenden Fragen, die sich möglicherweise neu ergeben haben.

2. Forschungsstand

2.1. Gründe für die Mitgliedschaft in einem internationalen Städtenetzwerk

In der vorhandenen Forschungsliteratur zu ICN werden verschiedene Aspekte aufgeführt, die Gründe für eine Mitgliedschaft von Städten in ICN darstellen können. Diese werden im Folgenden zusammengetragen. In einem zweiten Schritt werden Forschungsergebnisse konkreter Politikbereiche veranschaulicht.

Städte sind meist als erstes und besonders stark von globalen Herausforderungen wie dem Bevölkerungswachstum, Terrorismus, Nachhaltigkeit, urbaner Gewalt, Migration und dem Klimawandel betroffen (Hartley 2019: 11). Die Mitgliedschaft in einem ICN kann Städten helfen, widerstandsfähiger gegenüber den verschiedenen globalen Herausforderungen zu werden (Davidson et al 2019b: 3545). Städte können das eigene wirtschaftliche Wachstum steigern, sich für städtische Angelegenheiten einsetzen und Lösungen für die Herausforderungen finden (Acuto et al. 2023: 520; Kosovac et al. 2021: 130). Des Weiteren besteht die Möglichkeit, Einfluss auf die *Global Governance* zu nehmen. Der Einfluss von Städten und städtischen Führungspersonen auf die *Global Governance* kann in fünf Punkten zusammengefasst werden. Zentrale Handlungsmöglichkeiten sind die Förderung von Regimen hinsichtlich Regulierung und kollektivem Handeln, die Hybridisierung von Regierungsstrukturen zu öffentlich-privaten Governance-Strukturen, unternehmerische Diplomatie, die normative Vermittlung zwischen globalen und lokalen Rechtsordnungen sowie die zentrale Rolle bei der Gestaltung der alltäglichen Dimension internationaler Angelegenheiten (Acuto 2013: 487). Diese Punkte können auf ICN übertragen werden.

Zunächst ermöglicht eine Regimebildung Städten die Teilhabe an globalen Themen. Regime sind in diesem Zusammenhang keine autoritären Herrschaftsformen, sondern freiwillige Zusammenschlüsse und Kooperationssysteme auf internationaler Ebene, hier ICN. Städte engagieren sich in ICN wie dem *World Mayors Council on Climate Change* oder der *Climate Leadership Group* (C40), um Umweltpolitik zu betreiben und den Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit zu fördern (Acuto 2013: 487). Auch die Menschenrechtspolitik ist ein globales Thema, mit welchem sich Städte bei ICN befassen. Ein Beispiel ist das ICN *Eurocities*, welches das Ziel verfolgt, Migration und Integration zu fördern (Acuto 2013: 488). Weitere globale Themen, welche Städte bei ICN bearbeiten, sind Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit, demokratische Rechenschaftspflicht, Infrastruktur, Regierungsführung sowie Sicherheit. Internationale Städtenetzwerke unterstützen politische Rahmenwerke und wollen deren Umsetzung vorantreiben. Beispiele sind die *UN New Urban Agenda*, die *UN Sustainable Development Goals* (SDG), das *Pariser Klimaabkommen* oder das *UN Sendai Framework for Disaster Risk Reduction* (Acuto 2016: 611f.; Hartley 2019: 11).

Internationale Städtenetzwerke können ein breites Spektrum oder ein konkretes Politikfeld abdecken, sie können sich aber auch auf ein globales Thema spezialisieren. Der Hauptgrund für die Bildung spezialisierter ICN ist, dass viele Städte heutzutage vor ähnlichen Herausforderungen stehen und die Spezialisierung auf einen Bereich, die Entwicklung und Verbreitung von neuen politischen Konzepten erleichtert und beschleunigt (Kern & Bulkeley 2009: 316). Einige exklusive ICN wurden basierend auf gemeinsamen Merkmalen der Städte wie der Bevölkerungsgröße, dem Entwicklungsstand und der geografischen Nähe gegründet, während andere ICN inklusiv sind und die Teilnahme aller interessierten Städte fördern. Inklusive ICN kennzeichnen sich meist durch eine verstärkte Solidarität der Städte, unabhängig von den genannten Merkmalen (Kosovac et al. 2021: 131).

Der zweite Punkt, die Hybridisierung von Regierungsstrukturen zu öffentlich-privaten Governance-Strukturen, beschreibt die zunehmende Zusammenarbeit der Städte mit dem Privatsektor, lokalen, nationalen und internationalen Akteuren. Internationale Städtenetzwerke bzw. Städte erfahren diverse Arten der Unterstützung, insbesondere technische und finanzielle Förderung durch die verschiedenen Akteure. Städte können diese Mittel verwenden, um Projekte und Strategien auf der eigenen lokalen Ebene umzusetzen und so die Ziele des ICN voranzutreiben (Acuto 2013: 489; Kosovac et al. 2020: 301). Durch die Mitgliedschaft in einem ICN wird Städten die Möglichkeit geboten, Teil von neuartigen und innovativen Koalitionen von Akteuren zu sein (Gordon & Craig 2018: 38). Internationale Städtenetzwerke können für Städte geeignet sein, die bereit sind, politische Experimente in partizipativen Kontexten durchzuführen (Acuto & Rayner 2016: 1162; Kosovac et al. 2021: 131).

Der dritte Aspekt der unternehmerischen Diplomatie umfasst die Möglichkeit für Städte durch ICN internationale Beziehungen, unabhängig von der eigenen Nationalregierung zu pflegen. Dies bewirkt größeren Einfluss der Städte auf die globale Agenda sowie eine erhöhte Sichtbarkeit und Relevanz (Acuto 2013: 490 7 Acuto et al. 2023: 520). Städte bilden durch den Zusammenschluss in Form von ICN auf globaler Ebene eine kollektive Identität und erhöhen damit ihre Teilnahme an weltpolitischen Prozessen (Gordon & Ljungkvist 2022: 60). Gleichzeitig stärken Städte ihre Legitimität und Rolle in globalen politischen Diskursen (Davidson et al 2019b: 3549). Die Teilnahme bei ICN ermöglicht Städten das Einbringen eigener Perspektiven in die *Global Governance* nach einem *Bottom-Up-Prinzip* (Jakobi et al. 2024: 2). Internationale Städtenetzwerke fungieren hier als Lobbygruppe und die Städte betreiben eine kollektive Interessenvertretung (Acuto et al. 2018: 7; Kosovac et al. 2020: 300).

Im Sinne des vierten Punktes haben Städte eine Mediatorenrolle inne. Es wird zwischen der globalen und lokalen Ebene vermittelt. Die globale Teilhabe von Städten durch eine Mitgliedschaft in einem ICN ermöglicht das Umgehen nationaler Normen oder Standards, indem internationale Rahmenbedingungen übernommen werden (Acuto 2013: 492).

Die direkte Verbindung zwischen der lokalen und höheren bspw. europäischen Ebene wird durch engagierte Städte, häufig auch Gründungsmitglieder des ICN, ermöglicht. Diese Städte vermitteln zwischen relevanten Politiknetzwerken und dem Vorstand des ICN. Entsprechende Städte werden bezeichnet als „policy entrepreneurs“ (Kern & Bulkeley 2009: 316). Städte haben die Möglichkeit und sehen sich in der Verantwortung, mutige Maßnahmen zu ergreifen, um weltweite Ziele voranzubringen, was Nationalstaaten aufgrund von Zwängen der eigenen Innenpolitik sowie der Notwendigkeit internationaler koordinierter Verhandlungen und Abstimmungen nicht könnten (Gordon & Ljungkvist 2022: 71).

Zuletzt nutzen Städte ICN, um globale Herausforderungen durch effektive, städtische Politikgestaltung und transnationale Vernetzung zu bewältigen. Internationale Städtenetzwerke bieten eine Plattform des Austausches bewährter Praktiken und innovativer Lösungen (Acuto 2013: 494; Acuto & Rayner 2016: 1161). Viele ICN veröffentlichen Berichte über eigene Maßnahmen, Pilotprojekte oder gängige Politiken (Acuto & Leffel 2021: 1762). Detaillierte Fallstudien bieten die Möglichkeit, Schwachstellen oder erfolgreiche Maßnahmen zu identifizieren und diese in der Zukunft zu berücksichtigen (van der Heijden 2018: 6). Städte werden durch ICN bei der Datenerhebung und Datenanalyse unterstützt, was zu einer Verbesserung lokaler Politiken führen kann. Der Austausch von Wissen und Innovationen zwischen den Städten wird gefördert (Acuto & Ghojeh 2019: 710). Die Vernetzungsmöglichkeiten und Partnerschaften mit anderen Städten sei einer der nützlichsten Vorteile der Mitgliedschaft in einem ICN (Acuto et al. 2018: 7).

Eine Untersuchung des *Chicago Councils on Public Affairs, City Leaders Lab at University College London* und der *Melbourne School of Design*, in welcher 27 Städte befragt wurden, zeigt, dass fast alle Städte positive Auswirkungen auf die eigene Stadt durch städtische Diplomatie im Rahmen einer Mitgliedschaft in einem ICN wahrnehmen. Der dabei genannte nützlichste Vorteil ist die Möglichkeit der Vernetzung mit anderen Städten. Weitere genannte Vorteile sind der praktische Wissensaustausch, gemeinsame Advocacy- und Lobbying-Aktivitäten, der *Peer-to-Peer Austausch* sowie der Zugang zu Informationen, Daten aus aktuellen Berichten und Forschungsergebnissen. Die Städte gaben an, dass sie aufgrund der aktiven Teilnahme in einem ICN eigene lokale Richtlinien geändert, die Kompetenzen des eigenen Personals ausgebaut und Pilotprojekte, basierend auf Erfahrungen anderer Städte, gestartet hätten. Zudem hätten einige Städte finanzielle Mittel für gegenwärtige oder zukünftige Projekte durch ICN erhalten (Acuto et al. 2018: 8).

Klima Governance ist häufig ein Schwerpunkt von ICN (Hartley 2019: 11). Städte haben hier eine besondere Position inne, da sie zum einen Teil des Problems und zum anderen Teil der Lösung sind. Städte sind für rund 70 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich, verbrauchen circa 75 Prozent der natürlichen Ressourcen und 80 Prozent der weltweiten Energiereserven. Die Lösung dieser globalen Herausforderung könnte daher die Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen auf lokaler Ebene darstellen (Bansard et al. 2017: 231). Eine Zusammenarbeit von lokalen und internationalen Akteuren könnte dazu beitragen, dass ehrgeizige Klimaschutzziele durch eine gemeinsame koordinierte Strategie erreicht und umgesetzt werden könnten (van der Heijden et al. 2018: 6). Darüber hinaus hätten ICN das Potenzial nationale Regierungen zu ambitionierteren Klimazielen zu ermutigen. Internationale Städtenetzwerke würden in diesem Zusammenhang eine geeignete Plattform bieten, um Strategien und Lösungen zu erarbeiten, z.B. in Hinsicht auf die Erreichung des 1,5 Grad-Zieles (Gordon & Craig 2018). Städte würden voneinander lernen und miteinander konkurrieren bspw. bei der Umsetzung von kohlenstoffarmen Innovationen und Politiken (Davidson et al. 2019a: 697). Es konnte ein moderat positiver Effekt auf die Umsetzung von Klimapolitik von Städten aufgrund der Mitgliedschaft in den ICN *Cities for Climate Protection* und C40 nachgewiesen werden (Bansard et al. 2017: 232). Das internationale C40 Städtenetzwerk dient Städten als aktives Forum des Austausches von Klimainitiativen durch Konferenzen, Workshops, Veranstaltungen oder offizielle Veröffentlichungen (Davidson et al. 2019a: 699). In großen ICN des Bereiches der Umweltpolitik wie *Climate Alliance* ist ein überwiegender Teil der Mitglieder eher passiv aktiv. Die Mitgliedschaft ist symbolisch und wurde initiiert, weil benachbarte oder befreundete Städte ebenfalls Mitglied beim entsprechenden ICN waren (Kern & Bulkeley 2009: 316). Trotzdem diene die Mitgliedschaft passiver Städte als Quelle der Legitimität und Inspiration für den Klimaschutz (Kern & Bulkeley 2009: 326).

Im Bereich der Menschenrechtspolitik wird Städten eine tragende Rolle zugewiesen, weil lokale Behörden die Wahrnehmung von Menschenrechten beeinflussen können und an der Umsetzung des Schutzes beteiligt sind. Die zentrale Aufgabe in diesem Bereich besteht darin, internationale Menschenrechtsnormen an lokale Bedürfnisse anzupassen. Rechtliche und politische Maßnahmen könnten das Gemeinwohl, den sozialen Zusammenhalt, Inklusion sowie die nachhaltige Entwicklung der Stadt fördern. Auch das *SDG 11 für nachhaltige Städte und Gemeinden* betont die wichtige Rolle lokaler Regierungen und Institutionen in diesem Zusammenhang (da Silva 2018: 309). Die Mitgliedschaft von Städten in ICN wie dem *Mayors Migration Council* ermöglicht die Teilnahme an internationalen Verhandlungen über Migration und Flüchtlingsfragen, sodass Einfluss genommen werden kann (Kosovac et al. 2020: 302).

Internationale Städtenetzwerke, welche sich auf die Bereiche Migration und Menschenrechte konzentrieren, setzen ihren Schwerpunkt vor allem auf die Etablierung geteilter Werte und Normen. Die Normen beziehen sich insbesondere auf soziale Gerechtigkeit und die Einbeziehung aller, einschließlich Migrant:innen. Im benannten Politikbereich verfolgen die ICN vier zentrale Funktionen und eröffnen Städten dadurch neue Möglichkeiten. Internationale Städtenetzwerke beeinflussen die globale politische Agenda und die Entwicklung des internationalen Rechts. Vielmehr sollen die geteilten Normen dabei helfen, das *fragmentierte internationale Rechtssystem* zu vereinfachen. Auf lokaler Ebene sollen geteilte Normen und Werte die Zusammenarbeit verschiedener lokaler Regierungen vorantreiben. Zudem sollen lokale Rechte und das Vorgehen lokaler Regierungen, auch durch Monitoring-Mechanismen von ICN, gefördert werden (Durmus & Oomen 2022: 1064). Internationalen Städtenetzwerken wird zugesprochen, dass sie oftmals entschlossener seien, globale Normen umzusetzen als nationale Regierungen (Jakobi et al. 2024: 2).

Insgesamt eröffnen sich für Städte durch eine Mitgliedschaft in einem ICN diverse Möglichkeiten. Städte können verstärkt Einfluss auf die *Global Governance* und die internationale politische Agenda nehmen. Durch die kollektive Interessenvertretung erhöhen Städte ihre Sichtbarkeit und stärken ihre Legitimität. Dabei können Städte internationale Normen übernehmen und nationale Standards umgehen. Städte agieren in ICN unabhängig von der eigenen Nationalregierung und können mit anderen privaten, lokalen und internationalen Akteuren kooperieren. Städte werden durch finanzielle, technische und andere Ressourcen unterstützt. Zudem können Städte durch die Vernetzung und den Wissensaustausch mit anderen Städten voneinander lernen und urbane Lösungen für die vielfältigen globalen Herausforderungen entwickeln. Die lokalen Politiken können durch Erfahrungsaustausch und gezielte Datenanalysen angepasst bzw. verbessert werden oder anderen Städten als Inspiration dienen. Internationale Städtenetzwerke ermöglichen Städten die Durchführung von Pilotprojekten und schaffen neue Experimentierräume. Die Teilnahme bei ICN fördert die Solidarität unter Städten.

2.2. Hindernisse für Städte in einem internationalen Städtenetzwerk

In diesem Teilkapitel sollen im Gegenzug mögliche Barrieren für Städte oder Limitationen von ICN erläutert werden, die in vorhandener Forschungsliteratur benannt werden. Darüber hinaus werden Forschungsergebnisse konkreter Politikbereiche aufgezeigt.

In der bereits erwähnten Untersuchung des *Chicago Councils on Public Affairs, City Leaders Lab at University College London* und der *Melbourne School of Design* wurde ebenfalls erfragt, welche Hindernisse es für die 27 Städte geben würde, aktiv in einem ICN mitzuwirken. Die Städte berichteten, dass der Faktor Zeit eine der größten Hindernisse darstelle. Zuständige Stadtvertretende hätten nur begrenzte zeitliche Kapazitäten, was die aktive Teilnahme oder den Beitritt in ein ICN verhindern könne. Auch die personelle Unterbesetzung in einigen Stadtverwaltungen wird als Hindernis angegeben. Ein weiterer Punkt sei die Herausforderung der Teilnahme an Sitzungen und Konferenzen aufgrund der dafür notwendigen Reisen. Des Weiteren seien städtische Gelder für externes Engagement limitiert. Zuletzt erklärten Städte, dass auch das Überangebot von ICN allgemein oder Veranstaltungen der ICN eine Schwierigkeit für die Städte, gerade in Bezug auf die begrenzten personellen und finanziellen Kapazitäten, darstelle (Acuto et al. 2018: 9).

Viele ICN sind sehr fragil und dauerhaft durch den möglichen Austritt von etablierten Mitgliedern oder Änderungen in der politischen Ausrichtung gefährdet (van der Heijden 2018: 6). Die Anzahl der ICN, die sich mit ähnlichen politischen Bereichen befassen, ist sehr hoch, sodass diese miteinander um die Aufmerksamkeit und die begrenzten Ressourcen der lokalen Regierungen konkurrieren. Auch andere Akteure wie die UN und private Organisationen beteiligen sich an diesem Wettbewerb, was dazu führt, dass die Zusammenarbeit und Koordination der Akteure erschwert wird. Städte selbst stehen vor der Herausforderung, eine Entscheidung zu fällen, in welche ICN oder Institutionen verfügbare Ressourcen investiert werden sollen, gerade in Bezug auf das globale Überangebot (Kosovac et al. 2021: 130). Die Finanzierung von ICN ist begrenzt. Ein Großteil der anfallenden Kosten muss von den einzelnen Städten selbst getragen werden und dies stellt insbesondere für kleinere oder ärmere Städte eine Hürde bezüglich der Netzwerkarbeit dar (Acuto 2016: 613). Die aktive Teilnahme an ICN ist für Städte, denen die Ressourcen fehlen, um sich vollständig zu engagieren, eine herausfordernde Aufgabe (Kosovac et al. 2021: 131). Fehlende finanzielle oder personelle Ressourcen führen dazu, dass Städte zu passiven Mitgliedern werden, da sie nicht an den Aktivitäten des ICN teilhaben oder Standards umsetzen können (Kern & Bulkeley 2009: 327). Die Nicht-Einhaltung der Standards wiederum hat den Effekt, dass Städte weniger externe finanzielle Unterstützung durch das ICN oder Förderinstitutionen erhalten (Kern & Bulkeley 2009: 326). Internationale Städtenetzwerke stehen vor der Herausforderung, nachhaltige Finanzierungsstrategien zu entwickeln (Acuto & Leffel 2021: 1765).

Viele ICN sind darüber hinaus stark abhängig von einer externen Finanzierung durch philanthropische Organisationen oder nationale Förderprogramme (Acuto & Leffel 2021: 1765). Durch die Hybridisierung *städtischer Governance* und die starke Verflechtung mit anderen Akteuren, auch hinsichtlich der Abhängigkeit von externer Finanzierung, kann eine Beeinflussung entgegen eigener städtischer Interessen vorliegen (Acuto 2013: 489). Es zeigt sich, dass die unternehmerische Diplomatie und die Aktivitäten von Städten auf der internationalen Ebene zu Spannungen oder Konflikten mit höheren Ebenen der nationalen und internationalen Beziehungen führen (Acuto 2013: 491). Eine weitere Herausforderung ist die schwache Einbindung von Städten und ICN in nationale und internationale Rahmenwerke. Es existieren keine formalen Mechanismen, die garantieren, dass Städte an globalen Entscheidungen beteiligt werden. Dazu kommt, dass viele nationale Regierungen das Potenzial von ICN nicht anerkennen und daher auch nicht ausreichend unterstützen. Es besteht ein Mangel der strategischen globalen Zusammenarbeit mit Städten bzw. ICN als aktive Partner (Acuto 2016: 613). Städte haben trotz der Mitgestaltung bei internationalen Angelegenheiten keinen „seat at the top table“ (Acuto 2016). Auch eine formale Rolle in der globalen Politik wird Städten nicht zuteil (Jakobi et al. 2024: 2).

Internationale Städtenetzwerke werden in vielen Fällen von Städten des *Globalen Nordens* dominiert. Diese geografisch und wirtschaftlich ungleiche Verteilung der Mitglieder kann zu einer Verzerrung der globalen Herausforderungen sowie zu monotonen Netzwerkaktivitäten und Handlungsstrategien führen (Acuto & Leffel 2021: 1764). Des Weiteren ist die Datengenerierung und Datenweitergabe der ICN oftmals unzureichend, obwohl dies eine Voraussetzung der SDG, des *UN Sendai Frameworks* und der *UN New Urban Agenda* ist. Zwar veröffentlichen viele ICN eigene Berichte über ihre Maßnahmen, es fehlt jedoch häufig an strukturierten Kommunikationswegen, damit Mitglieder die Informationen auf lokaler Ebene sammeln, speichern und teilen können. Zudem gibt es zu wenige global relevante urbane Messgrößen, die den Erfolg der Maßnahmen bestimmen können (Acuto 2016: 613). Nur ein geringer Anteil der ICN führt *Benchmarking-Studien* durch, die Verbesserungspotenziale identifizieren und die Leistung der ICN im internationalen Vergleich abbilden könnten (Acuto & Leffel 2021: 1764). Auch die Transparenz, Validität und Reliabilität von Maßnahmen ist aufgrund mangelnder Überwachungsverfahren in vielen ICN nicht gegeben (Bansard et al. 2017: 242). Die Verwaltungsstrukturen von ICN sind vielfältig und in einigen Fällen höchst komplex. Der Großteil der ICN verfügt über eine einstufige Struktur, welche sich durch ein zentrales Sekretariat und gleichberechtigte Mitglieder kennzeichnet. Andere ICN sind zweistufig aufgebaut und haben ein zentrales Sekretariat sowie nachgestellte Subnetzwerke mit teilweise eigenen Sekretariaten. Zuletzt gibt es ein pluralisiertes Verwaltungsmodell, bei welchem kein zentrales Verwaltungsorgan existiert. Die Mitglieder müssen sich eigenständig und dezentral organisieren (Acuto & Leffel 2021: 1764).

Je nach vorliegender organisatorischer Komplexität kann es für Städte schwierig sein, aktiv an Entscheidungsprozessen des ICN teilzuhaben oder sich einzubringen.

Eine Untersuchung verschiedener ICN des Bereiches der Umweltpolitik macht deutlich, dass eine ungleiche geografische Verteilung der Mitglieder vorliegt. Der *Globale Norden* dominiert, während der *Globale Süden* und schnell wachsende Regionen unterrepräsentiert sind. Auch die führenden und einflussreichsten Städte der ICN stammen überwiegend aus Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Internationale Städtenetzwerke im Bereich der Umweltpolitik setzen überwiegend Ziele mit einem geringen Ambitionsniveau. Es gibt ICN, die gar keine konkreten Ziele bspw. Emissionsminderungsziele setzen. Im Vergleich zu multilateralen Zielen von Nationalregierungen und anderen Akteuren heben sich die Klimaziele der entsprechenden ICN nicht ab. Auch bei der Datengenerierung gibt es bei den ICN des Bereiches der Umweltpolitik ein erhöhtes Verbesserungspotenzial (Bansard et al. 2017: 242). Gleichzeitig sei der Bereich der Klimaschutzpolitik sehr dynamisch und erfordere flexible Strategien. Bewährte Praktiken (*Best Practices*), die momentan als relevant und wirksam gelten, könnten in der Zukunft bereits ineffektiv sein (van der Heijden 2018: 6).

Die Zielsetzung einer geteilten lokalen Normimplementierung von ICN bspw. im Bereich der Menschenrechtspolitik oder in Zusammenhang mit HIV/AIDS-Politiken stellt ICN vor eine Herausforderung, weil nicht alle Städte offen für normative Veränderungen sind. Eine Untersuchung der *Fast-Track Cities Initiative* zeigt, dass zwischen normakzeptierenden, normverstärkenden und normwiderständigen Städten unterschieden werden kann. Normwiderständige Städte schließen sich dem ICN wohlmöglich gar nicht erst an (Jakobi & Loges 2022: 72). Dies kann dazu führen, dass die globale Normimplementierung verhindert und insgesamt die Wirksamkeit des ICN geschwächt wird. Ein weiteres Resultat könnte sein, dass interessierte Städte oder bereits etablierte Mitglieder den Sinn der Mitgliedschaft in einem geschwächten und geografisch einseitigen ICN in Frage stellen.

Zusammengefasst existieren einige Aspekte, die gegen eine Mitgliedschaft von Städten bei einem ICN sprechen. Stadtverwaltungen verfügen über begrenzte zeitliche und personelle Ressourcen sowie städtische finanzielle Mittel, die jedoch meist notwendig für die aktive Netzwerkarbeit sind. Das Überangebot und die Vielzahl konkurrierender ICN erschweren die Koordination und Priorisierung zusätzlich. Die Wirksamkeit von ICN wird vor allem dadurch beeinträchtigt, dass diese von vielen nationalen Regierungen nicht ausreichend anerkannt und als aktive Partner betrachtet werden. Auch geografische bzw. normative Ungleichverteilungen, unzureichende Transparenz, Validität und Reliabilität von Maßnahmen aufgrund mangelnder Überwachungsmechanismen sowie komplexe Verwaltungsstrukturen der ICN können für Städte ausschlaggebend dafür sein, sich nicht aktiv an einem ICN zu beteiligen oder überhaupt beizutreten.

2.3. Sicherheitspolitische Herausforderungen für Städte

Sicherheitspolitik wird definiert als „politisches Handeln unter Einsatz von Ressourcen mit dem Ziel, eine wahrgenommene Gefährdung abzuwenden oder einzudämmen, Risiken zu minimieren oder zu kontrollieren“ (Kühn 2010: 55).

Historisch gesehen ist die Sicherheit ein zentrales Konzept des lokalen Städtebaus. Dichte, durch Stadtmauern gut isolierte Siedlungen waren geschützter als verstreute ländliche Siedlungen (Ljungkvist 2021:2). Stadtmauern waren ein Symbol für Sicherheit. Auch andere Barrieren wie z.B. Gräben dienten dem Schutz vor Gefahren. Die sichere Stadt gilt als Voraussetzung der Entstehung der Zivilisation. Die Aufgabe, Sicherheit für die Bevölkerung zu garantieren, hat im Laufe des historischen Prozesses der Nationalstaat übernommen. Trotzdem bleibt städtische Sicherheit und der Bevölkerungsschutz wesentliches Element der Stadtplanung und des öffentlichen Lebens (Ljungkvist 2021: 3; Zelinka 1997: 43).

Der Begriff Sicherheit ist allgegenwärtig, die Bedeutung jedoch vage. Eine Erklärung dafür sind vor allem die unterschiedlichen externen und internen Faktoren, welche die Sicherheit beeinflussen können und die nur schwer voneinander abzugrenzen sind (Inoguchi 2003: 105f.). In Bezug auf eine Definition für Sicherheit kann zwischen einer globalen und urbanen Perspektive differenziert werden. In den *Internationalen Beziehungen* und entsprechender Forschungsliteratur des Politikfeldes überwiegt eine globale Perspektive, bei welcher der Schwerpunkt auf externen Sicherheitsbedrohungen liegt (Inoguchi 2003: 106). Die urbane Perspektive versteht Sicherheit als das Fehlen von externen und internen Bedrohungen sowie das subjektive Empfinden von Schutz durch die Bevölkerung (Vanderschueren 2013).

Das klassische Sicherheitsverständnis aus globaler Perspektive ist eher staatenzentriert und beschränkt sich hauptsächlich auf militärische Bedrohungen und deren Abwehr durch militärische Mittel (Ljungkvist 2021: 8). Externe Sicherheitsbedrohungen umfassen hier zwischenstaatliche Kriege, Konflikte zwischen innerstaatlichen bewaffneten Gruppen sowie politisch oder religiös motivierten transnationalen Terrorismus (Schneiker 2017: 3). Nach diesem Verständnis kann Sicherheit folgendermaßen beschrieben werden: „Wahrung der eigenen Autonomie gegenüber Bedrohungen, die aus potentiell unter Einsatz physischer Gewalt erfolgenden strategischen Interaktion mit anderen, auch nicht staatlichen, Akteuren resultieren“ (List 2006: 65). Auf globaler Ebene existieren völkerrechtliche Regelungen, die darauf abzielen, Sicherheit zu gewährleisten. Diese Regelungen sind jedoch primär auf Nationalstaaten ausgelegt und berücksichtigen die Komplexität der realen Welt nicht. Auch die Möglichkeiten für Sanktionen sind begrenzt (List 2006: 68).

Seit Ende des *Kalten Krieges* gilt die internationale Sicherheitspolitik zunehmend als ineffektiv, um die heutige Welt zu stabilisieren und Sicherheit auf globaler Ebene zu garantieren. Dieses Scheitern wird oftmals auf die Entstehung neuer Sicherheitsbedrohungen und Herausforderungen sowie die sinkende Steuerungsfähigkeit internationaler Akteure wie den UN oder der *North Atlantic Treaty Organisation* zurückgeführt (Daase 2010: 139). Der Politikwissenschaftler Christopher Daase (2010: 140) entschärft diese Kritik an der internationalen Sicherheitspolitik und führt als Begründung die These des „Wandels der Sicherheitskultur“ an. Demnach seien die Sicherheitsbedrohungen nicht neu, sondern Resultat einer veränderten Wahrnehmung politischer Probleme. Die sozialen Sicherheitsbedürfnisse würden sich verstärkt gegen die staatlichen Sicherheitsbedürfnisse durchsetzen und internationale Sicherheitsakteure dadurch vor eine nicht erfüllbare Aufgabe stellen. Daase erweitert den Sicherheitsbegriff durch vier Dimensionen. Die Referenzdimension bestimmt in diesem Zusammenhang wessen Sicherheit gewährleistet werden soll und auf wen die Sicherheitspolitik ausgelegt ist. Früher sei dies der Nationalstaat gewesen, heutzutage beziehe sich die Sicherheitspolitik auf das menschliche Individuum im Allgemeinen (Daase 2010: 143). Die Sachdimension identifiziert Politikbereiche, in denen Sicherheitsbedrohungen existieren und Maßnahmen zur Gewährleistung von Sicherheit vorgenommen werden sollen (Daase 2010: 144). Der Sicherheitsbegriff umfasse neben den klassischen militärischen Angriffen auch Gefahren wie den begrenzten Zugang zu vitalen Ressourcen, Umweltprobleme sowie Menschenrechtsverletzungen (Daase 2010: 145). Weitere Herausforderungen, die in anderer Forschungsliteratur aufgeführt werden, sind z.B. Infektionskrankheiten, soziale Missstände in gesellschaftlichen Strukturen oder instabile Finanzstrukturen (Schneiker 2017: 3; List 2006: 66; Gareis 2022: 6). Als drittes bezieht sich die Raumdimension auf das konkrete geographische Gebiet, für welches Sicherheit garantiert werden soll. Dies sei früher das Gebiet eines Nationalstaates gewesen, heutzutage seien auch über- sowie untergeordnete Ebenen Teil der Raumdimension (Daase 2010: 146). Die Gefahrendimension betrifft die Interpretation und Konzeptualisierung des Begriffes Gefahr. Sicherheitsprobleme würden traditionell als Bedrohung verstanden werden. Der Begriffswandel führe dazu, dass Gefahr nun mehr als Risiko aufgefasst werden würde, was einen stärkeren Fokus auf eine proaktive, vorbeugende und vorsorgende Sicherheitspolitik mit sich bringen würde (Daase 2010: 148).

Der beschriebene Wandel der Sicherheitskultur könnte eine Erklärung für die wachsende Rolle von Städten als internationale Sicherheitsakteure darstellen. Wie eingangs bereits erläutert, war die städtische Sicherheit zwar schon immer ein bedeutendes Thema, jedoch für eine lange Zeit eher Teil des Aufgabenbereiches von Nationalstaaten. Möglicherweise gewinnt die urbane Sicherheitspolitik aufgrund der veränderten Wahrnehmung und erweiterter Sicherheitsrisiken an Bedeutung, denn viele der globalen Sicherheitsrisiken wirken sich unmittelbar auf die urbane Ebene aus (Kosovac et al. 2021: 129).

Städte sind darüber hinaus häufig direkte Angriffsziele einer konventionellen sowie nuklearen Kriegsführung (Jakobi 2024: 3). Drei Viertel der weltweiten terroristischen Angriffe wurden auf Städte verübt (Ljungkvist 2021: 3). Hinzu kommen technologische Gefahren wie Infrastrukturausfälle, Krankheiten, organisierte Kriminalität oder ökologische Gefahren wie der Anstieg des Meeresspiegels, Wetterereignisse, Hitzewellen, Überschwemmungen, Wasserknappheit sowie die Beeinträchtigung der Energieversorgung (Ljungkvist 2021: 4). Nach Eric Corjin (2018: 33) stellen der Klimawandel, die wachsende soziale Ungleichheit und die Superdiversität die drei zentralen globalen Herausforderungen dar, welche im Kern urbaner Sicherheitspolitik stehen. Die zentrale Aufgabe urbaner Sicherheitspolitik ist die Entwicklung präventiver Sicherheitsmaßnahmen und die Bewältigung der Folgen von Sicherheitsrisiken. Städte stehen hierbei vor der Herausforderung, eigenständig Lösungen für die urbane Ebene zu erarbeiten und gleichzeitig ihre Interessen auf globaler Ebene zu vertreten (Ljungkvist 2021: 10).

Auch in Deutschland sehen sich Städte mit sicherheitsrelevanten Herausforderungen konfrontiert. Die kontinuierlich wachsende Stadtbevölkerung erhöht die Beanspruchung des öffentlichen Raums, gleichzeitig werden öffentlich zugängige Flächen aufgrund Verdichtung und Bebauung immer knapper. Dies führt zu Nutzungskonflikten des öffentlichen Raums. Insbesondere Lärmbelästigung, Vermüllung und Vandalismus stellen diesbezüglich ein großes Problem dar (Kromberg & Rau 2021: 16). Ein weiterer Punkt sind die steigenden Anforderungen an Sicherheitskonzepte bei Großveranstaltungen als Folge terroristischer Angriffe in Europa. Sicherheitsvorkehrungen werden teurer und umfangreicher, sodass Veranstaltungskosten oft nicht getragen werden können. Städte müssen sich entweder finanziell beteiligen oder Veranstaltungen müssen abgesagt werden (Kromberg & Rau 2021: 17). Außerdem verstärken Straftaten das Unsicherheitsgefühl der Stadtbevölkerung. Straftaten können Delikte im Bereich der Straßen- und Kleinkriminalität, terroristische Angriffe oder Amokanschläge sein. Beispiele sind die Terroranschläge am Breitscheidplatz in Berlin im Jahr 2016 sowie auf eine Synagoge in Halle (Saale) im Jahr 2019 (Kromberg & Rau 2021: 17f.). Des Weiteren führt die organisierte Kriminalität wie Clan-Kriminalität in einigen deutschen Städten zu einer Bedrohung der Sicherheit. Zudem besteht ein *Rassismus-Problem* in Deutschland, welches sich durch Diskriminierung sowie rassistisch motivierte Gewalt und Beleidigungen äußert. Die Sicherheit von bestimmten Bevölkerungsgruppen bspw. *People of Colour*, Menschen mit Migrationshintergrund oder einzelnen Religionsgruppen ist gefährdet. Ein Grund für diese steigende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit könnte die häufig unreflektierte und nicht empirisch belegte Vermischung von Integrations- und Sicherheitsfragen im gesellschaftlichen Diskurs sein (Kromberg & Rau 2021: 18).

Auch *Fake News* und andere Arten der Desinformation beeinflussen die Haltung der Gesellschaft. In Deutschland ist eine stetig zunehmende Radikalisierung, Polarisierung und ein politisch-motivierter Extremismus zu erkennen (Kromberg & Rau 2021: 19). Die zentrale sicherheitsbezogene Aufgabe von Städten besteht in Deutschland folglich darin Polarisierung, demokratiefeindliche Strömungen, Extremismus und Rassismus einzudämmen. Grundlage dafür sind nach Christian Kromberg und Anna Rau (2021: 29) ein breiter gesellschaftlicher Konsens für gegenseitige Toleranz sowie eine ausgeprägte städtische Resilienz. Zuständig für die urbane Sicherheit in deutschen Städten ist zum einen die Stadtverwaltung selbst und zum anderen die Polizei. Die Polizei wehrt Gefahren aktiv ab. Die städtischen Behörden sind verantwortlich für die Prävention von Gefahren. Im Grundsatz sind Stadt und Polizei dennoch an staatliche Vorgaben im Bereich der Sicherheitspolitik gebunden. Die konkrete Aufgabenverteilung zwischen den zwei Akteuren variiert je nach Bundesland (Kromberg & Rau 2021: 20).

2.4. Übersicht Forschungsstand

Die Mitgliedschaft in einem ICN birgt zahlreiche Vorteile und erweitert die Handlungsmöglichkeiten für Städte auf internationaler Ebene. Gleichzeitig können diverse Hindernisse die Teilnahme oder die aktive Netzwerkarbeit von Städten beeinträchtigen. Die Gegenüberstellung liefert einen Überblick über die potenziellen Chancen und Herausforderungen, die mit einer ICN-Mitgliedschaft einhergehen und dient als Grundlage für die spätere Analyse. Es soll untersucht werden, welche der aufgeführten Aspekte im Bereich der Sicherheitspolitik relevant sind.

Das Teilkapitel zu Städten im Bereich der Sicherheitspolitik verdeutlicht in diesem Kontext wie breit gefächert die urbane Sicherheit im urbanen Verständnis sein und kann und wie eng sie mit Themen anderer Politikfelder verknüpft ist. Die erfordert eine Eingrenzung des Politikfeldes für die Analyse. Klassische ICN im Bereich der Umweltpolitik und Menschenrechtspolitik wurden bereits verstärkt untersucht und des wurden bereits viele Forschungsergebnisse gesammelt, weshalb diese Themen in der Analyse weniger fokussiert werden sollen. Sicherheitsrelevante Herausforderungen, die in dieser Untersuchung priorisiert werden, sind dementsprechend Terrorismus, gesellschaftliche Spannungen durch soziale Ungleichheiten oder klassische externe militärische Bedrohungen. In Deutschland ist die Sicherheit insbesondere durch Polarisierung, Extremismus und Rassismus gefährdet, was die Stärkung städtischer Resilienz sowie einen gesellschaftlichen Konsens erfordert. Ein Fokus liegt auf ICN, die sich auf die genannten Themen konzentrieren.

3. Methoden und Daten

3.1. Auswahl der internationalen Städtenetzwerke und Städte

Die Analyse soll Gründe, Hindernisse und Aktivitäten deutscher Städte in ICN der Sicherheitspolitik abbilden. Für die Auswahl der Städte, die im Rahmen dieser Masterarbeit untersucht werden sollen, werden Städte gewählt, die Mitglied in einem ICN der Sicherheitspolitik sind. Dabei wird die Auswahl auf deutsche Städte begrenzt. Vier ICN, die in aktueller Forschungsliteratur aufgeführt werden und sich mit den zuvor genannten sicherheitsrelevanten Herausforderungen und insbesondere der Stärkung städtischer Resilienz auseinandersetzen, sind MP, IAPMC, RCN und SCN (Acuto & Rayner 2016: 1154; Jakobi 2024: 8). Es erfolgt eine Sichtung der Mitglieder dieser genannten ICN.

Im Mai 2024 hat MP 888 Mitglieder aus Deutschland (MP 2024a). Die Städte Rostock und Berlin sind die einzigen deutschen Städte der IAPMC (IAPMC 2024a). Im RCN befindet sich keine Mitgliedstadt aus Deutschland (RCN 2023a). In Hinsicht auf das SCN verfügen die sechs Städte Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) sowie Weißenfels über eine Mitgliedschaft (SCN 2024a). Aufgrund der geringen Fallzahl bezüglich der internationalen Städtenetzwerke IAPMC und RCN werden die entsprechenden ICN bzw. Städte nicht für die Analyse herangezogen. Das SCN hingegen weist mit sechs Städten aus Deutschland hinsichtlich der Durchführung einer Online-Recherche und Interviews eine gute Untersuchungsgröße auf. Da die sechs Mitgliedstädte des SCN ebenfalls Mitglieder der MP sind, bietet sich an dieser Stelle eine vergleichende Analyse der Städte in Bezug auf die Mitgliedschaft in zwei unterschiedlichen ICN des Bereiches der Sicherheitspolitik an. Folglich werden bei dieser Betrachtung die Städte Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels als Mitgliedstädte von MP sowie des SCN analysiert und befragt.

3.1.1. Übersicht und Vergleich der ausgewählten internationalen Städtenetzwerke

Das folgende Teilkapitel stellt eine kurze Einführung in die ICN *Mayors for Peace* und *Strong Cities Network* dar. Dabei sollen deren Ziele, Struktur und mögliche Aktivitäten der Städte prägnant und vergleichend dargestellt werden. Der Überblick soll die Relevanz und Funktionsweise der beiden ICN für die Mitgliedstädte im Bereich der urbanen Sicherheitspolitik veranschaulichen. Aktivitäten der ICN und Handlungsmöglichkeiten der Mitglieder werden ebenfalls aufgeführt. Dies bildet die Grundlage für die anschließende Analyse der sechs ausgewählten Städte hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft.

Mayors for Peace wurde in Folge atomarer Bombenabwürfe der USA auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 gegründet. Beide Städte wurden weitestgehend zerstört und mehr als 210.000 Menschen wurden getötet (Haase & Rethmann 2024: 21). Daraufhin forderte der damalige Bürgermeister Hiroshimas Takeshi Araki Städte weltweit dazu auf, die Abschaffung von Atomwaffen durch Engagement über nationale Grenzen hinweg voranzutreiben. In Zusammenarbeit mit Nagasaki wurde 1982 zunächst die *World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity* (WCMPIS) ins Leben gerufen, die im Jahr 2001 in *Mayors for Peace* umbenannt wurde (Haase & Rethmann 2024: 22). Eine Registration des ICN als offizielle Nichtregierungsorganisation mit Sonderberatungsstatus des Wirtschafts- und Sozialrates der *Vereinten Nationen* (UN) erfolgte im Jahr 1991 (Haase & Rethmann 2024: 23). Das Leitbild des ICN ist die Schaffung eines dauerhaften Weltfriedens. Im Verständnis der MP sind die Gefahr des Einsatzes von nuklearen Waffen durch Terroranschläge oder einzelne Staaten sowie vitale Herausforderungen wie Hunger, Armut, die Notlage von Geflüchteten, Menschenrechtsverstöße oder die Zerstörung der Umwelt die zentralen globalen Sicherheitsbedrohungen. Eine nukleare Abrüstung der Staaten soll durch gemeinsame Werte der Weltbevölkerung gefördert werden. Der weltweite Konsens soll politischen Entscheidungstragenden den Mut verleihen, einen politischen Wandel voranzutreiben. Darüber hinaus soll eine kommunale Zusammenarbeit und städtische Solidarität dabei helfen, Lösungsansätze für globale Herausforderungen zu entwickeln (Haase & Rethmann 2024: 22). Die aktuellen drei fundamentalen Ziele der MP sind die Realisierung einer Welt ohne Atomwaffen, die Schaffung sicherer und resilenter Städte sowie die Förderung einer Friedenskultur. Diese Ziele wurden von den Mitgliedern des ICN im Jahr 2021 in der *Vision for Peaceful Transformation to a Sustainable World: Peacebuilding by Cities for Disarmament and Common Security* veröffentlicht. Des Weiteren existiert ein *MP-Aktionsplan*, dessen Umsetzung die Zielerreichung fördern soll. Der *MP-Aktionsplan*, welcher auf den Zeitraum 2021 bis 2025 ausgelegt ist, umfasst die folgenden vier Kernpunkte: Teilen der *Hibakusha*-Erfahrungen, Förderung der SDG, Ausbau einer internationalen und öffentlichen Unterstützung sowie die Etablierung des ICN zu einer global anerkannten Organisation (Haase & Rethmann 2024: 23). Als *Hibakusha* werden die überlebenden Menschen des Atombombenangriffs auf Hiroshima und Nagasaki bezeichnet.

Im Oktober 2024 hat MP 8.426 Mitglieder aus 166 Ländern bzw. Regionen. Insgesamt besteht das ICN aus 3.361 asiatischen, 137 ozeanischen, 439 afrikanischen, 3.403 europäischen, 343 nordamerikanischen sowie 743 lateinamerikanischen Städten (MP 2024b). Das ICN weist damit eine asiatisch-europäische Dominanz auf. Das ICN arbeitet mit Städten, aber auch kleineren Verwaltungseinheiten wie Stadtbezirken oder Gemeinden zusammen (MP n.d.).

Die Finanzierung der Arbeit der MP erfolgt vorwiegend durch Mitgliedsbeiträge. Seit 2015 werden die Mitglieder jährlich gebeten, einen Beitrag von 2.000 japanischen Yen zu leisten, was rund 12 Euro (Stand: 24.10.2024) entspricht. Diese finanziellen Mittel dienen der Umsetzung von Projekten des *MP-Aktionsplans* sowie der Finanzierung zukünftiger Aktivitäten des ICN. Städte, die nicht in der Lage sind, den Beitrag zu zahlen, können eine Befreiung beantragen. Dabei drohen keine Sanktionen oder ein Ausschluss aus dem ICN und es besteht die Möglichkeit, den Beitrag in den folgenden Jahren nachzuzahlen. Zusätzlich zu den finanziellen Beiträgen unterstützen Städte das ICN durch den Einsatz von Ressourcen wie Zeit, Arbeitskraft und die Durchführung eigener Projekte auf kommunaler Ebene. Offiziell werden Städte durch ihre *Mayors* repräsentiert. Das internationale Städtenetzwerk MP ist einstufig aufgebaut. Es gibt eine Präsidenten-Stadt, Hiroshima, in welcher auch das Sekretariat des ICN verortet liegt. Des Weiteren existieren zehn Vizepräsidentenstädte, neun Exekutivstädte sowie eine leitende Stadt für jedes vertretende Land. Diese Struktur und klar definierte Zuständigkeiten sollen eine effektive Koordination der Netzwerkarbeit gewährleisten (Haase & Rethmann 2024: 24).

In Bezug auf die Netzwerkarbeit und spezifische Aktivitäten des ICN stehen vor allem die Friedenserziehung, Bewusstseinsschaffung für nukleare Waffen und Massenzerstörung sowie die Erinnerungskultur der *Hibakusha* im Fokus. Zu den Hauptaktivitäten der MP gehören Gespräche mit den UN und Nationalregierungen, die Erstellung und Bereitstellung von Memoiren der *Hibakusha*, die Verteilung von *Hibaku-Baumsamen*, das *Youth Exchange for Peace Support Program* und der Kinder-Kunstwettbewerb *Peaceful Towns*. Zudem finden Webinare zum Thema Friedenserziehung statt. Die Zusammenarbeit der Mitglieder wird durch eine Generalversammlung, welche alle vier Jahre abgehalten wird, gefördert. Die Exekutivstädte treffen sich zusätzlich alle zwei Jahre zu einer Exekutivkonferenz (Haase & Rethmann 2024: 27). Ein bedeutender Meilenstein der Netzwerkarbeit ist die im Januar 2021 in Kraft getretene Petition *Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons* (TPNW). Diese ist das Ergebnis jahrelanger Zusammenarbeit zwischen MP den UN, verschiedenen internationalen Nichtregierungsorganisationen, der *International Campaign to Abolish Nuclear Weapons* (ICAN) sowie den *International Physicians for the Prevention of Nuclear Weapons* (IPPNW) sowie weiteren Akteuren (Rethmann & Haase 2024: 24). Eine Empfehlung möglicher Aktivitäten der MP gegenüber der eigenen Mitglieder umfassen die Unterstützung der zuvor genannten Petition, die Organisation und Durchführung friedensbezogener Veranstaltungen wie z.B. die *MP Atomic Bomb Poser Exhibition*, das Einladen von Stadtvertretenden benachbarter oder befreundeter Städte zu einer Mitgliedschaft in MP sowie die Teilnahme an der Generalversammlung des ICN (MP n.d.).

Strong Cities Network wurde im Jahr 2015 im Rahmen der UN Generalversammlung New York gegründet. In Zusammenarbeit mit dem *Institut für Strategischen Dialog* sowie Stadtvertretenden und Partner:innen aus verschiedenen Regierungen wurde das SCN konzipiert (Haase & Rethmann 2024: 39). Das Leitbild des ICN ist ein weltweites friedliches Zusammenleben, welches durch die Bekämpfung aller Formen von Hass, Extremismus und Polarisierung erreicht werden könnte. Im Verständnis des SCN sind die größten globalen Sicherheitsbedrohungen insbesondere Menschenrechtsverletzungen durch Gewalt und Hasskriminalität, weshalb Respekt und Toleranz gefördert werden müssten. Die Ziele des ICN sind schriftlich in Form eines Strategiepapiers festgehalten und umfassen die Unterstützung von Städten zur Stärkung städtischer Resilienz sowie die Entwicklung von Resilienzprogrammen. Des Weiteren sollen die Koordination und Kooperation von National- und Lokalregierungen sowie der eigenen Mitglieder gefördert werden. Einen zentralen Punkt stellt zudem die Förderung von Stadtvertretenden dar, die das Leitbild des SCN vertreten (Haase & Rethmann 2024: 39).

Im Oktober 2024 hat das SCN 248 Mitglieder. Europa ist mit einer Anzahl von 101 Städten im SCN vertreten. Es gibt 52 afrikanische und 48 asiatische Mitglieder. Zudem stammen 36 Mitglieder aus dem nordamerikanischen Kontinent und zehn Städte aus dem südamerikanischen Kontinent. Nur eine Stadt nimmt aus Ozeanien teil (SCN 2024a). Das ICN weist eine europäische Dominanz auf. Eine Zusammenarbeit findet nicht ausschließlich mit Städten, sondern auch mit Gemeinden, Provinzen und Landkreisen statt (Haase & Rethmann 2024: 41).

Die Mitgliedschaft im SCN ist kostenfrei. Das ICN ist auf die freiwillige Bereitstellung finanzieller Mittel und Sachspenden durch die Mitglieder, nationale Regierungen oder internationale Organisationen wie die *Europäische Union* angewiesen, um Aktivitäten durchführen zu können (Haase & Rethmann 2024: 39). Das internationale Städtenetzwerk SCN ist einstufig aufgebaut. Es existiert ein *internationaler Lenkungsausschuss*, welcher sich aus Stadtvertretenden aus 25 Mitgliedstädten zusammensetzt und alle zwei Jahre über die strategische Ausrichtung sowie Prioritäten des SCN diskutiert und diese festlegt. Zudem gibt es eine *Management Unit*, die dem *internationalen Lenkungsausschuss* beratend zur Seite steht und diesen unterstützt (Haase & Rethmann 2024: 39). Das Zentralteam der *Management Unit* setzt sich im Oktober 2024 aus dem Geschäftsführer Eric Rosand, der stellvertretenden Geschäftsführerin Allison Curtis, acht Mitarbeitenden sowie regionalen Arbeitsgruppen mit zwei bis drei weiteren Mitarbeitenden zusammen. Die Arbeitsgruppen, sogenannte *Hubs*, sind der *East & Southern Africa Regional Hub*, *Middle East & North Africa Regional Hub*, *South Asia Regional Hub*, *Western Balkans Regional Hub* und *North America und Young Cities* (SCN 2024b).

In den regionalen Arbeitsgruppen sind zusätzlich lokale Expert:innen vertreten, die eng mit den entsprechenden Städten und Stadtvertretenden zusammenarbeiten. Zuletzt dient ein Expertenpool, bestehend aus einer elitären Gruppe mit umfassender Erfahrung und Expertise, der Unterstützung der *Management Unit* sowie den Mitgliedern des SCN. Der Aufbau des ICN soll den Mitgliedern eine Vielzahl an Möglichkeiten liefern, sich aktiv in das SCN einzubringen und dessen Agenda zu beeinflussen (Haase & Rethmann 2024: 40).

Die Aktivitäten des SCN zielen im Kern darauf ab, dass der Austausch von Städten erleichtert wird und diese aktiv unterstützt werden können, damit eine erhöhte Sicherheit und Resilienz erreicht werden können. Städte sollen voneinander lernen und gemeinsam Lösungen für Herausforderungen erarbeiten oder bewährte Praktiken austauschen. Zu diesem Zweck führt das SCN eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen wie Workshops, Austauschprogramme, bürgermeisterliche Führungsinitiativen, *Global Summits* sowie weitere Online- und Offline-Formate durch. Das ICN verfügt über eine Überwachungs- und Evaluierungsfunktion, durch welche die Netzwerkaktivitäten anhand von speziellen Indikatoren überwacht und bewertet werden können. Die *Management Unit* hat so die Möglichkeit, eine Anpassung der Arbeitsweise und Methoden vorzunehmen, damit Bedürfnisse und Prioritäten der Mitglieder erfüllt werden können. Die Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstädte umfassen neben der Teilnahme an den angebotenen Initiativen des ICN vor allem das Teilen eigener lokaler Strategien, Bedürfnisse, Evaluierungsberichte und Fallstudien auf dem digitalen *SCN-Hub*. Zudem können Städte eine Botschafterrolle einnehmen und für das SCN sowie dessen Ziele werben (Haase & Rethmann 2024: 42).

Ein Vergleich der ICN verdeutlicht Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Beide ICN verfolgen das zentrale Leitbild, weltweit Frieden und Sicherheit zu fördern, jedoch mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Bei MP liegt der Fokus auf nuklearer Abrüstung, während sich das SCN auf die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen durch Hass, Polarisierung und Extremismus konzentriert. *Mayors for Peace* existiert deutlich länger und weist mehr Mitglieder auf als das SCN. Strukturell sind die zwei ICN einstufig aufgebaut, wobei das SCN durch ein Zentralteam von Mitarbeitenden sowie externen Expert:innen koordiniert und unterstützt wird. Die Mitgliedschaft im SCN ist kostenlos, aber auch die Mitgliedsbeiträge der MP fallen sehr gering aus. Städte haben weitestgehend die Möglichkeit, selbst eine Entscheidung über die Höhe von finanziellen oder materiellen Mitteln zu fällen, die sie für die Netzwerkarbeit leisten und mit denen sie das entsprechende ICN unterstützen wollen. Aktivitäten der MP zielen auf die Bewusstseinsschaffung, Friedenserziehung und Erinnerungsarbeit ab. Das SCN setzt den Schwerpunkt auf einen aktiven Austausch der Mitglieder und die Förderung urbaner Resilienz.

3.1.2. Übersicht und Vergleich der ausgewählten Städte

In diesem Abschnitt soll ein kurzer einführender Überblick über die sechs Städte – Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels – gegeben werden. Ziel ist es, mögliche Besonderheiten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Städte zu identifizieren, die für die spätere Analyse relevant sein könnten.

In der nachfolgenden *Tabelle 1* werden vor allem geografische und demografische Aspekte aufgeführt. Es wird dargestellt, welchem Bundesland die Städte angehören und welchen Verwaltungsstatus sie innehaben. Zudem wird die Fläche, die Populationsgröße sowie die Bevölkerungsdichte abgebildet.

Tabelle 1: Vergleich Geografie und Demografie der ausgewählten Städte

	Bundesland	Verwaltungsstatus	Fläche in km ²	Bevölkerung	Bevölkerungsdichte je km ²
Augsburg	Bayern	Kreisfreie Stadt	146,85	301.033	2.050
Berlin	Berlin	Bundeshauptstadt	891,12	3.755.251	4.214
		Landeshauptstadt			
		Kreisfreie Stadt			
Dresden	Sachsen	Landeshauptstadt	328,48	563.311	1.715
		Kreisfreie Stadt			
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	Landeshauptstadt	217,41	629.047	2.893
		Kreisfreie Stadt			
Halle (Saale)	Sachsen-Anhalt	Kreisfreie Stadt	135,03	242.083	1.793
Weißenfels	Sachsen-Anhalt	Burgenlandkreis	113,57	39.041	344

Quelle: eigene Darstellung, basierend auf DESTATIS 2023a; DESTATIS 2023b

Die sechs Städte liegen in unterschiedlichen Bundesländern Deutschlands, wobei Halle (Saale) und Weißenfels im selben Bundesland Sachsen-Anhalt angesiedelt sind. Berlin stellt eine Besonderheit dar, da es sich zum einen um die Bundeshauptstadt Deutschlands und zum anderen um ein eigenständiges Bundesland, also einen Stadtstaat handelt. Die Stadt nimmt durch diese Funktionen eine herausgehobene politische Rolle ein. Auch die Stadtverwaltungen von Dresden und Düsseldorf verfügen über den Status einer Landeshauptstadt und übernehmen entsprechende Aufgaben. Bei allen Städten, außer der Stadt Weißenfels, handelt es sich um kreisfreie Städte, welche nicht an einen Landkreis gebunden sind. Weißenfels unterliegt der Kreisverwaltung des Burgenlandkreises und ist damit in einigen Punkten in der kommunalen Autonomie eingeschränkt.

Berlin ist mit einer Fläche von 891,12 km² mit Abstand die größte der sechs Städte. Auch bevölkerungsmäßig hat Berlin mit 3.755.251 Einwohnenden die größte Population. Zudem besitzt Berlin die höchste Bevölkerungsdichte. Im Durchschnitt leben in der Stadt 4.214 Personen pro Quadratkilometer. Die Hauptstadt Berlin sticht aufgrund der enormen Fläche, großen Bevölkerung und hohen Bevölkerungsdichte besonders heraus. Im Gegensatz zu Berlin stellt Weißenfels mit einer Fläche von 113,57 km², Bevölkerungsanzahl von 39.041 und Dichte von 344 Personen/km² die kleinste der sechs Städte dar. Die flächenmäßig zweitgrößte Stadt ist Dresden mit einer Ausdehnung von 328,48 km². Düsseldorf verfügt über eine Fläche von 217,41 km². Halle (Saale) ist mit 135,03 km² nur etwas kleiner als Augsburg mit 146,85 km². Düsseldorf hat mit 629.047 die zweithöchste Bevölkerungsanzahl. In Dresden leben 563.311 Menschen und in Augsburg 301.033 Personen. Halle (Saale) hat mit einer Anzahl von 242.082 etwas weniger Einwohner als Augsburg. Auch hinsichtlich der Bevölkerungsdichte befindet sich Düsseldorf mit 2.892 Personen/km² nach Berlin auf dem zweiten Platz. Die Städte Augsburg mit 2.050 Personen/km² und Halle (Saale) mit 1.793 Personen/km² haben eine ähnliche Bevölkerungsdichte. Dresden ist dahingehend mit 1.715 Personen/km² etwas weniger dicht besiedelt.

In einem weiteren Teil des Überblickes der sechs Städte wird genannt, wer das Oberbürgermeisteramt innehat und wie die Stadtverwaltung aufgebaut ist, um Informationen über Zuständigkeiten abzubilden. Ein ergänzender Aspekt stellt zudem die Stadtaufteilung in Bezirke dar, welche meist über eigene Bezirksamter verfügen und Aufschluss über die Komplexität der Verwaltung sowie die dezentrale Organisation geben können.

Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg ist seit dem 01. Mai 2020 Frau Eva Weber (Augsburg n.d.a). Sie leitet die Stadtverwaltung, welche in neun Referate gegliedert ist. Die Referate umfassen zentrale Themen wie Finanzen, Nachhaltigkeit, Soziales, Bildung usw. Eine detaillierte Übersicht ist dem Organigramm der Stadt zu entnehmen (Augsburg 2023). Augsburg ist in 42 Stadtbezirke mit eigenen Bezirksamtern aufgeteilt (Augsburg 2022a: 11).

Regierender Bürgermeister der Stadt Berlin ist seit dem 27. April 2023 Kai Wegner (Berlin n.d.a). Er ist gleichzeitig Regierungschef des Bundeslandes Berlin sowie Oberhaupt der Stadt Berlin. Die oberste Ebene der Berliner Verwaltung bildet die Landesregierung, der sogenannte Senat von Berlin. Der Senat besteht aus dem Regierenden Bürgermeister und zehn Senator:innen, welche für zehn Senatsverwaltungen zuständig sind. Die Senatskanzlei fungiert als Verwaltungsstab des Regierenden Bürgermeisters. Berlin umfasst zudem zwölf Bezirke mit eigenen Bezirksamtern. Diese Bezirke werden zwar durch den Senat beaufsichtigt, verfügen jedoch über einen hohen Grad an Autonomie (Berlin 2024).

Seit 2015 ist Dirk Hilbert Oberbürgermeister der Stadt Dresden und damit Vorsitzender des Stadtrates sowie Leiter der Stadtverwaltung (Dresden 2023a). Die Stadtverwaltung ist in sieben Geschäftsbereiche unterteilt. Die Stadtverwaltung und die Landesregierung Sachsen sind voneinander getrennt (Dresden 2023b). Dresden ist in zehn Stadtbezirke und neun Ortschaften unterteilt, welche über eigene Stadtbezirksamter und Bürgerbüros verfügen. Diese sind zuständig für Pass- und Meldeangelegenheiten sowie Anliegen, die den jeweiligen Stadtbezirk betreffen (Dresden 2024a).

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf ist seit dem 01. November 2020 Dr. Stephan Keller (Düsseldorf 2024a). Die Aufgaben der Stadtverwaltung sind auf neun Dezernate verteilt. Die Stadtverwaltung und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sind voneinander getrennt (Düsseldorf 2021). Die Stadt Düsseldorf hat insgesamt 50 Stadtteile, welche in zehn Stadtbezirke aufgeteilt sind. Die Bezirke werden durch Bezirksverwaltungsstellen und Bezirksvertretungen koordiniert (Düsseldorf 2024b).

Das Oberbürgermeisteramt ist in Halle (Saale) seit dem 01. September 2024 unbesetzt. Der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand wurde in den Ruhestand versetzt und eine Neuwahl findet im Februar 2025 statt. Momentan übernimmt der gesetzliche Vertreter Egbert Geier die Aufgaben und Pflichten des Oberbürgermeisters (Hallesaale 2024a). Die hallesche Stadtverwaltung ist in fünf Geschäftsbereiche unterteilt: Der Oberbürgermeister, Finanzen und Personal, Stadtentwicklung und Umwelt, Kultur und Sport sowie Bildung und Soziales (Hallesaale n.d.). In der Stadtverwaltung sind rund 2.500 Mitarbeitende beschäftigt (Hallesaale 2024a). Halle (Saale) ist in fünf Stadtbezirke sowie 34 Stadtteile untergliedert. Es existieren keine Bezirksamter oder eigenständige Bezirksverwaltungen, sondern die Verwaltung erfolgt zentral (Hallesaale 2024b).

Martin Papke ist seit August 2022 der amtierende Weißenfelser Oberbürgermeister (Weißenfels n.d.a). Die Verwaltung der Stadt Weißenfels ist in den Bereich Oberbürgermeister und in fünf Fachbereiche gegliedert: Zentrale Dienste, Bürgerdienste, Technische Dienste und Stadtentwicklung, Städtische Dienste sowie Finanzdienste (Weißenfels n.d.b).

Zu Weißenfels gehören zwölf eingemeindete Ortschaften, die über eigene Ortsbürgermeister:innen und Gemeindepäros verfügen. Eigene Bezirksverwaltungen gibt es nicht und somit werden Aufgaben der kommunalen Verwaltung durch die zentrale Stadtverwaltung koordiniert (Weißenfels n.d.b).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die sechs Städte – Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels – in Bezug auf die Größe, Demografie und Verwaltungsstrukturen deutliche Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten aufweisen. Berlin nimmt durch die politische komplexe Doppelstruktur, immense Größe und die dezentralen Bezirksverwaltungen mit hohem Ausmaß an Autonomie eine Sonderposition ein. Kleinere Städte wie Weißenfels und Halle (Saale) sind weniger komplex aufgebaut und werden zentral verwaltet. Inwiefern diese Erkenntnisse Anknüpfungsmöglichkeiten oder einen Einfluss auf die Netzwerkarbeit bei MP und SCN sowie die urbane Sicherheitspolitik haben, wird sich bei der späteren Analyse zeigen.

3.2. Datenzugang und Vorgehen bei der Online-Recherche sowie den Interviews

Die spätere Analyse der Gründe für eine Mitgliedschaft sechs deutscher Städte in den internationalen Städtenetzwerken MP und SCN basiert auf Informationen verschiedener Quellen. Zum einen erfolgt eine Online-Recherche zu den sechs Städten über die Internetseiten der jeweiligen Stadtverwaltung, bei welcher die Suchworte *Mayors for Peace* und *Strong Cities* verwendet werden. Zum anderen wird über die Internetseiten der zwei ICN recherchiert, dafür wird dementsprechend der Name der Stadt als Suchwort gewählt. Anschließend werden die Suchergebnisse auf Basis mehrerer Kriterien entweder als relevant oder irrelevant für die weitere Untersuchung eingeordnet. Wichtig ist, dass die Suchworte im Rahmen der Suchergebnisse explizit und vollständig genannt werden. Des Weiteren sollte neben der Nennung des Suchbegriffs ein inhaltlicher Bezug zur Netzwerkarbeit und konkreten Aktivitäten der entsprechenden Stadt bestehen. Zudem werden nur Quellen in deutscher oder englischer Sprache verwendet. Darüber hinaus werden identische Quellen auf ein relevantes Ergebnis reduziert.

Zusätzlich zu der Online-Recherche erfolgt eine direkte Befragung der Städte im Rahmen eines semistrukturierten Leitfadeninterviews mit einer für die Netzwerkarbeit zuständigen Person der konkreten Stadtverwaltung. Bei der Auswertung werden die Interviews höher gewichtet. Ergebnisse der Online-Recherche werden mit den Informationen, die aus den Gesprächen hervorgehen abgeglichen, korrigiert oder unterstützt.

In Bezug auf die Interviews wurde zunächst eine Anfrage per E-Mail an verschiedene Personen der Städte verschickt:

Sehr geehrte/r Frau/Herr X,

mein Name ist Anna Rethmann und ich kontaktiere Sie als potentielle/n Ansprechpartner/in für die Mitgliedschaft der Stadt X in Städtenetzwerken.

Ich bin Studentin der TU Braunschweig und erstelle eine Masterarbeit zur Mitgliedschaft von deutschen Städten in Internationalen Städtenetzwerken der Sicherheitspolitik (in Kooperation mit einem Forschungsprojekt des Instituts für Internationale Beziehungen der TU Braunschweig).

Thematisch möchte ich die Frage beantworten, welche Gründe Städte zu einer Mitgliedschaft in Internationalen Städtenetzwerken bewegen. Insbesondere untersuche ich Städte, die eine Mitgliedschaft in den beiden Netzwerken Mayors for Peace und Strong Cities haben, wie es in Ihrer Stadt der Fall ist.

Diesbezüglich habe ich Sie als Ansprechperson identifiziert und möchte gerne anfragen, ob ein 30–45-minütiges Einzelinterview mit Ihnen möglich wäre, in welchem die beigefügten Leitfragen behandelt werden sollen. Das Interview soll nach Möglichkeit in der ersten Hälfte des Septembers stattfinden (entweder vor Ort oder online). Der konkrete Termin ist flexibel nach Absprache.

Detailliertere Informationen zu meinem Vorhaben und dem Hintergrund finden Sie in der Anlage. Ich stehe Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung und freue mich auf Ihre Rückmeldung. Bis dahin verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Der E-Mail beigefügt wurden ein Konsensformular sowie die Leitfragen für das Gespräch. Das Konsensformular beinhaltet detaillierte Informationen zum Forschungsvorhaben, eine Vertrauenschutz- und Datenschutzerklärung (Anhang b: 2ff.). Der Interviewleitfaden umfasst Fragen, die strukturiert und systematisch Informationen über die Erfahrungen von Städten in ICN sammeln sollen. Auf Basis der Informationen sollen anschließend Rückschlüsse auf spezifische Gründe für eine Mitgliedschaft herausgearbeitet werden. Das Intro des Fragebogens legt den Schwerpunkt auf die Rolle der interviewten Person selbst. In diesem Sinne soll von der Ansprechperson beschrieben werden, welche Aufgaben übernommen werden und welche Verantwortung hinsichtlich der Netzwerkarbeit einhergeht. Zudem soll erfragt werden, ob es eine verantwortliche Abteilung innerhalb der Stadtverwaltung gibt und wie diese aufgebaut ist. Es werden Fragen in Bezug auf den Aufwand, welcher mit der Netzwerkarbeit verbunden ist, gestellt. Im zweiten Teil des Leitfadens wird der Zugang zum ICN fokussiert. Die Fragen beziehen sich auf die Entscheidung der Stadt für die Mitgliedschaft in einem konkreten ICN. Thematisiert werden die ersten Kontaktpunkte mit dem ICN sowie die erforderlichen Schritte für eine offizielle Mitgliedschaft. Im dritten Teil des Interviews wird die Netzwerkarbeit selbst analysiert. Der Schwerpunkt liegt auf den gesetzten Zielen der Stadt, z.B. Sicherheitsbedrohungen sowie Projekte und Initiativen, die aus der Mitgliedschaft im ICN hervorgegangen sein könnten (Anhang c: 5).

Des Weiteren werden Gründe, Hindernisse und Aktivitäten in Bezug auf die Arbeit im ICN behandelt. Der Schlussteil des Leitfadens zielt darauf ab, Wünsche von Seiten der Stadt in Richtung des ICN zu formulieren, damit die bereits besprochenen städtischen Ziele besser erreicht werden könnten. Die letzte Frage bietet der interviewten Person die Möglichkeit, eigene Aspekte in das Gespräch einzubringen, welche noch nicht genannt wurden sind (Anhang c: 6).

Nachfolgend wird beschrieben welchen Umfang an Ergebnissen diese drei beschriebenen Erhebungsmethoden ergeben haben, bevor die Informationen in der anschließenden Analyse ausgewertet werden. Die Datenlage zu den unterschiedlichen Städten wird beschrieben.

3.3. Datenlage

3.3.1. Augsburg

Die Suche über die Internetseite der Stadt Augsburg zu MP ergibt insgesamt 52 Treffer (Augsburg n.d.b). Davon können nur vier Treffer einen direkten Bezug zu MP vorweisen. Zu sieben Ergebnissen führt die Suche nach *Augsburg* über die Internetseite der MP (MP n.d.b). Aufgrund von Dopplungen und Dokumenten in spanischer Sprache liegt die Anzahl relevanter Treffer hier jedoch bei drei.

Die Recherche über die Internetseite der Stadt Augsburg zum SCN führt zu insgesamt sechs Ergebnissen (Augsburg n.d.b). Nur zwei der Suchergebnisse werden nach den Kriterien als relevant eingestuft. Bei der Suche über die Internetseite des SCN werden zwei Treffer generiert (SCN 2024c). Ein Treffer stellt dabei lediglich eine Verlinkung zur Internetseite der Stadt Augsburg dar und enthält keine weiteren Informationen. Auch der zweite Treffer wird als irrelevant eingeordnet, weshalb sich schlussendlich keine relevanten Treffer ergeben.

Die erste Mailanfrage für ein Interview wurde am 17. Juli 2024 an die Stadtverwaltung Augsburg versendet. Der Eingang wurde einen Tag später bestätigt und die E-Mail wurde an die zuständige Dienststelle weitergeleitet. *Person 1* der *Stabstelle Kultur* antwortete am selben Tag und erläuterte, dass die Stadt Augsburg momentan in einer personell schwierigen Lage sei, die Leitstelle des für die MP-Netzwerkarbeit zuständigen Friedensbüros seit einigen Monaten nicht besetzt sei und es deshalb keine sprechfähige Person gäbe. *Person 1* bot an, sich über historische Hintergründe und Beschlüsse des Beitrittes in die ICN zu informieren und per E-Mail interne Informationen zu übermitteln (Person 1, persönliche E-Mail-Kommunikation, 17.07.2024). Dies ist bis zum jetzigen Zeitpunkt (Stand 31.12.2024), trotz erneuter Anfrage, jedoch nicht passiert.

Eine weitere Absage für ein Interview hinsichtlich des SCN schrieb *Person 2* des *Büros für Kommunale Prävention* am 06. August 2024, führte hier aber keine nähere Begründung an (Person 2, persönliche E-Mail-Kommunikation, 06.08.2024).

Insgesamt kann für die Analyse der Stadt Augsburg auf sieben Quellen hinsichtlich MP und zwei Quellen für das SCN zurückgegriffen werden. Ein Interview konnte nicht geführt werden.

3.3.2. Berlin

Die Suche nach dem Stichwort *Mayors for Peace* über die Internetseite der Stadt Berlin ergibt insgesamt eine Trefferanzahl von 97.100 (Berlin n.d.b). Aufgrund der sehr hohen Fallzahl wird die Recherche auf die Ergebnisse der Internetseite der Berliner Senatskanzlei beschränkt, welche die MP-Netzwerkarbeit verwaltet. Gleichzeitig erfolgt diese Eingrenzung, da sich die Analyse von Berlin auf die Mitgliedschaft der Stadt und nicht auf die Mitgliedschaft einzelner Berliner Bezirke beziehen soll. Die Zahl der Suchergebnisse liegt nach diesem Vorgehen bei 1.490 (Berlin n.d.c). Nach Sichtung dieser Ergebnisse beläuft sich die Anzahl relevanter Treffer auf drei, da MP in den anderen Suchergebnissen nicht benannt wird. Über die Internetseite der MP führt eine Suche nach *Berlin* zu 55 Treffern (MP n.d.b). Von den Ergebnissen werden nach Sichtung 24 Ergebnisse als relevant befunden.

Für das SCN auf der Internetseite der Stadt Berlin ergeben sich 57 Treffer (Berlin n.d.b). In keinem der Ergebnisse wird das ICN tatsächlich erwähnt, daher können keine Treffer für die spätere Analyse verwendet werden. Die Suche bezüglich der Stadt Berlin über die Seite des SCN resultiert in einer Trefferanzahl von 27, davon sind 13 Treffer relevant (SCN 2024c).

Die erste Mailanfrage an die Stadt Berlin wurde am 17. Juli 2024 an das das *Referat Internationales* der Senatskanzlei verschickt. Am 18. Juli erfolgte die Zusage für ein Interview durch *Person 3* (Person 3, persönliche E-Mail-Kommunikation, 18.07.2024). Die Befragung wurde am 20. August 2024 in Berlin durchgeführt. Während des Gespräches stellte sich heraus, dass die Senatskanzlei primär für die Verwaltung der MP, nicht aber für das SCN zuständig ist (Anhang d: 7). *Person 3* vermittelte daraufhin eine zuständige *Person 4* für das SCN. Die Anfrage an diese *Person 4* der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport*, der Abteilung *Öffentliche Sicherheit und Ordnung* erfolgte am 24. August. Zwei Tage später wurde die Anfrage bestätigt und ein Interview konnte online am 13. September geführt werden (Person 4, persönliche E-Mail-Kommunikation, 24.08.2024).

Zusammenfassend ergeben sich für die Analyse 27 Quellen für das internationale Städtenetzwerk MP sowie 13 Quellen für das SCN. Für beide ICN konnte ein Interview mit den zuständigen Personen 3 und 4 durchgeführt werden.

3.3.3. Dresden

Die Verwendung des Suchbegriffs *Mayors for Peace* auf der Internetseite der Stadt Dresden führt zu 18 Suchergebnissen (Dresden 2019). 13 der Ergebnisse enthalten den vollständigen Suchbegriff. Zwei Treffer lassen sich nicht öffnen, da die Verlinkungen nicht verfügbar sind. Daher werden elf relevante Treffer für die Analyse herangezogen. Bei der Recherche über die Internetseite der MP werden weitere neun Treffer generiert, von denen sieben Treffer als relevant eingeordnet werden und für die weitere Untersuchung verwendet werden (MP n.d.b).

Bei der Suche hinsichtlich des SCN auf der Internetseite der Stadt Dresden können sieben Ergebnisse erzielt werden (Dresden 2019). Kein Treffer bezieht sich tatsächlich auf das SCN, weshalb kein Treffer für die Analyse herangezogen werden kann. Auch die Recherche auf der Internetseite des SCN ist nicht erfolgreich. Es ergeben sich zwei Treffer, die jedoch als irrelevant kategorisiert werden (SCN 2024c).

In Hinsicht auf das Interview wurde eine erste Mailanfrage am 17.07.2024 an die Abteilung *Europäische und Internationale Angelegenheiten* der Stadt Dresden geschickt. Die Antwort der Person 5 am 18. Juli 2024 enthielt die Aussage, dass Dresden eine eher passive Mitgliedschaft in den beiden ICN innehat und daher kein Interview stattfinden könne (Person 5, persönliche E-Mail-Kommunikation, 18.07.2024).

Die spätere Analyse bezüglich der Stadt Dresden und der MP basiert auf 18 Quellen. Für die Mitgliedschaft im SCN konnten weder Quellen auf der Internetseite der Stadt noch des ICN gefunden werden. Es war nicht möglich, ein Interview zu führen.

3.3.4. Düsseldorf

Auf der Internetseite der Stadt Düsseldorf lassen sich 163 Suchergebnisse bei der Suche nach dem internationalen Städtenetzwerk MP finden (Düsseldorf 2024c). Aufgrund einer Vielzahl von Dopplungen sowie der unvollständigen Nennung des Suchbegriffs reduziert sich die Anzahl relevanter Ergebnisse auf 17. Auf der Internetseite der MP können sieben Treffer bei Anwendung der Schreibweise *Duesseldorf* gefunden werden und sechs Treffer bei der Suche nach *Düsseldorf* (MP n.d.b). Von den 13 Ergebnissen werden nach der Sichtung sechs Treffer als relevant eingeordnet.

Die Suche nach dem SCN über die Internetseite der Stadt Düsseldorf führt zu insgesamt 26 Suchergebnissen (Düsseldorf 2024c). Nach Sichtung der Ergebnisse reduziert sich die Anzahl relevanter Treffer auf acht. Die Eingabe von *Duesseldorf* bewirkt das Finden von einem Treffer. Die Verwendung der Schreibweise *Düsseldorf* auf der Internetseite des SCN generiert eine Trefferanzahl von drei Treffern (SCN 2024c). Von den vier Ergebnissen wird nur ein Treffer als relevant kategorisiert.

Seit dem 17. Juli 2024 wurden mehrere Mailanfragen für ein Interview an die Stadtverwaltung Düsseldorf, die Pressestelle sowie das *Büro für Internationale und Europäische Angelegenheiten* versendet. Am 26. August wurde die Interviewanfrage durch *Person 6* für *Internationale und Europäische Angelegenheiten* bestätigt (Person 6, persönliche E-Mail-Kommunikation, 26.08.2024). Das Interview wurde online am 29. August durchgeführt.

Insgesamt wird die Analyse hinsichtlich der Stadt Düsseldorf auf Grundlage von 45 Quellen für MP und neun Quellen für das SCN vorgenommen. Es konnte ein Interview mit *Person 6* der Stadt Düsseldorf geführt werden. Während des Interviews stellte sich die hauptsächliche Zuständigkeit der *Person 6* für das internationale Städtenetzwerk MP heraus (Anhang f: 38). Dennoch konnte die SCN-Netzwerkarbeit Düsseldorfs während des Interviews an einigen Stellen thematisiert werden (Anhang f).

3.3.5. Halle (Saale)

Die Suche auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) ergibt für MP elf Treffer, von welchen fünf Ergebnisse eine direkte Erwähnung des ICN aufweisen und als relevant für die Analyse erachtet werden (Hallesaale 2024c). Die Recherche über die Internetseite der MP mit dem Suchwort *Halle (Saale)* führt zu einem relevanten Treffer, der Mitgliederliste, welche für die Analyse herangezogen werden kann (MP n.d.b).

Die Trefferquote bei der Suche über die Internetseite der Stadt Halle (Saale) liegt für das SCN bei vier relevanten Suchergebnissen, in welchen konkret auf das ICN Bezug genommen wird (Hallesaale 2024d). Auch bei der Suche über die Internetseite des SCN wird als Suchbegriff *Halle (Saale)* gewählt und es werden sechs Treffer erwirkt (SCN 2024c). Nach Sichtung der Suchergebnisse werden vier Treffer von der weiteren Analyse ausgeschlossen.

Die erste Anfrage für ein Interview mit der Stadt Halle (Saale) wurde am 17. Juli 2024 an das *Team Repräsentation* geschickt. Eine zweite Anfrage erfolgte am 22. Juli an die Pressestelle der Stadt. Beantwortet wurden die Anfragen am 22. Juli durch *Person 7* mit der Bitte um Geduld, da die Anfrage geprüft werden müsse (Person 7, persönliche E-Mail-Kommunikation, 22.07.2024). Bis jetzt (Stand 31.12.2024) wurde die Interviewanfrage, auch nach erneuter Nachfrage am 24. August, nicht bestätigt oder abgelehnt.

Zusammenfassend ergeben sich für die Analyse der Stadt Halle (Saale) sechs Quellen bezüglich MP und weitere sechs Quellen für das SCN. Ein Interview ist nicht erfolgt.

3.3.6. Weißenfels

Die Recherche zu MP über die Internetseite der Stadt Weißenfels führt zu fünf relevanten Ergebnissen (Weißenfels n.d.d). Für Weißenfels liegen zwei Schreibweisen vor. Auf der Internetseite der MP wird ein relevanter Treffer zu *Weißenfels* generiert. Die Verwendung des Suchbegriffs *Weissenfels* generiert drei relevante Ergebnisse (MP n.d.b).

Bei der Suche nach *Strong Cities* über die Internetseite der Stadt ergeben sich fünf relevante Treffer (Weißenfels n.d.d). Die Eingabe von *Weißenfels* auf der Internetseite des SCN resultiert in fünf Suchergebnissen. Zwei Treffer lassen sich bei der Verwendung von *Weissenfels* finden (SCN 2024c). Von den insgesamt sieben Ergebnissen auf der Internetseite des SCN werden lediglich drei Treffer als relevant für die spätere Analyse eingeordnet.

Eine Mailanfrage für ein Interview wurde am 17. Juli 2024 an die Stadtverwaltung Weißenfels verschickt. Am 22. Juli wurde ein telefonisches Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt durch Person 8 der Pressestelle für den 05. August bestätigt (Person 8, persönliche E-Mail-Kommunikation, 22.07.2024). Dieser Termin wurde am Tag des Interviews im Auftrag des Oberbürgermeisters durch Person 9 abgesagt und die Frage nach alternativen Möglichkeiten wurde abgelehnt. Ein Grund wurde nicht angeführt (Person 9, persönliche E-Mail-Kommunikation, 05.08.2024).

Die Analyse der Stadt Weißenfels basiert demnach auf neun Quellen für MP und acht Quellen für das SCN. Ein Interview konnte nicht geführt werden.

3.4. Übersicht Methoden und Daten

Für die Analyse wurden sechs deutsche Städte ausgewählt – Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels. Die Städte sind allesamt Mitglieder der internationalen Städtenetzwerke MP und SCN.

Die beiden ICN fördern globalen Frieden und Sicherheit mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Mayors for Peace fokussiert die nukleare Abrüstung und eine geteilte Friedenskultur auf globaler Ebene, während das SCN insbesondere Hass, Extremismus und Polarisierung bekämpft, um städtische Resilienz zu stärken. Ein Vergleich der beiden ICN verdeutlicht Unterschiede in Bezug auf die Struktur, Arbeitsweise und Handlungsmöglichkeiten der Mitglieder. Die sechs ausgewählten Städte unterscheiden sich stark in Größe, Bevölkerung und Verwaltungsstruktur, was die spätere Analyse bezüglich der Netzwerkarbeit und urbaner Sicherheitspolitik beeinflussen könnte.

Die Analyse zu Gründen, Hindernisse und Aktivitäten im Rahmen einer Mitgliedschaft deutscher Städte in ICN des Bereiches der Sicherheitspolitik basiert auf Online-Recherchen der Stadt- und Netzwerkinternets Seiten sowie Interviews mit zuständigen Stadtvertretenden. Die nachfolgende *Tabelle 2* liefert einen Überblick über die Datenlage der entsprechenden Städte. Trotz einer systematischen Datenbeschaffung traten bei mehreren Städten erhebliche Einschränkungen beim Datenzugang auf. Die Analyse könnte durch geringe Trefferquoten bei der Online-Recherche oder abgelehnte Interviewanfragen in ihrem Umfang und den Ergebnissen limitiert werden.

Tabelle 2: Vergleich Datenlage der ausgewählten Städte

	Mayors for Peace		Strong Cities Network	
	Online-Quellen	Interview	Online-Quellen	Interview
Augsburg	7	nein	2	nein
Berlin	27	<i>Person 3</i>	13	<i>Person 4</i>
Dresden	18	nein	keine	nein
Düsseldorf	23	<i>Person 6</i>	9	<i>Person 6</i>
Halle (Saale)	6	nein	6	nein
Weißenfels	9	nein	8	nein

Quelle: eigene Darstellung

4. Analyse der Mitgliedschaft in den internationalen Städtenetzwerken Mayors for Peace und Strong Cities Network

4.1. Augsburg

Mayors for Peace

Die Stadt Augsburg ist den MP im Oktober 2004 beigetreten (MP 2024b). Das ICN wird in Augsburg, laut Mitteilung per Mail, durch das Friedensbüro der Stadt verwaltet. Dieses sei jedoch personell unterbesetzt und daher gäbe es aktuell keine repräsentative Person für das ICN (Person 1, persönliche E-Mail-Kommunikation, 17.07.2024).

Im Jahr 2018 wurde im Rahmen des Augsburger Friedensfestes ein Vortrag mit dem Titel *Atomwaffenfrei – Eine Utopie* durch den Referenten Roland Blach gehalten. Die Veranstaltung wurde unter anderem durch das Augsburger Friedensbüro und andere lokale Organisationen sowie politische und kirchliche Gruppen organisiert. Der Vortrag war kostenfrei, jedoch wurde um Spenden gebeten. Thematisch wurde aufgegriffen, inwiefern die Forderung einer atomwaffenfreien Welt der MP und ICAN ein realistisches Ziel darstelle. Des Weiteren wurden die Fragen diskutiert, welche Rolle die deutsche Bundesregierung dabei spiele, welche Wege MP verfolge und welche Aktionen durch das ICN geplant seien (Augsburg 2018: 54).

Das Inkrafttreten des TPNW der UN wurde im Januar 2021 durch das Hissen der MP-Flagge am Rathausplatz der Stadt Augsburg unterstützt. Die Stadt setzte dadurch ein Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen. Oberbürgermeisterin Eva Weber formulierte in diesem Zusammenhang:

„Als Mitgliedsstadt der *Mayors for Peace* begrüßen wir ausdrücklich das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages. Er ist ein Meilenstein auf dem Weg zu *Global Zero*, einer Welt ohne Atomwaffen. Aus der Geschichte kennen wir die katastrophalen Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen, deswegen sollte dringend eine neue Debatte über nukleare Abrüstung auf nationaler Ebene geführt werden. Eine friedliche und sichere Zukunft lässt sich nur in einer Welt ohne Atomwaffen gestalten“ (Augsburg 2021).

Die Stadt Augsburg nahm an einer MP-Konferenz der deutschen Sektion mit fast 100 Stadtvertretenden im April 2021 teil, welche erstmalig online durchgeführt wurde. Augsburg präsentierte hier neben Mutlangen, Potsdam und Hannover ihre städtische Friedensarbeit als *Best Practice*-Beispiel (Kamissek 2021: 3).

Bei einer Veranstaltung und Friedensdemonstration in Zusmarshausen im Mai 2022, bei welcher die Bedeutung des Friedens und der Solidarität gegenüber der Ukraine im Fokus stand, war die Stadt Augsburg durch den *Ukrainischen Verein Augsburg* mit Igor Meisner als Repräsentant vertreten. Igor Meisner bedankte sich öffentlich für die Veranstaltung und rief zur Unterstützung von ukrainischen Menschen auf (Wagner 2022: 8).

Im Juli 2022 fand die sogenannte *Kleine Friedenstafel* auf dem Helmut-Haller-Platz in Augsburg statt. Die Veranstaltung diente als Ort der Begegnung und des Austausches der Bevölkerung. Neben Ansprachen, Friedensgrüßen und Musik wurde die MP-Flagge gehisst. Die *Kleine Friedenstafel* wurde durch das Friedensbüro, das *Büro für Kommunale Prävention* und andere lokale Organisationen und Privatpersonen organisiert (Augsburg 2022b; Augsburg 2022c: 2).

Die Stadt Augsburg zeigt mit der Mitgliedschaft in MP, dass sie sich seit 2004 aktiv für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzt. Das symbolische Hissen der MP-Flagge sowie öffentliche Reden bspw. der Oberbürgermeisterin unterstreichen die Solidarität mit den Zielen der MP von Frieden und atomarer Abrüstung. Mit der Teilnahme an der deutschen MP-Konferenz im Jahr 2021 und der Präsentation der eigenen städtischen Friedensarbeit als *Best Practice*-Beispiel unterstützt Augsburg andere Städte und verbessert zudem das eigene städtische Image auf nationaler Ebene. Gleichzeitig stärkt Augsburg den lokalen Dialog und friedensbezogene Werte durch das jährliche Friedensfest und konkrete Aktionen wie dem Vortrag *Atomwaffenfrei – Eine Utopie oder der Kleinen Friedenstafel*. Zudem wird die Zusammenarbeit von städtischen Akteuren gefördert.

Aktuell stellt die personelle Unterbesetzung des Friedensbüros ein großes Problem für die aktive Netzwerkarbeit der Stadt Augsburg hinsichtlich MP dar. Es zeigt sich, dass einige der Aktivitäten abhängig von der Zusammenarbeit mehrerer lokaler Akteure sind. Die Bitte nach Spenden im Rahmen des Vortrages deutet außerdem auf begrenzte finanzielle Ressourcen hin.

Strong Cities Network

Die Stadt Augsburg ist mit Beschluss des Augsburger Stadtrates seit 2016 Mitglied des SCN (Augsburg n.d.c; n.d.d). Die Netzwerkarbeit wird durch das *Büro für Kommunale Prävention* Augsburg koordiniert (Person 2, persönliche E-Mail-Kommunikation, 06.08.2024).

Das Interview wurde ohne eine Begründung abgelehnt (Person 2, persönliche E-Mail-Kommunikation, 06.08.2024). Es gibt keine weiteren Informationen, die aus der Online-Recherche hervorgehen. Die Ergebnisse geben keinen Aufschluss über die Mitgliedschaftsgründe der Stadt Augsburg in Bezug auf das SCN.

4.2. Berlin

Mayors for Peace

Berlin ist seit Juli 1989 registriertes Mitglied der MP (Berlin n.d.d; MP 2024b). Verwaltet wird das ICN durch die Senatskanzlei Berlin, konkreter durch das *Referat II B Internationales* (Anhang d: 10; Berlin n.d.e). Neben der Senatskanzlei sind mittlerweile alle zwölf Berliner Bezirke ebenfalls Mitglied der MP (Berlin n.d.d).

Schon seit dem Jahr 1987 engagierte sich Ost-Berlin, die Hauptstadt der DDR, in der WCMPIS, welche die Vorgängerorganisation der heutigen MP ist. Ost-Berlin nahm am 27. und 28. Mai 1987 an der ersten Exekutivkonferenz der WCMPIS in Hannover teil. Ost-Berlin übernahm hier die Rolle einer Vizepräsidentenstadt. Die Hauptpunkte der Konferenz umfassten einerseits organisatorische Aspekte wie die Wahl des Vorstands der WCMPIS und andererseits die inhaltliche Ausrichtung des ICN. Zudem bereiteten die Städte sich auf die kommende *3rd Special Session of the UN General Assembly Devoted to Disarmament* (SSOD-III), eine Sondertagung der UN zum Thema Abrüstung, vor. Darüber hinaus erfolgte ein Austausch der Städte über Meinungen und Ideen zu Friedensinitiativen. Es wurde an einer Resolution gearbeitet, in welcher die Absichten und Ziele der WCMPIS schriftlich festgehalten wurden. Ein weiterer Punkt war die Planung der nächsten Exekutivkonferenz sowie Generalversammlung der WCMPIS (MP 1987).

Die zweite Exekutivkonferenz der WCMPIS wurde in der italienischen Stadt Como vom 24. bis 26. April 1988 veranstaltet. Ost-Berlin wurde durch die stellvertretende Oberbürgermeisterin Hannelore Mensch vertreten. Zunächst berichteten die Exekutivstädte während der Konferenz über eigene friedensfördernde Aktivitäten und tauschten Ansichten zur aktuellen Lage in Zusammenhang mit nuklearen Waffen aus (MP 1988). In Bezug auf die bevorstehende SSOD-III verfassten die Städte einen schriftlichen Appell, in welchem die Bedeutung der Bekämpfung nuklearer Waffen hervorgehoben wurde. Ost-Berlin wird in dem Dokument als Vizepräsidentenstadt und unterstützende Stadt der WCMPIS aufgeführt (WCMPIS 1988a: 2). Die SSOD-III war auf den 09. Juni 1988 datiert. Hiroshimas Bürgermeister und Präsident der WCMPIS, Takeshi Araki, hielt eine Ansprache und positionierte sich vor der internationalen Staatengemeinschaft eindeutig gegen den Einsatz von Atomwaffen und forderte deren Abschaffung. Eine repräsentative Person für Ost-Berlin war bei der Sondersitzung ebenfalls anwesend und unterstützte die Ziele Arakis und der WCMPIS (1988b).

Nach der deutschen Wiedervereinigung und auch des wiedervereinigten Berlins fuhr die Stadt mit ihrem Engagement im WCMPIS fort und wurde offiziell 1989 als Mitglied registriert (Berlin n.d.d; MP 2024b). Berlin hatte noch immer die Position einer Vizepräsidentenstadt inne. Im Jahr 1993 war die Berliner Staatssekretärin Christine Bergmann bei der dritten Generalversammlung der WCMPIS vom 04. bis 09. August in Hiroshima und Nagasaki anwesend. Die Berliner Repräsentantin betonte während der Generalversammlung, dass Berlin eine Schnittstelle zwischen Ost und West sei und deshalb eine besonders entscheidende Position innehabe, um wirtschaftliche und politische Stabilität in Europa wiederherzustellen. Europa müsste sich nach Osten erweitern und dafür sei die internationale Zusammenarbeit und der Dialog unverzichtbar, damit die nationalen Grenzen überwunden werden könnten (WCMPIS 1994a: 3f.).

Am 15. Juni 1994 starb der Bürgermeister von Hiroshima und Begründer des WCMPIS, Herr Takeshi Araki (WCMPIS 1994b: 10). Viele Mitglieder des WCMPIS drückten ihre Betroffenheit aus und Berlins damaliger Oberbürgermeister Eberhard Diepgen schrieb in einem Brief für den WCMPIS Newsletter: „Mr.Takeshi Araki's work for the development of the afflicted Hiroshima merits the greatest appreciation, as does his contribution towards international cooperation at the local government level“ (WCMPIS 1994b: 11).

Im Jahr 1997 nahm Berlin als Vizepräsidentenstadt an der vierten Generalversammlung der WCMPIS vom 04. bis 09. August in Hiroshima und Nagasaki teil. Die Veranstaltung orientierte sich an den Themen Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit (MP 1997). Auch im Jahr 1998 war Berlin eine Vizepräsidentenstadt der WCMPIS (WCMPIS 1998: 2). Im Jahr 2000 erfolgte eine weitere Teilnahme der Stadt Berlin als Vizepräsidentenstadt an der fünften Exekutivkonferenz der WCMPIS in Hannover. Die Stadt wurde durch den Berliner Staatssekretär Gerd Wartenberg vertreten (MP 2000). Im Jahr 2001 wurde die WCMPIS in MP umbenannt (Haase & Rethmann 2024: 22).

Am 20. und 21. Januar 2005 besuchte Tadatoshi Akiba, der Bürgermeister Hiroshimas und Präsident der MP, auf Einladung der IIPNW die Stadt Berlin. Dort traf Tadatoshi Akiba sich mit deutschen Regierungsvertreter:innen, dem Vorsitzenden des Berliner Stadtrates sowie dem Bürgermeister Hannovers. Akiba forderte eine stärkere Unterstützung der *Emergency Campaign to Ban Nuclear Weapons* in Deutschland. Gemeinsam mit der deutschen Sektion des IIPNW wurden Strategien entwickelt, um die Förderung der Kampagne in Deutschland voranzutreiben (MP 2005: 4).

Die Beuth Hochschule für Technik Berlin ermöglichte Studierenden ab dem Jahr 2006, den *Hiroshima-Nagasaki Peace Study Course* zu belegen. Im Rahmen des Kurses wurden die Erfahrungen der Überlebenden des Bombenangriffs, die *Hibakusha*, auf die genannten japanischen Städte aufgearbeitet (MP 2006a: 4).

Der Kurs diente der Friedenserziehung und sollte vor allem die zukünftigen Generationen sensibilisieren. Das Ziel des Kurses bestand darin, die fatalen Folgen von nuklearen Angriffen und kriegerischen Handlungen hervorzuheben (MP 2006a: 4). Ein Professor der Hochschule berichtete bei einer Sitzung zur Entwicklung der Kampagne *2020 Vision* der MP im Jahr 2014 über Erfahrungen des Kurses. Seine daraus hervorgegangen Ansichten zu den Zukunftsbemühungen halfen bei der Erstellung der Kampagne (MP 2014a: 2).

Im Jahr 2014 wurde der Berliner Mauerfall in die städtische Friedenserklärung von Linz aufgenommen (MP 2014b: 2). Das Ereignis verfügt über eine große Symbolkraft für den Frieden und ist damit für MP von großer Bedeutung. Das zentrale Ziel der MP, Städte zu vernetzen und Frieden durch Abrüstung zu schaffen, kann durch die Bezugnahme auf historische Ereignisse vorangetrieben werden.

Die Stadt Berlin erstellte eine Broschüre im Rahmen des europäischen Projektes *Lebenslanges Lernen* mit dem Titel *Discovering Peace in Europe*. In der Broschüre wurden bedeutende Personen, Bewegungen und andere Themen der Stadtgeschichte Berlins dargestellt und mit Fragen des Friedens sowie sozialer Gerechtigkeit verknüpft (MP 2015a: 2). Diese Förderung der Friedenserziehung und Erinnerungskultur stimmt mit den Zielen der MP überein.

Anlässlich des 70. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im Jahr 2016 wurden in Berlin drei Veranstaltungen abgehalten. Die *Friedenglockengesellschaft* organisierte am 05. August die *Night of Candles – Vigil for Life*, welche am Großen Teich im Volkspark Friedrichshain stattgefunden hat. Im Rahmen der Nacht der Kerzen wurde ein Ginko Biloba, der sogenannte Baum des Lebens, gepflanzt. Es folgte ein Laternenumzug und anschließend das Entzünden von Kerzen, welche ein Zeichen für das Leben setzen sollten. Auch der *Day of Remembrance and Warning* am 06. August erfolgte im Volkspark Friedrichshain und war durch die Friedenglockengesellschaft Berlin, das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg sowie die IPPNW initiiert worden. Der Tag begann mit Glockengeläut sowie Lesungen und Musik für den Frieden. Zudem wurde eine Hiroshima/Nagasaki Ausstellung am frühen Abend eröffnet. Folgend darauf wurde in einer Gedenkeier an die Atombombenabwürfe erinnert. Auch die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Breitscheidplatz arrangierte ein Gedenken an die atomaren Bombenangriffe. Der Pfarrer Martin Germer erinnerte im Gottesdienst am 06. August durch ein Abendlied an das Ereignis (MP 2016: 5).

Am Jahrestag im Jahr 2017 fand eine Zeremonie mit dem Titel *Hiroshima & Nagasaki Day in Berlin* statt. Insgesamt waren circa 200 Menschen anwesend und das Ereignis wurde mehrmals im lokalen Fernsehen übertragen. Die Veranstaltung unterstützte aktiv das Leitbild des MP-Aktionsplans (MP 2018: 5).

Die Hauptstadt Berlin unterstützt das TPNW sowie den ICAN-Städteappell zum Verbot von Atomwaffen. Berlin fordert dadurch die Bundesregierung Deutschland auf, sich aktiv mit der politischen Forderung des TPNW auseinanderzusetzen und sich für nukleare Abrüstung einzusetzen. Ziel ist außerdem, dass weitere Städte ermutigt werden, die Resolutionen zu unterzeichnen, damit das TPNW in der Zukunft als internationales Recht etabliert wird (MP 2019a; MP 2019b: 4). In mehreren Informationspapieren der MP-Sektion für Großbritannien und Irland wird Berlin als prominente Stadt aufgeführt, die das TPNW unterstützt (MP 2019c: 4f.; MP 2020a: 5; MP 2020b: 4). Berlin als prominentes Beispiel besitzt hier eine wichtige symbolische Bedeutung und eine Vorbildfunktion, damit andere Städte dazu ermutigt werden, sich ebenfalls für das TPNW einzusetzen. In einem Informationspapier aus dem Jahr 2017 wird Berlin als Beispiel für eine Stadt aufgeführt, die einen gezielten Angriff erfahren mussten und steht symbolisch als Mahnmal für den Frieden (MP 2017a: 16).

Berlin war in den Jahren 2018 bis 2020 eine der 20 Städte, welche die Kunstaustellung mit dem Titel *50 Cities – 50 Traces* ausgerichtet hat. Die Ausstellung der MP diente der Bewusstseinsschaffung für die Bedeutung atomarer Abrüstung, indem ästhetische Darstellungen aus 50 MP-Städten präsentiert wurden. Die Bilder sollten verdeutlichen, dass der Einsatz nuklearer Waffen diese Schönheit der Erde zerstören würde und sollte dadurch Menschen für das Thema sensibilisieren (MP 2017b: 3; Hermann 2019: 7).

Die Stadt Berlin hat sich in der Vergangenheit bereits einige Male am Flaggentag der MP, welcher jährlich und weltweit am 08. Juli stattfindet, beteiligt. Im Rahmen des Flaggentages wird die MP-Flagge an prominenten Orten Berlins gehisst. Das Hissen der MP-Flagge ist eine symbolische Geste und soll an das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 08. Juli 1996 erinnern, in welchem festgelegt wurde, dass eine völkerrechtlich verbindliche Verhandlungspflicht existiert, die auf eine atomare Abrüstung abzielt (Berlin n.d.d.).

Im Jahr 2022 wurde die MP-Flagge der Stadt Berlin eine Woche lang vor dem Roten Rathaus gehisst. Zusätzlich wurden die MP-Flaggen der einzelnen Berliner Bezirke gemeinsam für 14 Tage am *Großen Stern* aufgezogen. Die ehemalige Regierende Bürgermeisterin Berlins; Franziska Giffey, sagte damals in ihren Grußworten:

„Mit dem Hissen der Flagge des Bündnisses MP setzen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf der ganzen Welt jedes Jahr am 8. Juli ein sichtbares Zeichen für Frieden und gegen die Verbreitung von Atomwaffen. Gerade in diesem Jahr ist die Botschaft der gemeinsamen Aktion aktueller denn je. Der Krieg in der Ukraine führt uns auf schreckliche Weise vor Augen, wie gefährdet der Frieden auf der Welt ist und wie verheerend der Einsatz von Atomwaffen für unseren Kontinent wäre. Nukleare Abrüstung bleibt deshalb eine Verpflichtung, für die es sich mit lauter Stimmte einzusetzen gilt“ (Berlin 2022).

Die MP-Flagge der Stadt Berlin und die MP-Flaggen aller Berliner Bezirke wurden im Jahr 2023 zusammen am *Großen Stern* gehisst. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner erläuterte diesbezüglich: „Der Krieg in der Ukraine macht deutlich, wie fragil der Frieden ist und welch große Bedrohung von Atomwaffen ausgeht“ (Berlin n.d.d).

Im Folgenden werden Gründe der Mitgliedschaft der Stadt Berlin in MP veranschaulicht, die im Interview mit *Person 3* aufgeführt wurden. Person 3 sagte: „Berlin engagiert sich bei *Mayors for Peace*, um das wichtige Thema der Sicherheitspolitik oder der Friedenspolitik, der atomaren Abrüstung zu unterstützen“ (Anhang d: 23). Bei Städten existiere eine besondere Betroffenheit bezüglich der genannten Themen, da sich Angriffe meist direkt auf Städte beziehen würden (Anhang d: 14). Berlin als Großstadt, deutsche Hauptstadt und Verbindung zwischen Ost und West, wolle in Bezug darauf einen Beitrag leisten und ihrer Verantwortung gerecht werden. Gemeinsam mit anderen Städten solle ein politisches Statement gesetzt werden und eine gemeinsame Interessenvertretung erfolgen (Anhang d: 13;23). Berlin wolle auf internationaler Ebene demokratische Werte vertreten und Solidarität zeigen. *Mayors for Peace* fungiere hier als Sprachrohr, damit das politische Thema der Abrüstung als globale Agenda gesetzt werde. Das ICN verleihe den einzelnen Städten eine größere Stimme und mehr Gewicht. Insbesondere kleinere Städte würden durch diesen Prozess profitieren (Anhang d: 16).

Allerdings macht *Person 3* im Gespräch auch deutlich, dass MP nicht der Hauptfokus der Netzwerkarbeit Berlins ist. Berlin lege bei der Arbeit in ICN viel Wert auf die Erarbeitung gemeinsamer lokaler Lösungsansätze, das Lernen voneinander und konzentriere sich eher auf Stadtentwicklungsfragen. Die Friedenspolitik und Abrüstung stellten ein politisches Thema der nationalen Ebene dar (Anhang d: 7). Beispielsweise habe sich *Person 3* bis jetzt immer gegen die Teilnahme an Generalversammlungen der MP entschieden, da die Priorität bei anderen ICN liege (Anhang d: 11). Berlin als Hauptstadt habe Zugänge zu exklusiven ICN, die mehr im Fokus der Berliner Netzwerkarbeit stehen würden und in denen sich die Stadt aktiver beteilige (Anhang d: 12). Gleichzeitig habe auch Berlin begrenzte Ressourcen hinsichtlich der Netzwerkarbeit und müsse sich für eine Auswahl entscheiden. Es herrsche ein Überangebot an ICN und gerade eine Stadt wie Berlin erhalte regelmäßig neue Beitrittsanfragen (Anhang d: 20). Oft würden sich die ICN mit ähnlichen Themen beschäftigten. Daher müsste jede Anfrage geprüft und abgewogen werden (Anhang d: 22). Erschwerend komme hinzu, dass Stadtvertretende im Fokus der Öffentlichkeit ständen und sich für Entscheidungen rechtfertigen müssten. Insbesondere Reisen, wie z.B. zu Versammlungen von ICN, würde von der lokalen Presse stark kritisiert werden. *Person 3* erklärte, dass zusammengelegte Jahresveranstaltungen mehrerer ICN eine gute Lösung wären (Anhang d: 20).

Viele Themen der ICN seien miteinander verzahnt und eine Zusammenarbeit sei möglicherweise sogar sehr sinnvoll und könnte Fortschritte erzielen (Anhang d: 21). Die Zusammenarbeit in großen ICN wie MP könnte durch äußere Umstände beeinflusst werden. Das ICN fokussiere sich zwar auf das Thema der nuklearen Abrüstung, jedoch könnte die Netzwerkarbeit nie komplett unabhängig von politischen Ereignissen oder Wertedifferenzen erfolgen. Darüber hinaus könne Netzwerkarbeit nicht funktionieren, wenn die Überzeugung der Belegschaft fehle und der Sinn der Mitgliedschaft nicht für diese erkennbar sei. Zudem sei das Fehlen des Wissens über internationale Arbeit oder von Ressourcen nachteilhaft (Anhang d: 18f.).

Die Mitgliedschaft von Berlin in MP besteht schon seit 1989 und beruht auf verschiedenen Gründen. Zunächst kommt Berlin eine große historische Bedeutung in Hinsicht auf die internationale Friedenspolitik zu. Berlin übernimmt als Symbolstadt Verantwortung und dient zudem als Brücke zwischen Ost und West. Die Stadt unterstützt das primäre Ziel der MP und setzt ein Zeichen für atomare Abrüstung, z.B. durch die regelmäßige Teilnahme am Flaggentag der MP oder die Förderung der Erinnerungskultur. Durch das Engagement sollen zusätzlich demokratische Werte und Solidarität vermittelt werden. Ein weiterer Grund der Mitgliedschaft stellt die gemeinsame Interessenvertretung dar, damit Städten eine größere Bedeutung in der globalen Debatte zukommt.

Strong Cities Network

Der genaue Zeitpunkt des Beitrittes der Stadt Berlin in das SCN konnte nicht identifiziert werden. Über die Internetseite des SCN lässt sich recherchieren, dass Berlin dem SCN nach Augsburg im Jahr 2016 beigetreten ist (SCN 2024a). Aus dem Interview mit *Person 4* geht hervor, dass Berlin spätestens im Jahr 2017 Mitglied im SCN geworden ist (Anhang e: 26). Die Mitgliedschaft wurde initiiert, da der ehemalige *Staatssekretär für Inneres und Sport* des Landes Berlin persönliche Kontakte zum Geschäftsführer des SCN, Eric Rosand, hatte. Die SCN-Netzwerkarbeit wurde an die Senatsverwaltung delegiert, da dort Expertise in Bezug auf sicherheitspolitische Themen vorhanden war (Anhang e: 27). Aktuell engagiere die Stadt Berlin sich zusätzlich im internationalen Lenkungsausschuss des SCN (Anhang e: 33).

Die Stadt Berlin unterzeichnete im Jahr 2022 die Bürgermeistererklärung, *Hague Mayoral Declaration*, im Friedenspalast von Den Haag. Die Erklärung skizziert praktische Schritte, um Herausforderungen wie Hass, Extremismus und Polarisierung zu bekämpfen und die lokale Demokratie zu schützen. Die *Hague Mayoral Declaration* wurde als Grundlage der weiteren Zusammenarbeit der Städte des SCN entwickelt und soll die Netzwerkarbeit unterstützen. Berlin verpflichtete sich mit der Unterzeichnung dazu, jährlich über Fortschritte der Umsetzung dieser Bürgermeistererklärung an das SCN zu berichten (SCN 2022a).

Im Jahr 2023 hielt das SCN vom 19. bis 21. September seinen vierten *Global Summit* in New York ab. Am Ende des Gipfeltreffens konnten Stadtvertretende die *New York City Mayoral Declaration* unterzeichnen. Die Bürgermeistererklärung umfasst sechs Verpflichtungen, um den Bedrohungen Hass, Extremismus und Polarisierung zu begegnen und die Menschenrechte zu fördern (SCN 2024d). Der aktuelle *Staatssekretär für Inneres und Sport* des Landes Berlin, Christian Hochgrebe, unterzeichnete die Erklärung neben 112 weiteren Personen aus circa 50 Ländern. Mit seiner Unterschrift erfolgte eine aktive Positionierung zu den Leitzielen des SCN (SCN 2023a). In Bezug auf die sechste Verpflichtung, welche die Kooperation zwischen lokalen und nationalen Akteuren sicherstellen soll, damit städtische Perspektiven verstärkt in nationale Rahmenwerke eingebunden werden, engagierte sich Berlin beim *Model Municipalities for Deradicalisation project*. Zusammen mit dem *Bundesministerium des Innern und für Heimat* sowie anderen Städten testete Berlin gemeindebasierte Ansätze zur Prävention und Bekämpfung von Extremismus und Gewalt. Die Ansätze wurden überarbeitet und angepasst, sodass Möglichkeiten der Implementierung für die lokale Ebene erarbeitet werden konnten (SCN 2024d).

Im Jahr 2021 startete das SCN mit Unterstützung des *U.S. Departement of State* die sogenannte *Transatlantic Dialogue Initiative*. Die Initiative dient der Stärkung der Zusammenarbeit und des Austausches zwischen Stadtvertretenden vorwiegend aus Europa und Nordamerika. Ziel ist es, Hass, Polarisierung und Extremismus zu verhindern sowie lokale Demokratien zu schützen. Berlin hat sich in der Vergangenheit bereits diverse Male an der Initiative beteiligt (SCN 2024e). Die Stadt war am 29. März 2023 in London beim *Transatlantic Dialogue* anwesend. Die Initiative des SCN wurde damals mit Unterstützung des *London Mayor's Office for Policing and Crime* sowie des *United Kingdom Foreign, Commonwealth and Development Office* veranstaltet. Mehr als 40 repräsentative Personen lokaler Regierungen tauschten sich über städtische Präventionsprogramme und Ansätze der Bekämpfung von Hass, Extremismus und Polarisierung aus, um voneinander lernen und Maßnahmen weiterentwickeln zu können (SCN 2023b).

Am 15. und 16. Juni 2023 richtete Berlin den *Transatlantic Dialogue* des SCN aus. Schwerpunkt des Treffens von mehr als 50 Stadtvertretenden war ein Workshop im Roten Rathaus, bei welchem das Potenzial von Stadtoberhäuptern und lokalen Regierungen bezüglich des sozialen Zusammenhalts und dem Schutz der Demokratien thematisiert wurde (SCN 2023c). Berlin beteiligte sich darüber hinaus am 24. April 2024 am vierten virtuellen Treffen der monatlichen Webinarreihe *Global Crises, Local Impacts* der *Transatlantic Dialogue Initiative* des SCN (SCN 2024f). Das SCN hatte die Reihe im Dezember 2023 gestartet, um den Mitgliedstädten eine Plattform für den Austausch über Folgen globaler Krisen, z.B. interkommunale Spannungen, zu ermöglichen. Im Fokus der Webinare stand vor allem der Erfahrungsaustausch und das Lernen voneinander (SCN 2024g). Im Rahmen der *Transatlantic Dialogue Initiative* des SCN organisierte die Stadt Stockholm gemeinsam mit dem schwedischen Justizministerium ein Treffen vom 03. bis 05. Juni 2024, bei welchem circa 60 Stadtvertretende aus Europa und Nordamerika teilnahmen. Im Mittelpunkt des *Transatlantic Dialogue* in Stockholm standen insbesondere der Umgang mit Online- und Offline-Hass sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der städtischen Resilienz. Außerdem wurde über kommunale Spannungen aufgrund von Migration oder Bedrohungen der Demokratie diskutiert (SCN 2024h). Berlin war mit *Person 4* in Stockholm vertreten (Anhang e: 28). Vom 17. bis 19. September 2024 veranstaltete das SCN in Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Stadt Columbus, der *Ohio State University John Glenn College of Public Affairs* sowie dem *U.S. Department of State* und weiteren Organisationen einen *Transatlantic Dialogue*. Bei diesem kamen mehr als 75 Stadtvertretende aus Nordamerika und Europa zusammen, um über städtische Führung zur Förderung des sozialen Zusammenhalts in Zeiten globaler Krisen zu sprechen. Gemeinsam wurden Herausforderungen erörtert, bewährte Praktiken diskutiert und Strategien erarbeitet. Berlin nahm an der Veranstaltung teil und wurde in Columbus durch *Person 4* vertreten (SCN 2024i).

Das SCN veröffentlicht regelmäßig sogenannte *Policy Briefs*, in welchem das ICN über relevante Themen informiert. Gleichzeitig umfasst der *Policy Brief* Praktiken und Empfehlungen verschiedener Mitgliedstädte. Die Schaffung sicherer und resilenter Städte durch gezielte Stadtplanung und -gestaltung ist das Hauptthema eines *Policy Briefs*, welcher im November 2024 veröffentlicht wurde. Berlin veranschaulicht hier eine Schutzmaßnahme der Bevölkerung, die in Zusammenarbeit mit der Polizei entwickelt wurde. Nach einem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz im Jahr 2016 errichtete die Stadt temporäre Barrieren, um den Platz zu sichern. Die Maßnahme wurde jedoch kritisiert, da die Barrieren die Bewegungsfreiheit einschränkten. Berlin arbeitet aktuell an dauerhaften multifunktionalen Schutzmaßnahmen, die zum einen Sicherheit bieten und zum anderen visuell in das Stadtbild passen würden. Fachkräfte für Stadtplanung haben im Auftrag der Stadt bspw. verstärkte Fahrradständer, Lampen oder Bushaltestellen entworfen (SCN 2024j).

Ein weiterer *Policy Brief*, der im November 2024 zugänglich gemacht wurde, fokussiert Strategien, die helfen, Hassrede in Krisenzeiten zu bekämpfen. Berlin arbeite diesbezüglich eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, um besser zu verstehen, wie Hassreden Geflüchtete und Menschen mit Migrationserfahrung beeinflussen. Zudem gewährleiste die Zusammenarbeit ein direktes Feedback zu städtischen Politiken, welche deren Anpassung ermögliche und die Effektivität steigere (SCN 2024k). In einem *Policy Brief*, welcher im Dezember 2024 veröffentlicht wurde, wird das Thema *Managing Migration* herausgestellt. Städte sollen dabei unterstützt werden, das Wohlbefinden der Bevölkerung trotz rasanter Urbanisierung und Bevölkerungswachstum zu garantieren. Berlin präsentiert in diesem Rahmen die Initiative *Berlin Develops New Neighbourhoods* als *Best Practice*-Beispiel. Die Initiative biete Geflüchteten und Menschen mit Migrationserfahrung Jobtrainings und Tipps bezüglich der Orientierung in Berlin und fördere dadurch aktiv die Integration der Menschen (SCN 2024l).

Im Rahmen der Analyse konnte ein Interview mit *Person 4* durchgeführt werden. Aus dem Gespräch ergaben sich einige Punkte, die Rückschlüsse auf die Gründe der Mitgliedschaft von Berlin im SCN liefern. Besonders hervorgehoben wurde die thematische Ausrichtung des SCN. Das SCN erkenne Trends und betrachte aktuelle Themen aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive ohne aktionistisch zu sein. Es gehe bei den Veranstaltungen immer um Hass, Extremismus und Polarisierung. Von diesen gewählten Schwerpunkten seien alle Städte betroffen und die Begriffe seien klar (Anhang e: 32f.). Das SCN ermögliche die Teilnahme an einer Vielzahl verschiedener Veranstaltungen und Formate. Städte seien nicht verpflichtet, jedes Angebot anzunehmen, sondern könnten frei wählen, in welchem Umfang und in welcher Intensität sie mitwirkten (Anhang e: 34). Die aktuelle Leitung der *Senatsverwaltung für Inneres uns Sport* sei „ein Freund“ (Anhang e: 25) des SCN und fördere aus diesem Grund das aktive Engagement.

Als Hauptziel Berlins im SCN gab *Person 4* die internationale Vernetzung an. Das SCN organisiere diesbezüglich besonders gute Veranstaltungen, in denen viel voneinander gelernt sowie über *Best Practices* und verschiedene Herangehensweisen zu bestimmten Problemen diskutiert werden könnte. Die Beteiligung und Kooperation im Rahmen von ICN hätte zudem psychologische Funktionen für Städte. Zunächst entstehe, gerade in schwierigen Krisenzeiten, das Gefühl, mit Problemen nicht alleine zu sein. Städten würde aufgezeigt werden, dass auch andere Städte vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Daraus ergebe sich ein stetiger Reflexionsprozess, da lösungsorientierte Ideen anderer Städte an die eigene Stadt angepasst werden könnten (Anhang e: 28).

Person 4 formulierte diesbezüglich: „Gute Ideen und gute Projekte und gute Ansätze können nur aus so einem Reflexionsprozess hervorgehen und nicht nur aus Lesen und Vermerke schreiben“ (Anhang e: 28). Zudem präsentierte Berlin eigene Vorschläge im SCN und bringe sich dadurch aktiv in das SCN ein. Einen großen Mehrwert lieferten die offenen Diskussionen über die Schwächen und Stärken dieser Vorschläge. *Best Practices* und auch *Worst Practices* würden herausgearbeitet (Anhang e: 29). Darüber hinaus habe Berlin im SCN eine große symbolische Rolle, einerseits historisch aufgrund des Kalten Krieges und andererseits als Bundeshauptstadt Deutschlands. Mit Blick auf diese symbolische Rolle habe Berlin den Anspruch und die Verpflichtung sich international zu präsentieren (Anhang e: 29).

Während des Interviews mit *Person 4* wurden des weiteren Kritikpunkte am SCN thematisiert. Das SCN hätte keinen *europäischen Hub* obwohl ein Großteil der Mitglieder aus Europa kämen. Die Begründung des SCN sei, dass europäische Städte auch in vielen anderen Städten aktiv seien und daher keinen eigenen *Hub* benötigen würden (Anhang e: 33f.). Oftmals seien Veranstaltungen des SCN stark überfüllt, weil dies von Fördergebenden gewollt sei. Diskussionen unter diesen Rahmenbedingungen und Veranstaltungstage mit vielen Sitzungen seien sehr anstrengend. Es bestehe außerdem wenig Gelegenheit der informellen Vernetzung. Berlin als Symbol- und Hauptstadt hätte in diesem Zusammenhang eine gute Position und genug Selbstbewusstsein, sich gegen oder für eine Veranstaltung zu entscheiden. Kleinere Städte würden hier jedoch vor einem größeren Problem bzw. Dilemma stehen. (Anhang e: 35).

Die Mitgliedschaft der Stadt Berlin im SCN, die bereits seit 2016 oder 2017 anhält, basiert auf dem Ziel, lokale Strategien der Bekämpfung von Hass, Extremismus und Polarisierung zu entwickeln. Berlin ist durch persönliche Kontakte zum Geschäftsführer auf das SCN aufmerksam geworden und beteiligt sich seitdem aktiv. Die aktuell zuständigen Personen für das SCN in Berlin sind überzeugt von der Arbeit und den Zielen des ICN. Die Stadt setzt vor allem auf die internationale Vernetzung und den Austausch, insbesondere im Rahmen der Initiative *Transatlantic Dialogue*. Im Austausch mit anderen Städten werden *Best Practices* und *Worst Practices* diskutiert, Ideen reflektiert und es wird voneinander gelernt. Als Symbol- und Hauptstadt kommt Berlin eine besondere Rolle mit Verpflichtungen und internationalen Erwartungen zu. Berlin möchte dieser Rolle gerecht werden, hat eigene Ansprüche sowie ein hohes Verantwortungsgefühl.

4.3. Dresden

Mayors for Peace

Die Stadt Dresden wurde offiziell im Januar 1985 als Mitglied der MP registriert (MP 2024b). Das ICN wird durch das Bürgermeisteramt sowie die Abteilung *Europäische und Internationale Angelegenheiten* der Landeshauptstadt Dresden verwaltet (Dresden 2023c). Der Mitgliedsbeitrag für MP wird aus dem Budget des Bürgermeisteramtes gezahlt (Dresden 2018: 250; Dresden 2020: 244). Dresden ist dem ICN beigetreten, „weil die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) auf der Grundlage ihrer Friedensdoktrin und ihren guten Beziehungen zu Japan ein Zeichen setzen wollte“ (Dresden 2023c). Aktuell habe Dresden eine eher passive Mitgliedschaft bei den MP inne (Person 5, persönliche E-Mail-Kommunikation, 18.07.2024). Im integrierten Stadtentwicklungskonzept *Zukunft Dresden 2035+* steht hingegen geschrieben, dass die Stadt Dresden auf europäischer Ebene unter anderem im internationalen Städtenetzwerk MP aktiv mitwirke und Erfahrungen einbringe (Dresden 2022: 108).

In einem schriftlichen Appell der WCMPS der 1980er Jahre heißt es:

„For the sake of the life and future of the citizens in our towns, the armament race has to be stopped and a turn around to secure peace and friendly cooperation between the peoples and the states should be made. The horrors inflicted on Hiroshima and Nagasaki and on the cities such as Coventry, Rotterdam, Volograd, Dresden, and Marzabotto must never be repeated“ (WCMPIIS 1988: 2).

Dresden wird in dem Appell als Beispiel für die negativen Auswirkungen von Kriegshandlungen und Bombardierungen genannt. Die Stadt dient MP als Mahnmal vor Krieg und als Motivation zur Abrüstung. Die Stadt wird dadurch im Rahmen des ICNs zu einem Symbol des Friedens. Auch in anderen Dokumenten der MP, bspw. in einer schriftlichen Stellungnahme des Bürgermeisters von Nagasaki vor dem *Internationalen Gerichtshof*, wird Dresden als abschreckendes Beispiel bezüglich des Einsatzes von Bomben aufgeführt. Dresden war vom 13. bis 15. Februar 1945 Angriffsziel einer Bombardierung. Durch den Abwurf von großkalibrigen Bomben sowie 650.000 Brandbomben kamen circa 135.000 Menschen ums Leben (MP 1990s: 3). Aufgrund ähnlicher Bombardierungs-Erfahrungen besteht zwischen den Städten Dresden, Wolgograd (ehemaliges Stalingrad), Hiroshima und Coventry eine enge städtische Partnerschaft (MP 2009: 5; MP 2020c: 5).

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf die Städte Hiroshima und Nagasaki fand vom 06. bis 09. August 2016 an der Kreuzkirche in Dresden, nahe dem Denkmal *Schwerter zu Pflugscharen*, eine Mahnwache gegen Atomwaffen, ein nächtlicher Gottesdienst und Fasten statt. Die Gedenkveranstaltung wurde durch die AG *Frieden Dresden* organisiert (MP 2016: 6).

Diese Mahnwache gegen Atomwaffen wird seit 2015 jährlich durchgeführt und umfasst verschiedene Aktionen. Die Initiative wird durch Dresdner Friedensinitiativen, lokale Organisationen und Verbände organisiert sowie von der Stadtverwaltung unterstützt. Diese stellt die MP-Flagge für die Dauer der Mahnwache zur Verfügung. Es gibt ein Info-Zelt mit einem Team, das täglich informiert und zu Gesprächen bspw. zu Entwicklungen der globalen nuklearen Abrüstung, dem Krieg in der Ukraine sowie Konflikten zwischen den Atommächten einlädt. Im Jahr 2019 wurden Besuchende außerdem gebeten, eine lange Kette aus Kranichen in Origami-Technik zu basteln, die symbolisch für die MP stehen. Es wurde eine Menschenkette aus Menschen und Kranichen von der Kreuzkirche bis zum Rathaus gebildet. Im Jahr 2020 sollten Besuchende Straßenkreidebilder kreieren. Zudem wurde Straßenmusik gespielt, Umfragen zur gefühlten Sicherheit durchgeführt und das traditionelle Friedensgebet zum Hiroshima-Gedenken gesprochen. 2023 erneuerte unter anderem die *Regionalgruppe Attac Dresden* den Appell an die Bundesregierung den TPNW zu unterzeichnen. In diesem Kontext wurden Unterschriften von Passant:innen zur Unterstützung gesammelt (Dresden 2024b).

Die zehnte Mahnwache Dresdens wurde im Jahr 2024 veranstaltet. Die Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch befürwortete die Veranstaltung im Vorfeld mit der Aussage, dass die Erinnerung an historische Katastrophen wie den Zweiten Weltkrieg oder die Atombombenabwürfe auf Japan, fundamentale Verantwortung und Aufgabe von Gesellschaften sei. Das zentrale Thema der Mahnwache 2024 war *Sicherheit neu denken* (Dresden 2024c: 6).

Im Rahmen des 75. Jahrestages der Bombardierung Dresdens fanden vom 13. bis 15. Februar 2020 zahlreiche Veranstaltungen wie Gedenkzeremonien, die Bildung einer Menschenkette sowie Diskussionsrunden statt. In Zusammenarbeit der *Konrad-Adenauer-Stiftung* mit der Landeshauptstadt Dresden wurde zu einem internationalen Diskurs über Erinnerungskultur nach Dresden eingeladen. Zentral für diese Veranstaltungen war der Fokus auf die Schaffung einer zukunftsorientierten Erinnerungskultur, die Frieden, Demokratie sowie die Einhaltung der Menschenrechte repräsentiert und auf der anderen Seite Gewalt, Rassismus sowie Diskriminierung ablehnt. Dresden sei in diesem Zusammenhang eine Stadt, welche exemplarisch für emotionale Debatten zu angemessenem Gedenken stehe, weil Vertretende der beiden extremen Pole des politischen Spektrums die städtische Vergangenheit instrumentalisierten. Dadurch würde der Entwicklungsprozess einer zukunftsorientierten Erinnerungskultur erschwert werden. Neben den genannten Aktivitäten wurde daher zusätzlich ein internationaler Kongress mit dem Titel *Schmerzhafte Erinnerungen* in der Frauenkirche Dresden, organisiert durch das *Bildungsforum Sachsen* der *Konrad-Adenauer-Stiftung*, veranstaltet (Dresden 2024d; MP 2020c).

Während der Veranstaltung sprach Kazumi Matsui, Bürgermeister der Stadt Hiroshima und Präsident der MP, per Videobotschaft zu den Teilnehmenden. Er betonte die Wichtigkeit einer Erinnerungskultur, internationaler Freundschaft und des Friedensaufbaus als Fundament einer geschichtsbewussten Zivilgesellschaft, die Städte weltweit miteinander verbinde. Auch der Oberbürgermeister Dresdens, Dirk Hilbert, sowie der Leiter des *Bildungsforums Sachsen* sprachen über die Notwendigkeit einer Erinnerungskultur. In einer Diskussionsrunde mit Dirk Hilbert, einer Vertreterin der Partnerstadt Coventry in Großbritannien sowie einem Vertreter der Partnerstadt Breslau in Polen wurde die Bedeutung der geteilten Geschichte in Bezug auf vergangene Kriegsereignisse, die Notwendigkeit von Versöhnung und Vertrauensbildung hervorgehoben (Dresden 2024d; MP 2020c).

Am 21. September 2020 unterzeichnete Oberbürgermeister Dirk Hilbert im Rathaus den ICAN-Städteappell zum Verbot von Atomwaffen. Er formulierte:

„Dresdens Geschichte im 20. Jahrhundert ist geprägt von Krieg und der Zerstörung am 13. Februar 1945. Dresdens Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg ist aber auch geprägt von der Sehnsucht nach Frieden und Versöhnung. Die Freundschaft mit Coventry oder Rotterdam, und nicht zuletzt der Wiederaufbau der Frauenkirche sind dafür zum Symbol geworden. Als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden und als *Mayor for Peace* im gleichnamigen globalen Netzwerk der *Bürgermeister für Frieden* ist es mir deshalb wichtig, den ICAN-Städteappell zu unterstützen. Noch immer lagern 180 Atombomben in Europa, circa 20 davon in Deutschland. Atomwaffen sind nach wie vor eine Bedrohung für die Städte weltweit. Ihr Verbot ist fällig. Darüber müssen die Regierungen dieser Welt endlich wieder verhandeln“ (Dresden 2020b).

Die Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch erläuterte des Weiteren, dass die Unterzeichnung des ICAN-Städteappells die Zivilgesellschaft darin bestärken solle, lokale Friedensarbeit fortzuführen und führte die Dresdner Stadtgeschichte als Mahnmal für die Wichtigkeit der globalen Friedenspolitik an (Dresden 2020b). Frau Klepsch nahm darüber hinaus an einer internationalen Konferenz der MP am 16. April 2021 teil (Dresden 2021: 31).

Laut Dresdens Internetseite erfolge das Engagement im ICN *Mayors for Peace* aufgrund des hohen Stellenwerts der Landeshauptstadt von internationaler Vernetzung im Bereich der Erinnerungskultur und des interreligiösen Dialogs. Dresden sei ein Symbolort der deutschen Erinnerungskultur und möchte diesbezüglich öffentliche Diskussionen fördern. Gleichzeitig sollten diese Debatten durch internationale Sichtweisen, Perspektivenwechsel und Erfahrungen anderer Städte bereichert werden (Dresden n.d.).

Dresden zeigt mit der Mitgliedschaft in MP seit 1985, dass sie sich für nukleare Abrüstung und Friedenspolitik einsetzt. Die Mitgliedschaft entstand aufgrund dem politischen Friedensgrundsatz und guten Beziehungen der Regierung der DDR zu Japan. Als Symbolort der deutschen Erinnerungskultur und Mahnmal der Auswirkungen von Krieg und Zerstörung trägt die Stadt eine große politische Verantwortung und versucht dieser gerecht zu werden. Die jährliche Mahnwache soll die öffentliche Diskussion über Erinnerungskultur und damit den internationalen Frieden fördern. Mit der Unterzeichnung des ICAN-Städteappels setzt Dresden ein eindeutiges Zeichen gegen Atomwaffen. Gleichzeitig nutzt die Stadt ihre Mitgliedschaft für globale Vernetzung, Zusammenarbeit und für den Erfahrungsaustausch mit anderen Städten, was Vertrauen und Versöhnung auf globaler Ebene fördern soll.

Nach eigener Aussage hat die Stadt Dresden aktuell eine passive Mitgliedschaft im MP inne. Explizite Gründe dafür wurden nicht genannt. (Person 5, persönliche E-Mail-Kommunikation, 18.07.2024). Der Mitgliedsbeitrag wird durch den Haushalt des Bürgermeisteramts gedeckt. Weiteres Engagement oder Initiativen könnte durch begrenzte finanzielle Ressourcen eingeschränkt sein. Die jährliche Mahnwache wird bspw. durch Dresdner Friedensinitiativen, lokale Organisationen und Verbände organisiert und ist vermutlich abhängig von der Zusammenarbeit der genannten Akteure. Möglicherweise sind in Dresden aktuell andere Themen von der Stadtverwaltung höher priorisiert, wodurch die MP-Netzwerkarbeit etwas in den Hintergrund rückt.

Strong Cities Network

In Bezug auf die Netzwerkarbeit der Stadt Dresden in Zusammenhang mit dem SCN konnte kein Interview geführt und keine Online-Quellen gefunden werden. Es konnte lediglich recherchiert werden, dass Dresden dem ICN noch vor der Stadt Augsburg beigetreten ist, dementsprechend im Jahr 2015 oder 2016 (SCN 2024a). Laut Mittelung per E-Mail hat Dresden im ICN eine eher passive Mitgliedschaft inne (Person 5, persönliche E-Mail-Kommunikation, 18.07.2024).

Die Ergebnisse geben keinen Aufschluss über die Mitgliedschaftsgründe oder Herausforderung der Stadt Dresden im genannten ICN.

4.4. Düsseldorf

Mayors for Peace

Düsseldorf ist dem ICN mit Thomas Geisel als *Mayor for Peace* im Dezember 2014 beigetreten (MP 2014c: 1; MP 2024b). Die Mitgliedschaft wurde durch einen Beschluss des Düsseldorfer Stadtrats initiiert, wobei der Ratsbeschluss keine Beauftragung einer konkreten Verwaltungsstelle für die Umsetzung enthielt. Aufgrund des Kontextes der bilateralen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland fiel die MP-Netzwerkarbeit letztendlich in den Zuständigkeitsbereich des *Büros für Internationale & Europäische Angelegenheiten*. Dieses koordiniert hauptsächlich bilaterale Städtepartnerschaften und nur in Ausnahmefällen die Mitgliedschaft der Stadt Düsseldorf in einem ICN (Anhang f: 38; Düsseldorf 2024d).

Ende Mai des Jahres 2015 war die *Humanitäre Initiative zu den Folgen einer Nuklearwaffendetonation* ein Ergebnis der UN-Konferenz in New York, bei welcher über 100 Staaten zugesagt hatten, sich für ein vollständiges Verbot und die Vernichtung von Atomwaffen einzusetzen. Die Stadt Düsseldorf begrüßte diese Initiative durch die erstmalige Teilnahme am Flaggentag der MP am 08. Juli 2015. Durch das Hissen der Flagge wird ein symbolisches Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen gesetzt. Der damalige Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel erläuterte:

„Mit der Humanitären Initiative wird ein neuer Impuls für den Abrüstungsprozess gegeben; erheben die Nichtnuklearstaaten ihre Stimme. Wir begrüßen diese abrüstungspolitische Initiative und werben in unseren Gesprächen mit Regierungsvertretern eindringlich um Unterstützung. Die MP-Fahne, die vor unserem Rathaus weht, weist auf den neuen Wind hin, der für die nuklearen Abrüstungsbemühungen 70 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki von besonderer Bedeutung ist“ (Düsseldorf 2015).

Auch in den Jahren 2016 bis 2020 beteiligte sich die Stadt Düsseldorf am Flaggentag der MP (Düsseldorf 2018a; Jäckel-Engstfeld 2016; Jäckel-Engstfeld 2017; Mester 2020b). Am 22. Januar 2021 wurde das TPNW in Kraft gesetzt. Düsseldorfs Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller beschrieb den Vertrag als „wichtiger Schritt in Richtung Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung“ (Mester 2021a). Durch das Hissen der MP-Flagge, sowohl am 22. Januar als auch am Flaggentag 2021, zeigte die Stadt öffentlich ihre Unterstützung des TPNW. Am Flaggentag 2021 äußerte der Oberbürgermeister zudem den Wunsch, dass Deutschland als Beobachterstaat an der ersten Vertragskonferenz hinsichtlich des TPNW im Jahr 2022 teilnehmen solle (Mester 2021b). In den Jahren 2022 und 2023 verdeutlichte die Stadt Düsseldorf mit dem Hissen der Flagge vor dem Düsseldorfer Rathaus am 08. Juli zudem ihre Solidarität mit der Ukraine (Haller 2022; Hirsch 2023b). Darüber hinaus wurde die MP-Flagge im Februar 2022 als unmittelbare Antwort auf den russischen Angriff auf die Ukraine gehisst (Jäckel-Engstfeld 2022).

Anlässlich des 70. Jahrestages der Bombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im Jahr 2016 beteiligte sich Düsseldorf mit zwei Gedenkveranstaltungen. Zum einen fand eine *Nacht der 70.000 Kerzen* auf dem Burgplatz statt, welche durch die deutsche Sektion der IPPNW organisiert wurde. Zum anderen erfolgte eine Mahnwache mit dem Titel *Kein zweites Hiroshima! Weg mit den Atomraketen! Nein zu Atomwaffen!* vor dem Carsch-Haus Düsseldorf. Veranstalter der Mahnwache waren das *Düsseldorfer Friedensforum, Menschen für den Frieden, NaturFreunde Düsseldorf* sowie die *Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Düsseldorf* (MP 2016: 7). Am 06. August 2020, dem 75. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf die japanische Stadt Hiroshima wurden in Düsseldorf die symbolischen Friedensglocken von rund 30 Kirchen im ganzen Stadtgebiet geläutet. Die Aktion wurde durch die *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Düsseldorf* veranstaltet. Der damalige Oberbürgermeister Thomas Geisel verdeutlichte die Bedeutung des Gedenktages anhand einer Videobotschaft vor der Sankt Lambertus Kirche in der Altstadt (Schirrmacher 2020).

Im *MP News Flash* wurde darüber berichtet, dass die Konferenz *Second Mayors Summit on Living Together* vom 30. August bis 01. September 2019 in Düsseldorf stattfinden wird. Bei der Konferenz handelte es sich um ein Treffen von Stadtvertretenden aus der ganzen Welt, die sich über zentrale Herausforderungen sozialer Vielfalt und Zusammenhalt austauschten und darüber diskutierten (MP 2019d: 3; MP 2019e: 5). Das Leitthema und die Durchführung dieser Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der kanadischen Stadt Montreal basierte auf den Zielen und dem Aktionsplan der MP (MP 2020d: 5). *Mayors for Peace* partizipierte als ideeller Partner der Konferenz, das heißt die Zusammenarbeit basierte hier nicht auf finanzieller Unterstützung, sondern auf geteilten Werten und Zielen (Herden 2019).

Im Jahr 2020 veranstaltete MP einen Kinder- und Jugendmalwettbewerb mit dem Motto *Friedliche Städte*. Düsseldorf nahm an dem Wettbewerb teil. Kinder und Jugendliche von sechs bis 15 Jahren konnten ihre Kunstwerke mit ihrer Vision einer friedlichen Stadt Düsseldorf einreichen (Baumgarten 2020). Eine Vorauswahl der Kunstwerke wurde zum Hauptsitz der MP nach Hiroshima versendet. Die Einsendungen wurden dort durch eine Jury der MP bewertet. Der Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller befürwortete die Aktion und verwies auf die Wichtigkeit des Engagements für eine gewalt- und atomwaffenfreie Welt. Er führte terroristische Anschläge in Frankreich und Österreich als Beispiele an, um aufzuzeigen, wie gegenwärtig die Bedrohungen durch Gewalt und Terror seien. Des Weiteren betonte Dr. Stephan Keller die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den genannten Themen, vor allem für Kinder, damit aufgezeigt werden könne wie bedeutend Frieden sei (Mester 2020a). Auch im Jahr 2023 beteiligte sich die Städte Düsseldorf am internationalen Kinder- und Jugendmalwettbewerb *Friedliche Städte* der MP (Hirsch 2023a).

Auf der Internetseite der Stadt wird die Wichtigkeit der Mitgliedschaft Düsseldorfs im MP insofern erklärt, als dass eine Gemeinschaft von Verantwortlichen in Bezug auf das zentrale Ziel der Abschaffung von nuklearen Waffen politische Bedeutung gewinnt. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit könne Druck auf Staatsregierungen ausüben. Mitglieder der MP könnten aktiv ihrer Verantwortung nachkommen und sich für die Sicherheit der eigenen Bevölkerung einsetzen (Düsseldorf 2017). Während der Corona-Pandemie im Jahr 2020 betonte Thomas Geisel die Notwendigkeit einer Weltgemeinschaft sowie den internationalen und europäischen Austausch von Kommunen (Düsseldorf 2020).

In Hinsicht auf die MP-Netzwerkarbeit der Stadt Düsseldorf konnte ein Gespräch mit *Person 6* des zuständigen *Büros für Internationale & Europäische Angelegenheiten* geführt werden. Aus dem Interview ging hervor, dass die Mitgliedschaft vorwiegend einen symbolischen und politischen Wert für die Stadt habe (Anhang f: 38). Düsseldorf möchte mit der Mitgliedschaft zeigen, dass die Stadt für eine atomwaffenfreie Welt stehe und zeige dies durch die Teilnahme am Flaggentag, am Kinder- und Jugendmalwettbewerb der MP sowie durch entsprechende Pressemitteilungen (Anhang f: 39). Aktionen wie der jährliche Flaggentag seien vorteilhaft, da sie der aktiven Teilhabe im MP eine stetige Form verleihen würden. Der Tag sei immer im Kalender eingetragen und aufgrund des klaren Ablaufs seien nur wenige Ressourcen notwendig (Anhang f: 44). Der zeitliche Aufwand der MP-Mitgliedschaft beschränke sich auf wenige Stunden im Jahr und auch der monetäre Aufwand sei sehr gering. Für die Stadt Düsseldorf würde es jedoch auch nicht in Frage kommen, zeitlich und finanziell viel in die MP-Netzwerkarbeit zu investieren, da der Fokus der Stadt im Normalfall auf ICN liege, in welchen der fachliche Austausch priorisiert werde (Anhang f: 39). *Mayors for Peace* sei kein zielführendes ICN für fachliche Arbeit, da die Abschaffung von Atomwaffen und Freiheit kein kommunales Thema darstellen würden (Anhang f: 38). Es gebe aufgrund der Zuständigkeiten zwischen Kommunen, Bund und Nationalstaaten nicht die Möglichkeiten, umsetzbare Maßnahmen auf lokaler Ebene zu entwickeln (Anhang f: 39).

Die Mitgliedschaft sei trotzdem wichtig für Düsseldorf, denn die Entscheidung und Umsetzung der Abschaffung von Atomwaffen auf globaler Ebene liege zwar nicht bei Städten, jedoch aber die direkten Auswirkungen von z.B. einem Atombombenabwurf. *Mayors for Peace* erhebe nicht den Anspruch, die Welt atomwaffenfrei zu machen, sondern stehe für eine politische Forderung, die Düsseldorf unterstütze (Anhang f: 45). Das ICN habe eher eine zivilgesellschaftliche Wirkung (Anhang f: 40). Die Städte könnten ihre Interessen durch die Mitgliedschaft in MP bündeln und gemeinsam für das Thema einstehen. Dadurch forme sich eine gemeinschaftlich größere Stimme, welche mehr Einfluss auf die Nationalstaaten hätte, die im entsprechenden Thema für politische Entscheidungen zuständig seien. Städte könnten Lobbying betreiben (Anhang f: 41).

Gleichzeitig würden Städte sich durch die Mitgliedschaft hinsichtlich der eigenen Werte und Normen verorten, was eine bessere Einschätzung anderer Städte ermögliche und den Austausch zwischen Verwaltungen fördere (Anhang f: 41). Während des Interviews wurde zudem betont, dass Städte sich auf ein bis zwei ICN fokussieren müssten, in welche die für die Netzwerkarbeit verfügbaren Ressourcen investiert werden würden, da diese begrenzt seien (Anhang f: 42). Zum einen erfordere die Mitgliedschaft in MP nur wenige Ressourcen und zum anderen verfolge das ICN ein gut gewähltes Nischenthema für das kein konkurrierendes ICN existiere (Anhang f: 39;45).

Die Düsseldorfer Mitgliedschaft im ICN *Mayors for Peace* seit dem Jahr 2014 hat unterschiedliche Gründe. Zunächst möchte die Stadt ein globales Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt setzen und sich hinsichtlich der eigenen Werte und Normen positionieren. Das Thema ist aufgrund der Auswirkungen von Atomwaffen auf Städte von besonderer Bedeutung. Die Teilhabe in MP soll die internationale Zusammenarbeit stärken und lokale Interessen bündeln, damit Einfluss auf nationale Regierungen ausgeübt werden kann. Die Stadt Düsseldorf beteiligt sich regelmäßig an symbolischen Aktionen wie dem Flaggentag oder dem Kinder- und Jugendmalwettbewerb der MP. *Mayors for Peace* erfordert wenig zeitliche und finanzielle Ressourcen der Stadt und deckt ein Nischenthema ab.

Strong Cities Network

Düsseldorf ist seit 2018 Mitglied im SCN (Düsseldorf 2024d). Die Mitgliedschaft erfolgte durch Initiative eines Düsseldorfer Fachamtes im Bereich der Sicherheit und Ordnung und wird dort betreut (Anhang f: 38).

Der ehemalige Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel reiste im Januar 2018 drei Tage an die US-Ostküste, um am 86. *Winter Meeting* der US-amerikanischen Bürgermeisterkonferenz in Washington D.C. teilzunehmen (Jäckel-Engstfeld 2018a). Ziel der Reise waren der Austausch und Diskussionsrunden mit Stadtvertretenden aus den USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland und Irland zu den Themen Toleranz, Integration und Gewaltprävention. Düsseldorf veranschaulichte in Bezug auf die genannten Themen, Herausforderungen und Fortschritte der letzten vier Jahre. Durch die frühzeitige Schaffung geeigneter Strukturen hatte Düsseldorf erfolgreich circa 8.000 Geflüchtete aufnehmen können (Jäckel-Engstfeld 2018b). Ein weiterer Bestandteil der Veranstaltung war die Gründung eines *Paktes gegen Hass*, welcher durch das SCN in Zusammenarbeit mit dem *German Marshall Fund* initiiert wurde (Jäckel-Engstfeld 2018a).

Thomas Geisel betonte diesbezüglich:

„Überall auf der Welt gibt es Kräfte, die versuchen, durch das Schüren von Hass und Ressentiment, die Gesellschaft zu spalten. Und auch die Verrohung von Umgangsformen - gerade auch im politischen Bereich - und die Ausweitung von Fake News sind ein internationales Phänomen. Daher ist der Austausch über diese Themen auf internationaler Ebene so wichtig. Ich bin stolz darauf, dass unser Düsseldorfer Weg der Willkommenskultur von meinen Amtskollegen aus anderen Ländern als gutes Vorbild angesehen wird“ (Düsseldorf 2018b).

Vom 30. August bis 01. September 2019 fand die Konferenz *Second Mayors Summit on Living Together* in Düsseldorf statt. Im Rahmen dieser Konferenz wurden Fallbeispiele guter Stadtführung in Workshops zu fünf Themenbereichen vorgestellt und diskutiert. Die Bereiche umfassten die Aspekte Stadtplanung, Nachhaltigkeit, Sicherheit, Digitalisierung sowie inklusive Gesellschaften (Düsseldorf 2019a). Etwa 75 Delegierte aus 28 Ländern der ganzen Welt sprachen hier über aktuelle Herausforderungen der Metropolen und tauschten sich über Lösungsansätze und bewährte Praktiken aus (Düsseldorf 2019b). Das SCN war als ideeller Partner an der Konferenz beteiligt und hat diese durch inhaltliche und fachliche Expertise unterstützt (Herden 2019).

Am 27. Januar 2021 nahm der aktuelle Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller an einem virtuellen Treffen des SCN mit dem 14. Dalai Lama, das spirituelle Oberhaupt Tibets, sowie weiteren Stadtvertretenden aus aller Welt teil. Der Schwerpunkt des Treffens lag vor allem darauf, wie die Werte Mitgefühl und gegenseitige Rücksichtnahme in Städten gefördert und gestärkt werden könnten. Die Bedeutung dieser zentralen Aufgabe für die verantwortlichen Personen der Stadt wurde insbesondere durch die Corona-Pandemie, die mit Unsicherheiten und Ängsten einherging, verstärkt (Velten 2021).

Die Stadt Düsseldorf unterzeichnete im Jahr 2022 die Bürgermeistererklärung, *Hague Mayoral Declaration*, im Friedenspalast von Den Haag. Die Erklärung skizziert praktische Schritte, um Herausforderungen wie Hass, Extremismus und Polarisierung zu bekämpfen und die lokale Demokratie zu schützen. Die Haager Bürgermeistererklärung wurde als Grundlage der weiteren Zusammenarbeit der Städte des SCN entwickelt und soll die Netzwerkarbeit unterstützen. Düsseldorf verpflichtete sich mit der Unterzeichnung dazu, jährlich über Fortschritte der Umsetzung dieser Bürgermeistererklärung an das SCN zu berichten (SCN 2022a).

Durch das Interview mit *Person 6* des Büros für Internationale & Europäische Angelegenheiten konnten einige Aspekte Rückschlüsse auf die Gründe der Düsseldorfer Mitgliedschaft im SCN liefern. Der Fokus der Netzwerkarbeit in Düsseldorf liege insbesondere auf der fachlichen Arbeit der Ämter und dem fachlichen Austausch. Das SCN sei diesbezüglich ein geeignetes ICN, da Gewaltprävention und die Bekämpfung von Extremismus ein kommunales und nachvollziehbares Ziel darstellten. Zudem gebe es viele Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Erreichung der Ziele des SCN sowie die Implementierung bewährter Praktiken aufgrund einer Vielzahl von Adressaten der Strategien wie die Zivilgesellschaft, Bundesbehörden, Schulen oder die Polizei (Anhang f: 45). Das vernetzte multilaterale Denken und Arbeiten sei eine gute Ergänzung zu bilateralen Städtepartnerschaften (Anhang f: 46). Die Arbeit in ICN habe den Vorteil, dass die Stadt Düsseldorf sich nicht zwingend an eine andere Kommune binden müsse, sondern mit Städten kooperieren könne, die themenspezifisch vor ähnlichen Herausforderungen stehen (Anhang f: 41). Eine Herausforderung sei hier das Finden einer passenden Stadt mit gleichen Schwierigkeiten. Zusätzlich entstehe Frustration bei der Arbeit in ICN, die den Fokus auf den fachlichen Austausch der Mitglieder legen, wenn eine hohe Quote inaktiver Städte vorliegt (Anhang f: 42). Das SCN verfüge diesbezüglich nicht über Sanktionsmechanismen bei Inaktivität, da die Netzwerkarbeit ein freiwilliges Angebot sei (Anhang f: 43.).

Die seit 2018 anhaltende Mitgliedschaft der Stadt Düsseldorf im SCN basiert auf mehreren Gründen. Düsseldorf legt bei der Netzwerkarbeit einen besonderen Wert auf fachlichen Austausch. Das SCN hat diesbezüglich mit der Bekämpfung von Extremismus, Hass und Polarisierung sowie der Gewaltprävention ein nachvollziehbares und umsetzbares Ziel für die kommunale Ebene gewählt. Die Teilnahme an der US-amerikanischen Bürgermeisterkonferenz oder dem virtuellen Treffen mit dem 14. Dalai Lama ermöglicht diesen direkten Austausch bewährter Praktiken oder die Entwicklung von Strategien. Außerdem besteht durch die Arbeit in ICN die Möglichkeit gezielt mit Städten zu kooperieren, die ähnliche Erfahrungen oder Herausforderungen haben. Zuletzt ist erkennbar, dass Düsseldorf durch die Präsentation der Düsseldorfer Willkommenskultur während des 86. *Winter Meetings* oder die Ausrichtung der *Second Mayors Summit on Living Together* eine Vorbildfunktion einnehmen möchte. Die Unterzeichnung der *Hague Mayoral Declaration* zeigt, dass Düsseldorf Verantwortung für die Zielerreichung des SCN übernimmt, da die Stadt sich verpflichtet, über Fortschritte auf eigener lokaler Ebene zu berichten.

4.5. Halle (Saale)

Mayors for Peace

Die Registration der Stadt Halle (Saale) als Mitglied der MP erfolgte laut der Internetseite der MP im Dezember 2007 (MP 2024b). Auf der Internetseite der Stadt wird das Jahr 2006 als Beitrittsjahr angegeben (Hallesaale 2023).

Anlässlich des Weltfriedenstages am 01. September wurde im Jahr 2006 ein *Großes Friedensfest* in Halle (Saale) gefeiert und es fanden zahlreiche Veranstaltungen statt. Die *Initiative Zivilcourage Halle*, der *Friedenskreis Halle* und der *Deutsche Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt/Süd* hatten das Fest organisiert. Im Rahmen des *Großen Friedensfestes* verkündete die damalige Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler den Beitritt in das internationale Städtenetzwerk MP. Ingrid Häußler stellte das ICN vor, erklärte die Mitgliedschaft und versicherte, sich aktiv für die Ziele der MP einzusetzen. Darüber hinaus hatten Kinder während der Veranstaltung die Möglichkeit, Friedenstauben und Kraniche zu basteln, welche im Anschluss zusammen mit Luftballons sowie Tauben eines Taubenzüchtervereins in den Himmel entlassen wurden. Die Aktion symbolisierte den Wunsch nach einer friedlicheren Welt. Des Weiteren waren Programmpunkte des Festes eine Ausstellung zu Friedens- und Umweltbewegungen der DDR, eine Podiumsdiskussion zum Thema *Zivilcourage*, ein Kinderchorauftritt sowie das symbolische Umschmieden eines Schwertes zu einer Sichel, welche anschließend als Friedenszeichen der Stadt fungieren sollte (Hallesaale 2006a: 9; Hallesaale 2006b: 7).

Im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) wurde am 06. Dezember 2006 über den Beitritt der halleschen Partnerstadt Linz in das ICN *Mayors for Peace* berichtet (Hallesaale 2006c: 4).

Am 11. November 2008 erfolgte eine Veranstaltung mit dem Titel *Bürgermeister für den Frieden*, bei welcher die damalige Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados den Beitritt der Stadt Halle (Saale) in die weltweite Bewegung MP erklärte. Zu der Veranstaltung waren alle Bürger:innen der Stadt in das Händelhaus eingeladen worden. Organisiert wurde die Aktion durch den *Deutschen Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt/Süd*, den *Friedenskreis Halle* sowie die *Initiative Zivilcourage Halle* (Hallesaale 2008: 1).

Im Jahr 2023 beteiligte sich die Stadt am Flaggentag der MP, welcher jährlich am 08. Juli stattfindet. Dafür wurde die MP-Flagge vor dem Ratshof am Marktplatz gehisst und sollte ein Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen setzen. Gleichzeitig sollte das Hissen von Ukraine-Fahnen neben der MP-Flagge Solidarität mit der Ukraine ausdrücken (Hallesaale 2023).

Die Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im ICN *Mayors for Peace* besteht seit 2006 oder 2007 und beruht auf dem Ziel, sich aktiv für Frieden und die weltweite Abschaffung von nuklearen Waffen einzusetzen. Während des *Großen Friedensfestes* in Halle (Saale) im Jahr 2006 wurden dahingehend viele symbolische Aktionen durchgeführt, die sich sowohl an Kinder als auch an Erwachsene gerichtet hatten. Im Jahr 2023 hatte sich die Stadt am Flaggentag der MP beteiligt und dadurch ein symbolisches Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt gesetzt sowie für ihre Solidarität mit der Ukraine gezeigt.

Die Organisation des *Großen Friedensfestes* oder die Veranstaltung *Bürgermeister für den Frieden* erfolgte durch zivilgesellschaftliche Initiativen. In Hinsicht auf die Durchführung von Aktionen der Friedensförderung im Sinne der MP zeigt sich eine Abhängigkeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Für den Zeitraum von 2008 bis 2022 liegen keine Informationen bezüglich der Stadt Halle (Salle) im ICN *Mayors for Peace* vor. Grund dafür könnte entweder eine unzureichende Berichterstattung oder eine passive Mitgliedschaft während dieser Zeit sein. Abseits davon sind keine Hindernisse der MP-Netzwerkarbeit in Halle (Saale) bekannt. Es konnte kein persönliches Gespräch mit einer verantwortlichen Person geführt werden.

Strong Cities Network

Halle (Saale) ist dem SCN im Jahr 2021 beigetreten. Am 27. Oktober 2021 fand die 24. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates statt. Auf der Tagesordnung stand die Verhandlung über die Mitgliedschaft der Stadt im SCN (Hallesaale 2021a: 6). Der öffentliche Beschluss diesbezüglich lautete:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im globalen Netzwerk „Strong Cities Network“ (SCN) zur Prävention und Bekämpfung von Hass, Polarisierung und Extremismus in all seinen Formen zu beantragen und unter Einbeziehung der Stadtgesellschaft zu verwirklichen“ (Hallesaale 2021b: 12)

Im Rahmen des SCN wurde ein Austauschprogramm zwischen den Partnerstädten Halle (Saale) und der Stadt Savannah im US-Bundesstaat Georgia durchgeführt, das der Vertiefung einer städtischen Zusammenarbeit sowie der Erweiterung von Kontakten in Verwaltung und Wirtschaft diente. Im Dezember 2021 reiste eine hallesche Delegation um die Beigeordnete für Kultur und Sport, Dr. Judith Marquardt, gemeinsam mit der Leiterin des *Fachbereichs für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung*, Dr. Sabine Odparlik, nach Savannah. Ziel des Besuchs war der Austausch über Strategien zur Prävention extremistischer Gewalt und den Umgang mit entsprechenden Herausforderungen (Hallesaale 2022a: 4; Hallesaale 2022b: 2).

Bei einem diesbezüglichen Treffen der halleschen Delegation mit dem Bürgermeister Van R. Johnson, dem *City Manager*, dem Chef der Wirtschaftsförderung und dem Polizeichef Savannahs wurde vereinbart, dass Austauschprogramme der beiden Städte für Lehrkräfte und Studierende, welche bereits vor der Corona-Pandemie konzeptualisiert wurden, weiterentwickelt und realisiert werden sollten. Die Idee wurde durch ein Austauschprogramm im Bereich der Feuerwehr erweitert. Des Weiteren sprachen Dr. Sabine Odparlik und der Chef der Wirtschaftsförderung Savannahs darüber, eine Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet auszuarbeiten (Hallesaale 2022a: 4).

Darüber hinaus nahmen die beiden Vertreterinnen der Stadtverwaltung Halle (Saale) an einer Stadtratssitzung von Savannah teil, zu welcher das Außenministerium und das Heimatschutzministerium der USA sowie die US-Generalkonsulate Leipzig und Hamburg eingeladen hatten. Teilnehmende waren unter anderem eine Delegation aus Rostock, Valentin Hacken als Vertreter für *Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage* und Evamarie Lang als Vertreterin für *Omas gegen Rechts Halle*. Auch US-amerikanische Vertreter:innen z.B. der genannten Ministerien, des Katastrophenschutzes, der Polizei, des FBI, der *Georgia State University* und von zivilgesellschaftlichen Vereinen konnten dem Treffen beisitzen und sich einbringen (Hallesaale 2022a: 4). Inhaltlich stellten Dr. Judith Marquardt und Dr. Sabine Odparlik zu Beginn der Sitzung die Städtepartnerschaft von Halle (Saale) und Savannah vor. Anschließend wurde das Treffen genutzt, um Gespräche über Erfahrungen, Strategien und *Best Practices* im Umgang mit und in der Prävention von extremistischer Gewalt zu führen (Hallesaale 2022a: 4).

Ein Gegenbesuch des Austausches erfolgte im Juni 2022. Die Stadt Halle (Saale) wurde von einer Delegation, bestehend aus Vertreter:innen der US-amerikanischen Städte Atlanta und Savannah um den Bürgermeister Savannahs, Van R. Johnson, besucht. Während des Austausches traf sich die Delegation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie bspw. *Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage*, *Omas gegen Rechts* und *Miteinander e.V.* Es wurde über Erfahrungen und Möglichkeiten im Kampf gegen Hass, Polarisierung und Extremismus gesprochen (SCN 2022b).

Zusätzlich besuchte die Delegation das ehemalige Hauptquartier der rechtsextremen *Identitären Bewegung*, welche 2017 aufgrund anhaltender Demonstrationen aus der Stadt vertrieben wurde. Ein anderer Besuch galt einer halleschen Synagoge, welche im Jahr 2019 Ort eines terroristischen Anschlags mit zwei Todesopfern war. Die Städte Halle (Saale) und Atlanta teilen diesbezüglich ähnliche Erfahrungen, da beide Städte in der Vergangenheit Anschläge erfahren haben. Dies bot eine Grundlage sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Auch die Bedeutung von Stadtführungen und der Umgang mit den Folgen von terroristischen Angriffen wurde deutlich gemacht (SCN 2022b).

Zuletzt unterzeichneten der stellvertretende Oberbürgermeister von Halle (Saale), Egbert Geier, der Bürgermeister Savannahs sowie der US-Generalkonsul für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Kenichiro Toko, das *Goldene Buch* der Stadt. In einer gemeinsamen Erklärung hoben die Unterzeichner hervor, dass Bedrohungen für Demokratien in Form von Rassismus, Extremismus und Intoleranz durch starke Städtepartnerschaften bekämpft werden müssten (SCN 2022b).

Städtepartnerschaftliche Projekte und Aktivitäten mit Partner- und Freundesstädten werden in Halle (Saale) finanziell auf *Grundlage der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen* vorbehaltlich der verfügbaren Haushaltsmittel entrichtet (Hallesaale 2022b: 2). Die Stadt Halle (Saale) unterstützt das Leitbild des SCN, neben Städten wie Denver, Oslo, London und Den Haag, entweder durch die Durchführung spezifischer Projekte oder durch andere Spenden aktiv (SCN 2024m).

Die seit 2021 anhaltende Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im SCN basiert auf dem Ziel, Extremismus, Hass und Polarisierung als Bedrohung der Demokratie unter Einbezug der halleschen Stadtgesellschaft zu bekämpfen. Ein zentrales Projekt, mit welchem Halle (Saale) die Leitlinien des SCN unterstützt, ist ein Austauschprogramm mit der Stadt Savannah in den USA. Im Mittelpunkt der Netzwerkarbeit der Stadt Halle (Saale) steht dabei das Lernen voneinander durch den Austausch von Erfahrungen z.B. über terroristische Angriffe, bewährte Praktiken im Umgang mit und die gemeinsame Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung und Prävention extremistischer Gewalt. Zudem soll der städtische Austausch, die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern und neue Kontakte erschließen. Konkrete Hindernisse der Stadt Halle (Saale) im SCN konnten nicht identifiziert werden. Auch ein Interview konnte nicht geführt werden.

4.6. Weißenfels

Mayors for Peace

Die offizielle Mitgliedschaft der Stadt Weißenfels begann im Juni 2015 mit Robby Risch als *Mayor for Peace* (MP 2015b: 1; MP 2024c). Jedoch hatte im Jahr 2006 bereits der damalige Weißenfelser Bürgermeister Manfred Rauner eine Bürgermeistererklärung unterschrieben, welche die Unterstützung und Förderung des Friedens und die weltweite Abschaffung von Atomwaffen im Sinne der Ziele der MP ausdrücken sollte (MP 2006b: 5). Die Mitgliedschaft im ICN wird aktuell durch das Bürgermeisteramt der Stadt Weißenfels verwaltet (Person 9, persönliche E-Mail-Kommunikation, 05.08.2024).

Anlässlich des 70. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki hisste die Stadt Weißenfels am 06. August 2016 die MP-Flagge, welche symbolisch für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen steht (MP 2016: 16).

Seit Mitgliedschaftsbeginn hat die Stadt Weißenfels jährlich am Flaggentag der MP am 08. Juli teilgenommen und die MP-Flagge gehisst. Im Jahr 2021 galt der Flaggentag symbolisch dem TPNW. Städte wollten mit dem Hissen der Flagge den Wunsch zum Ausdruck bringen, dass Atommächte, und im Fall deutscher Städte insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, an der UN-Vertragskonferenz 2022 teilnehmen sollten, um den TPNW zu unterzeichnen (Weißenfels 2021: 7). Im Jahr 2022 sollte die Flagge, welche in Weißenfels neben dem Fürstenhaus in der Leipziger Straße gehisst wurde, vor allem die Solidarität mit der Ukraine aufzeigen. Die *Europäische Sicherheitsordnung* war durch die russischen Angriffe auf die Ukraine zerstört worden und dies hatte die Präsenz einer globalen atomaren Bedrohung für Städte verdeutlicht (Weißenfels 2022a). Auch im Jahr 2023 lag der Fokus beim Flaggentag auf der Solidarität gegenüber der Ukraine und die Bedrohungslage durch Atommächte wie den USA, Russland und China. Der aktuelle Weißenfelser Oberbürgermeister Martin Papke betonte: „Wir als MP-Stadt setzen mit dem Flaggentag ein deutliches Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen und für den Frieden“ (Weißenfels 2023a). Im Jahr 2024 lag der Schwerpunkt des Flaggentages deutscher Städte auf aktuellen Kriegsgeschehen, der Problematik des Klimawandels und der Bedrohung von Demokratien. Die MP-Flagge wurde vor dem Weißenfelser Rathaus gehisst, neben der dauerhaft gehissten internationalen Friedensfahne. Martin Papke sprach sich am Flaggentag öffentlich für den Frieden aus:

„Frieden und Diplomatie sind die Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit; nicht Kriegsrhetorik und Waffenlieferungen. (...) Ich stehe für eine offene und inklusive Gemeinschaft, in der jeder gehört und geachtet wird. (...) Als Mitglied der *Bürgermeister für den Frieden* engagieren wir uns trotz schwieriger Zeiten für nukleare Abrüstung, denn wir sind für die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Städte verantwortlich. Wir erwarten von allen Nuklearwaffenstaaten ernsthafte Schritte zur Abrüstung der Arsenale“ (Weißenfels 2024a).

Zusätzlich beantragte der Stadtrat Gunther Walther im Jahr 2022 die Unterzeichnung des ICAN. Diesem Antrag stimmte der Weißenfelser Stadtrat zu und die Stadtverwaltung wurde anschließend beauftragt, den Unterstützungsaufruf zu unterzeichnen, um den Beschluss zu realisieren (Weißenfels 2022b: 8).

Die Stadt Weißenfels ist seit 2015 offizielles Mitglied der MP und beteiligt sich seitdem durch symbolische Aktionen. Durch die Teilnahme am Flaggentag und Gedenktag der MP oder die Unterzeichnung des ICAN wird ein öffentliches Zeichen für Frieden und die nukleare Abrüstung gesetzt. Der Weißenfelser Bürgermeister Martin Papke benennt als Grund der Mitgliedschaft im MP außerdem die Verantwortung, des aktiven Einsatzes für die Sicherheit der Stadtbevölkerung. Konkrete Hindernisse der MP-Netzwerkarbeit in Weißenfels sind nicht bekannt. Es konnte kein Interview geführt werden.

Strong Cities Network

Die Mitgliedschaft der Stadt Weißenfels im SCN besteht seit 2023. Der einstimmige Beschluss durch 30 Stadträte des Weißenfelser Stadtrats wurde bei der Stadtratssitzung am 05. Oktober 2023 in der Sachsen-Anhalt-Kaserne verkündet (Weißenfels 2023b).

Zuvor hatte der Weißenfelser Oberbürgermeister Martin Papke im Juni 2023 einen Vortrag zum Thema *Globalisierungseffekte in einem Mittelzentrum am Beispiel von Weißenfels im Kontrast zu South Bay* im Roten Rathaus in Berlin gehalten. Martin Papke war durch gute Beziehungen zum US-Generalkonsul Kenichiro Toki in Leipzig zu diesem Treffen des SCN eingeladen worden und hatte den Vortrag gemeinsam mit dem amtierenden Bürgermeister South Bays, Clarence Anthony, präsentiert. Der Vortrag hinterließ großen Eindruck bei den anwesenden Personen und führte zu einer weiteren Einladung zum *UN-Summit* im September 2023 in New York (Weißenfels 2023c: 2). Das Treffen des SCN im Roten Rathaus diente als Plattform, um sich über das Potenzial von Bürgermeister:innen und lokalen Regierungen auszutauschen. Es fand ein Austausch darüber statt, wie das Potenzial der genannten Akteure bestmöglich genutzt werden könnte. Gleichzeitig wurde überlegt, wie lokale Demokratien gesichert und sozialer Zusammenhalt inmitten der Bedrohungssituation durch Hass und Extremismus gewahrt werden könnte (SCN 2023d: 1). Martin Papke betonte, dass lokale Regierungsressourcen auf gemeinschafts- bzw. menschenrechtsorientierte Initiativen ausgerichtet sein sollten. Außerdem formulierte er das zentrale Ziel, proaktiv auf alle Anliegen der Stadtbevölkerung einzugehen sowie den sozialen Zusammenhalt zusätzlich zu bestehenden öffentlichen Dienstleistungen der Wirtschaft und Infrastruktur zu fördern (SCN 2023d: 4). Vermutlich war die Teilnahme des Weißenfelser Oberbürgermeisters am Treffen des SCN, Auslöser für die anschließende Mitgliedschaft der Stadt Weißenfels im SCN.

Die kostenfreie Mitgliedschaft ermöglicht der Stadt die Teilnahme an Vortragsreihen, den Erhalt eines Newsletters sowie den Kontakt mit einer Vielzahl internationaler Städte und Gemeinden (Weißenfels 2023d: 9).

Während der beschriebenen Veranstaltung knüpfte der Oberbürgermeister unter anderem Kontakte mit Vertreter:innen des *U.S. Department of State*. Dieses lud Martin Papke anschließend zur US-Bürgermeisterkonferenz in Washington D.C. ein und übernahm anfallende Reisekosten (Weißenfels 2024b: 2; Weißenfels 2024c: 11). Vom 17. bis 19. Januar 2024 nahm der Weißenfelser Oberbürgermeister am 92. *Winter Meeting* der US-Bürgermeisterkonferenz teil (Weißenfels 2024b: 9). In diesem Rahmen hielt Martin Papke einen Vortrag mit dem Titel *Enhancing Social Cohesion and Strengthening Democracy in Cities in the Midst of Global Crises* (Weißenfels 2024c: 10).

Am Rande dieser US-Bürgermeisterkonferenz veranstaltete das SCN am 18. Januar 2024 einen *Transatlantic Dialogue* zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Stärkung der Demokratie in Städten (SCN 2024n: 1). Martin Papke beschrieb wie dies in der Stadt Weißenfels umgesetzt werde. Er setze sich dafür ein, dass öffentliche Räume der Stadt für alle Bewohnenden zugänglich gemacht werden und habe diesbezüglich ein Büro eingerichtet. Die Menschen der Stadt würden dazu ermutigt, ihre Nachbar:innen und Nachbarschaften besser kennenzulernen. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Weißenfelser Oberbürgermeisters liege insbesondere auf einer kontinuierlichen transparenten Kommunikation mit den Bürger:innen, weshalb alle drei Monate eine Bürgerversammlung in Weißenfels stattfinde. Dies könne zwar manchmal kompliziert sein, stärke jedoch die öffentliche Beteiligung und den sozialen Zusammenhalt vor allem in Krisenzeiten (SCN 2024n: 3).

Auch andere Veranstaltungen waren Bestandteil der Reise nach Washington D.C. Beim *Council on Metro Economies and the New American City* stellte der Oberbürgermeister ein geplantes 400 Hektar großes Gewerbegebiet an der *Bundesautobahn 9* vor. Zudem setze Martin Papke während eines Empfangs der britischen Botschaft ein Zeichen für die Friedenspolitik, indem er die Weißenfelser Amtskette aus dem Jahr 1935 trug. Die Kette gilt als mahnendes Symbol der dunklen Geschichte Deutschlands. Der Oberbürgermeister erläuterte:

„Diese Kette steht für eine Erinnerungskultur, welche die deutsche und die US-amerikanische Geschichte miteinander verbindet. Die zentrale Botschaft ist: Nie wieder Krieg. Trotz weltweiter Krisenherde und spürbarer Polarisierung der Menschen – die Antwort kann nur Frieden sein (...) Als Bürgermeister sind wir ein sehr wichtiger Teil der Lösung. Wir haben die Aufgabe, als Schlichter, Moderatoren und Vermittler zu agieren und vor Ort verschiedene Konfliktparteien zusammenzubringen“ (Weißenfels 2024c: 10).

Während eines Treffens mit Vertreter:innen des *U.S. Department of State* wurde ein Pilotprojekt fünf US-amerikanischer Städte vorgestellt, bei welchem innerhalb der lokalen Verwaltung außenpolitische Stellen geschaffen wurden. Dies soll außenpolitische Kompetenzen der Bundesebene auf die kommunale Ebene übertragen. Martin Papke war von dem Projekt beeindruckt und formulierte für einen Artikel des Weißenfelser Amtsblatts:

„Ich halte das für eine sehr gute Idee, denn die Vernetzung der Menschen und der friedenspolitische Austausch zum Beispiel über Städtepartnerschaften findet in den Kommunen statt. (...) Die Kommunen müssen unter anderem finanziell gestärkt werden, damit sie aus der Bürgerschaft heraus unabhängig von vorgeschriebenen Förderrichtlinien und anderen bürokratischen Barrieren eigenständig und nach ihren Bedarfen vor Ort entscheiden können. Ich fordere mehr Vertrauen in die Kompetenzen der Bürgermeister und der Gremien vor Ort. Für eine Reduzierung von übergeordneten Verwaltungsstrukturen werden wir uns künftig stärker einsetzen“ (Weißenfels 2024c: 10). „Eine Kommune muss dahingehend unterstützt werden, dass sie subsidiär, also von unten her, die Selbstverwaltung wahrnehmen kann“ (Weißenfels 2024c: 11).

In einem Interview mit der Plattform *#stadtvonmorgen* der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* spricht Martin Papke über seine Reise nach Washington D.C. Der Oberbürgermeister erläutert im Interview seine Ziele der Reise sowie der Mitgliedschaft im SCN. Der Austausch von Städten und das Lernen voneinander sollten gefördert werden. Nach Martin Papke richte sich die globale Aufmerksamkeit zu wenig auf kleine bis mittelgroße Städte, welche durch ihre Vielfalt und verschiedenen Perspektiven einen bedeutenden Beitrag zum globalen Diskurs für lösungsorientierte Strategieentwicklung liefern könnten. In Hinsicht darauf sei insbesondere die Stärkung des sozialen Zusammenhalts ein zentrales Thema. Weißenfels als ostdeutsche Stadt habe seit der Wiedervereinigung Deutschlands eine Vielzahl verschiedener Umbrüche wie einen politischen Wandel, industrielle Veränderungen und zunehmende Migration erlebt, die mit Herausforderungen und Chancen einhergingen. Martin Papke wollte diese Erfahrungen in den städtischen Austausch einbringen, um lokale und internationale Strategien zu erarbeiten bzw. zu verbessern. Wichtig sei es, die lokalen Strukturen an die spezifischen Bedürfnisse der Stadt und der Bevölkerung anzupassen, damit Ängste, Unsicherheiten und Polarisierung verhindert werden könnten. Es bedürfe einer Förderpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt der Politik stelle und so das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung und Politik stärke. Ein weiterer Aspekt war es, die Position der Stadt Weißenfels im internationalen Kontext zu stärken. Der Oberbürgermeister wollte die wirtschaftlichen und touristischen Potenziale der Stadt bekannter machen und Aufmerksamkeit generieren. Des Weiteren solle Weißenfels zukünftig stärker in ICN eingebunden werden, um die Entwicklung der Region und Stadt voranzutreiben (Erb 2024).

Die Mitgliedschaft der Stadt Weißenfels im SCN besteht seit 2023 und basiert auf Bemühungen des Weißenfelser Oberbürgermeisters Martin Papke. Dieser war durch persönliche Kontakte mit dem ICN in Berührung gekommen und konnte durch sein Engagement die Aufmerksamkeit anderer Städte auf sich ziehen. Das zentrale Ziel der Mitgliedschaft besteht darin, lokale Demokratien und den sozialen Zusammenhalt zu sichern, um Hass, Polarisierung und Extremismus entgegenzuwirken. Gleichzeitig soll das Vertrauen in die Kompetenzen von Stadtvertretenden gefördert und übergeordnete Verwaltungsstrukturen reduziert werden. In Bezug darauf setzt der Oberbürgermeister auf internationale Vernetzung und den friedenspolitischen Austausch mit anderen Städten. Durch das Lernen voneinander sowie das Einbringen und die Verbesserung bewährter Praktiken möchte die Stadt Weißenfels die Perspektive einer kleinen bis mittelgroßen Stadt in den globalen Diskurs einbringen und die Rolle dieser stärken. Die Mitgliedschaft im SCN soll die Entwicklung der Region und die Stadt Weißenfels wirtschaftlich und touristisch vorantreiben. Zudem setzt Martin Papke symbolische Zeichen für den Frieden bspw. durch das Tragen der Amtskette. Die SCN-Mitgliedschaft ist kostenfrei und die Reisekosten des Austausches nach Washington D.C. wurden übernommen. Konkrete Hindernisse der SCN-Netzwerkarbeit in Weißenfels sind nicht bekannt. Es konnte kein Interview geführt werden.

4.7. Vergleich

Der folgende Vergleich veranschaulicht Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Gründe, Hindernisse und Aktivitäten der sechs Städte – Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels – im Rahmen der Mitgliedschaft in den ICN *Mayors for Peace* und *Strong Cities Network*. Als Basis des Vergleiches fungieren die isolierten Betrachtungen der einzelnen Mitgliedschaften. In *Tabelle 3* werden nun die zentralen Ergebnisse für die Mitgliedschaft in MP gegenübergestellt. Die Tabelle wird anschließend näher erläutert.

Tabelle 3: Vergleich der ausgewählten Städte hinsichtlich der Mitgliedschaft in MP

Stadt mit Beitritts- jahr	Augsburg (2004)	Berlin (1989)	Dresden (1985)	Düsseldorf (2014)	Halle (Saale) (2006/07)	Weißenfels (2015)
Gründe	Unterstützung der nuklearen Abrüstung und Friedenspolitik Solidarität Gefühl der Verantwortung Lobbying Historische und politische Symbolstadt Fachlicher Austausch	Unterstützung der nuklearen Abrüstung und Friedenspolitik Solidarität Gefühl der Verantwortung Historische Symbolstadt Werte-vermittlung: Demokratie	Unterstützung der nuklearen Abrüstung und Friedenspolitik Nischenthema Gefühl der Verantwortung Historische Symbolstadt Fachlicher Austausch	Unterstützung der nuklearen Abrüstung und Friedenspolitik Ressourcen-schonendes ICN Verortung	Unterstützung der nuklearen Abrüstung und Friedenspolitik Solidarität Gefühl der Verantwortung	Unterstützung der nuklearen Abrüstung und Friedenspolitik Solidarität Gefühl der Verantwortung
Hinder- nisse		Einschränkung Priorisierung von MP: Personelle Ressourcen-begrenzung Ressourcen-begrenzung Handlungs-möglichkeiten gering	Passive Mitgliedschaft	Einschränkung Priorisierung von MP: Ressourcen-begrenzung Handlungs-möglichkeiten gering	Keine Hindernisse bekannt.	Keine Hindernisse bekannt.

Aktivitäten der Stadt	Symbolische Aktionen Öffentliche Positionierung Teilnahme an MP-Konferenz der deutschen Sektion	Symbolische Aktionen Öffentliche Positionierung Teilnahme an WCMPIIS-Konferenzen (Ost-Berlin)	Symbolische Aktionen Öffentliche Positionierung Ausrichtung eines internationalen Kongresses	Symbolische Aktionen Öffentliche Positionierung Ausrichtung einer internationalen Konferenz	Symbolische Aktionen Öffentliche Positionierung Gedenk-aktionen	Symbolische Aktionen Öffentliche Positionierung Bildungsmaßnahmen: Frieden
------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------

Quelle: eigene Darstellung

Insgesamt ist zu erkennen, dass alle Städte Mitglied in MP sind, weil eine Unterstützung für die nukleare Abrüstung und die Friedenspolitik erfolgen soll. Diesbezüglich setzen alle Städte ein politisches Zeichen, insbesondere durch symbolische Aktionen wie die Hissung der MP-Flagge. Die Städte Augsburg, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels nutzen die Flaggenhissung zudem, um sich angesichts der aktuellen Kriegsgeschehen mit der Ukraine zu solidarisieren. Des Weiteren positionieren sich die sechs Städte öffentlich und befürworten die Ziele der MP z.B. durch öffentliche Reden oder die Unterzeichnung des ICAN-Städteappels. Berlin möchte durch die Mitgliedschaft gleichzeitig demokratische Werte vermitteln.

Aus den Interviews mit Berlin und Düsseldorf geht hervor, dass MP die Interessenvertretung unterstützt, indem der Zusammenschluss den einzelnen Städten eine größere Stimme verleiht. Dabei deckt MP ein wichtiges Nischenthema ab. Städte sind von den Auswirkungen nuklearer Angriffe besonders stark betroffen, weshalb das Engagement in MP eine besondere Wichtigkeit hat. Berlin, Dresden, Düsseldorf und Weißenfels engagieren sich zudem in MP, da sie aufgrund der Betroffenheit von Städten ein Verantwortungsgefühl gegenüber der Sicherheit der Bevölkerung haben und sich aktiv für den Frieden und gegen Krieg einsetzen wollen. Das Verantwortungsgefühl der Stadt Berlin ist besonders ausgeprägt, weil Berlin zum einen eine politische Position als Hauptstadt Deutschlands und zum anderen ein Symbolort für Kriegsgeschehen ist.

Die Stadt Düsseldorf sieht die Möglichkeit der Verortung einer Stadt als einen Vorteil der Mitgliedschaft in MP an. Diese ermöglicht eine bessere Einschätzung des Wertesystems anderer Städte und kann den Austausch zwischen Verwaltungen fördern.

Ein anderer Grund der Mitgliedschaft in MP von Augsburg und Dresden ist der fachliche Austausch. Augsburg hat sich bspw. an einer MP-Konferenz der deutschen Sektion beteiligt und dort *Best Practices* vorgestellt und diskutiert. Dresden möchte durch die internationale Vernetzung und den fachlichen Austausch eine zukunftsorientierte Erinnerungskultur und Strategie des angemessenen Gedenkens entwickeln. Die Stadt hat dabei aufgrund der historischen Kriegsvergangenheit eine symbolische Bedeutung. Gedenkaktionen und Bildungsmaßnahmen für den Frieden wie die jährliche Mahnwache oder der internationale Kongress *Schmerzhafte Erinnerungen* sollen die Instrumentalisierung der Stadt durch extreme politische Pole bekämpfen. Auch die Städte Berlin und Düsseldorf nutzen Gedenkaktionen und Bildungsmaßnahmen für den Frieden, um Friedenserziehung zu betreiben und die Ziele der MP zu fördern.

Als einen Grund der Mitgliedschaft führt die Stadt Düsseldorf den geringen zeitlichen und finanziellen Aufwand an. Düsseldorf würde nicht mehr Ressourcen in die MP-Netzwerkarbeit investieren. Düsseldorf und auch Berlin gaben bei den Interviews an, dass eine eingeschränkte Priorisierung von MP aufgrund der begrenzten Ressourcen vorliegt. Darüber hinaus ist die nukleare Abrüstung und die Friedenspolitik ein nationales Thema und für Städte ergeben sich nur wenige Handlungsmöglichkeiten. Die beiden Städte fokussieren ICN, deren Arbeit sich auf die Entwicklung lokaler Strategien der Bekämpfung globaler Herausforderungen richtet. Die Stadt Augsburg sieht sich mit einer personellen Unterbesetzung konfrontiert. Dresden ist passives Mitglied der MP.

Die Mitgliedschaft in MP basiert auf den Gründen der gemeinsamen Interessenvertretung und der internationalen Vernetzung. Deutsche Städte wollen aktives politisches Engagement zeigen, Verantwortung für die eigene Stadtbevölkerung übernehmen, Solidarität zum Ausdruck bringen und Frieden fördern. Gleichzeitig können Städte auf internationaler Ebene ihre eigenen Werte vertreten und sich verorten. Dadurch wird die Einschätzung anderer Städte und die bessere Zusammenarbeit ermöglicht. Aufgrund der eher nationalen Thematik sind Städte sich ihrer eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten bewusst, wollen aber dennoch ein politisches Signal für die Abrüstung setzen. *Mayors for Peace* ist ein inklusives ICN, dessen Teilhabe nur wenige Ressourcen bedarf. Die thematische Spezialisierung stellt eine Nische dar. Die Mitglieder können selbst über die Art der Aktivitäten und den Umfang entscheiden. Dies hängt eng mit der individuellen historischen, politischen und organisatorischen Ausrichtung der Stadt zusammen. Auch begrenzte Ressourcen der Stadt können die Netzwerkarbeit beeinflussen.

Tabelle 4 zeigt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich der Mitgliedschaft im SCN. Für Augsburg und Dresden liegen keine Daten vor, weshalb die Städte im Vergleich nicht vertieft werden.

Tabelle 4: Vergleich der ausgewählten Städte hinsichtlich der Mitgliedschaft im SCN

Stadt mit Beitritts- jahr	Augsburg (2016)	Berlin (2016/17)	Dresden (2015/16)	Düsseldorf (2018)	Halle (Saale) (2021)	Weißfels (2023)
Gründe	Keine Gründe bekannt.	Bekämpfung Hass, Polarisierung, Extremismus Fachlicher Austausch Gefühl der Verantwortung Symbolstadt Persönliche Kontakte	Keine Gründe bekannt.	Bekämpfung Hass, Polarisierung, Extremismus Fachlicher Austausch Gefühl der Verantwortung Handlungsmöglichkeiten groß	Bekämpfung Hass, Polarisierung, Extremismus Fachlicher Austausch Förderung Wirtschaft Symbolstadt	Bekämpfung Hass, Polarisierung, Extremismus Fachlicher Austausch Förderung Wirtschaft / Tourismus Persönliche Kontakte Stärkung kleinerer Städte
Hinder-nisse	Keine Hindernisse bekannt.	Überangebot Fehlen <i>europäischer Hub</i>	Keine Hindernisse bekannt.	Fehlende Sanktions-mechanismen	Keine Hindernisse bekannt.	Keine Hindernisse bekannt.
Aktivi-täten der Stadt	Keine Aktivitäten bekannt.	<i>Transatlantic Dialogue</i> Mitglied im Lenkungs-ausschuss Schriftliche Verpflichtung Pilotprojekte	Keine Aktivitäten bekannt.	Schriftliche Verpflichtung <i>Winter Meeting</i> Ausrichtung einer internationalen Konferenz	Austausch-programm Gedenk-aktionen	<i>Transatlantic Dialogue</i> <i>Winter Meeting</i>

Quelle: eigene Darstellung

Es wird deutlich, dass alle Städte, für die Daten vorliegen, Mitglied im SCN sind, um Hass, Extremismus und Polarisation zu bekämpfen. Mit Blick auf das Interview mit *Person 4* der Stadt Berlin gilt die thematische Ausrichtung als gut gewählt, da alle Städte von den genannten Aspekten betroffen sind und eine gesamtgesellschaftliche Perspektive abgebildet wird. Die Teilnahme im SCN kann Städten das Gefühl geben, nicht alleine mit Problemen zu sein und die Motivation erhöhen, diese Probleme anzugehen. Außerdem haben Städte innerhalb des gewählten Schwerpunkts viele Handlungsmöglichkeiten der Bekämpfung von Hass, Polarisierung und Extremismus. Diesbezüglich setzen alle vier Städte auf einen fachlichen Austausch, damit gemeinsam lokale Strategien entwickelt werden können. Im Mittelpunkt der Arbeit im SCN steht das Lernen voneinander, Diskussionen über die Stärken und Schwächen von Ideen sowie der Austausch über *Best Practices* und *Worst Practices*. Berlin, Düsseldorf und Weißenfels haben sich in Hinsicht darauf in der Vergangenheit an der *Transatlantic Dialogue Initiative* oder dem *Winter Meeting* der US-amerikanischen Bürgermeisterkonferenz beteiligt.

Aus dem Interview mit *Person 4* geht hervor, dass Veranstaltungen des SCN ein Hindernis der Netzwerkarbeit darstellen können. Oft sind die Veranstaltungen stark überfüllt, was die Zusammenarbeit erschwert. Ein weiterer Punkt ist das Überangebot der Veranstaltungen selbst. Trotz vieler Kapazitäten der Stadt Berlin wäre es nicht möglich, an jeder Veranstaltung teilzunehmen. *Person 6* erläutert in diesem Zusammenhang, dass es keine Sanktionsmechanismen bei Inaktivität gibt. Allerdings führt die Inaktivität zu Frustration der aktiven Städte. Ein weiteres Hindernis stellt der geringe europäische Bezug dar. Obwohl ein Großteil der Städte des SCN aus Europa stammt, gibt es keinen *europäischen Hub*.

Städte wie Berlin und Düsseldorf beteiligen sich im SCN, weil die Städte ein Verantwortungsgefühl haben. Düsseldorf ist stolz auf den *Düsseldorfer Weg der Willkommenskultur* und möchte ein gutes Vorbild sein. Berlin wird durch die politische Position einer Hauptstadt und der historischen Vergangenheit zu einer Symbolstadt mit zusätzlichem Pflichtbewusstsein. Die beiden Städte haben die *Hague Mayoral Declaration* unterzeichnet und sich durch schriftlich verpflichtet, die Ziele des SCN zu realisieren. Berlin hat zudem die *New York City Mayoral Declaration* unterschrieben. Die Stadt führt Pilotprojekte zur Förderung der Verpflichtungen im Rahmen des Projektes *Model Municipalities for Deradicalisation* durch. Die Stadt Berlin engagiert sich im internationalen Lenkungsausschuss des SCN.

Auch der Stadt Halle (Saale) kommt eine symbolische Bedeutung zu. Die Stadt war Ort eines terroristischen Anschlags und setzt aus diesem Grund bei der Netzwerkarbeit auf Gedenkaktionen wie Stadtführungen. Darüber hinaus hat die Stadt einen Austausch mit der US-amerikanischen Stadt Savannah durchgeführt und konzipiert zukünftige Austauschprogramme für Lehrkräfte, Studierende oder Personen der Feuerwehr.

Halle (Saale) und Weißenfels nutzen die Mitgliedschaft im SCN zusätzlich, um durch die internationale Vernetzung und neue Kontakte eine Entwicklung der eigenen Wirtschaft oder des Tourismus zu bewirken. Berlin und Weißenfels sind durch persönliche Kontakte auf das SCN aufmerksam geworden und beigetreten. Weißenfels bezweckt mit der Mitgliedschaft die Stärkung kleinerer bis mittelgroßer Städte im internationalen Kontext. Der Oberbürgermeister der Stadt hofft, dass die Perspektive dieser Städte verstärkt in globale Debatten einbezogen werden.

Die Mitgliedschaft im SCN basiert auf den Gründen der gemeinsamen Bekämpfung von Hass, Extremismus und Polarisierung. Die Städte beteiligen sich im SCN, damit lokale Strategien durch den fachlichen Austausch ausgearbeitet und diskutiert werden können. Die Mitgliedschaft dient der Ausweitung von Handlungsmöglichkeiten innerhalb der eigenen Region, damit sozialer Zusammenhalt garantiert werden kann. Städte können durch die internationale Vernetzung ihrer Verantwortung gerecht werden, aktives Engagement hinsichtlich der Stärkung der eigenen städtischen Resilienz zu zeigen. Gleichzeitig können Städte die eigene Wirtschaft und den Tourismus ankurbeln. Es wir deutlich, dass persönliche Kontakte von Städten zu anderen Städten, die bereits Mitglied im SCN sind, eine Rolle spielen. *Strong Cities Network* ist dennoch ein inklusives ICN, dessen aktive Teilhabe nur moderate Ressourcen bedarf. Die thematische Spezialisierung wird als gut gewählt befunden, da die Themen Hass, Extremismus und Polarisierung alle Städte betreffen und eine gesamtgesellschaftliche Perspektive abbilden. Auf der einen Seite können Mitglieder selbst über die Art der Aktivitäten und den Umfang entscheiden. Auf der anderen Seite lösen die Inaktivität und seltene Beteiligung von Städten im SCN Frustration bei anderen Städten aus. Auch das Überangebot und die Überfüllung von Veranstaltung kann ein Hindernis für Städte darstellen.

Zusammenfassend lassen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Gründen, Hindernissen und Aktivitäten der ausgewählten Städte in MP sowie dem SCN finden. Beide ICN verfolgen einen inklusiven Ansatz, weshalb die Städte keine Eintrittsbarrieren haben und die Netzwerkarbeit nur moderate Ressourcen bedarf. Zusätzlich ermöglichen die ICN den Städten, freiwillig darüber zu entscheiden, welche Art und in welchem Umfang Aktivitäten erfolgen. Städte können individuell, abhängig von der eigenen historischen, politischen und organisatorischen Ausrichtung der Stadt und im Rahmen verfügbarer Ressourcen, über die Beteiligung entscheiden.

Mayors for Peace ist thematisch auf das Thema nukleare Abrüstung und Friedensförderung spezialisiert, was ein Nischenthema abdeckt. Die Städte nutzen MP für eine gemeinsame Interessenvertretung und politische Positionierung durch hauptsächlich symbolische Aktionen.

Ein zentraler Grund der Mitgliedschaft ist vor allem der symbolische Wert der MP, gerade bezogen auf die öffentliche Demonstration von Solidarität und die Übernahme von Verantwortung. Ein großes Hindernis der MP-Netzwerkarbeit sind die eingeschränkten Handlungsspielräume von Mitgliedstädten aufgrund der finalen Entscheidung über die nukleare Abrüstung auf nationaler bzw. internationaler Ebene durch Nationalstaaten.

Das Strong Cities Network verfolgt im Vergleich dazu einen etwas anderen Ansatz. Das SCN ist in der thematischen Ausrichtung auf die Bekämpfung von Hass, Extremismus und Polarisierung sowie der Stärkung städtischer Resilienz ausgelegt. Das breite Spektrum einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive betrifft alle Städte und fördert die aktive Teilnahme. Städte legen bei der Netzwerkarbeit einen starken Fokus auf den fachlichen Austausch. Das SCN stärkt die Entwicklung lokaler Strategien und die Zusammenarbeit der Städte. Hindernisse können die Inaktivität einzelner Mitglieder, überfüllte Veranstaltungen sowie ein Überangebot an Veranstaltungen sein.

5. Fazit und Ausblick

Die vorliegende Masterarbeit liefert wichtige Erkenntnisse der Perspektive von Städten als zentrale Akteure von ICN sowie die Bedeutung von ICN. Ziel der Arbeit war es, Erkenntnisse über Motive, Interessen und Einschränkungen der Städte zu erlangen. Es sollte ein größeres Verständnis über die Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene generiert werden. Darüber hinaus sollten Gründe, Hindernisse und Aktivitäten von Städten im Rahmen einer Mitgliedschaft in einem ICN identifiziert werden. Die Forschungsfrage, welche Gründe deutsche Städte haben, Mitglied in einem ICN der Sicherheitspolitik zu sein, sollte beantwortet werden. Ergebnisse wurden anhand einer Analyse und eines umfassenden Vergleiches der Mitgliedschaft von Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels in den ICN *Mayors for Peace* und *Strong Cities Network* erarbeitet.

Der Forschungsstand bildete die konzeptionelle Grundlage und gewährte einen Einblick in Gründe und Hindernisse von Städten bezüglich der Mitgliedschaft in einem ICN im Allgemeinen oder anderer Politikfelder. Auf der einen Seite zeigten die Ergebnisse, dass die Mitgliedschaft in einem ICN Städten viele Möglichkeiten eröffnet. Auf der anderen Seite wurde deutlich, dass eine Vielzahl verschiedener Hindernisse das aktive Mitwirken von Städten beeinträchtigen kann. Es stellte sich die Frage, ob diese Aspekte auch auf die Mitgliedschaft von Städten in einem ICN der Sicherheitspolitik übertragen werden können. Aus diesem Grund wurden im dritten Teil des Forschungsstandes die Besonderheiten des Bereiches der Sicherheitspolitik veranschaulicht.

Aufgrund der engen Verzahnung mit anderen Politikfeldern wurde die Sicherheitspolitik eingegrenzt und auf die Themen militärische Bedrohungen, Terrorismus, gesellschaftliche Spannungen, Polarisierung, Extremismus und Rassismus reduziert. Für die Analyse wurden die Städte Augsburg, Berlin, Dresden, Düsseldorf, Halle (Saale) und Weißenfels gewählt, weil die Städte sowohl eine Mitgliedschaft in MP als auch dem SCN innehaben, deren thematischer Schwerpunkt auf einem der genannten sicherheitsrelevanten Themen beruht. Methodisch wurden einerseits Online-Recherchen über die Internetseiten der Städte und der ICN und andererseits Interviews durchgeführt. Es erfolgte einer Betrachtung der Gründe, Hindernisse und Aktivitäten der Städte in den beiden ICN.

Die sechs Städte bieten einen umfassenden Einblick in die Vielfalt der Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene. Trotz unterschiedlicher historischer, politischer und organisatorischer Ausrichtung teilen die Städte die gemeinsamen Ziele der nuklearen Abrüstung sowie der Bekämpfung von Hass, Polarisierung und Extremismus. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Gründe, Herausforderungen und Aktivitäten spiegeln die individuellen Gegebenheiten und Prioritäten der Städte sowie die thematische Ausrichtung und Arbeitsweise der beiden ICN wider.

Es wurde deutlich, dass Städte insbesondere den fachlichen Austausch schätzen, damit gemeinsam lokale Strategien erarbeitet werden können. Das SCN verfolgt diesbezüglich einen guten Ansatz der Förderung des Austausches von *Best Practices*, *Worst Practices*, Erfahrungen und Ideen, damit Städte voneinander lernen können. Doch auch MP hat durch das wichtige Nischenthema der nuklearen Abrüstung und Förderung des Friedens einen hohen symbolischen Stellenwert bei deutschen Städten. Die Ergebnisse dieser Arbeit bieten des Weiteren einen Einblick in Hindernisse der Netzwerkarbeit in ICN der Sicherheitspolitik. Vor allem die Ressourcenbegrenzung, eingeschränkte Handlungsspielräume, das Überangebot von Veranstaltungen oder überfüllte Veranstaltungen können das Engagement von Städten verringern. Es wäre wünschenswert, dass die Ergebnisse dazu beitragen, die Kooperation zwischen Städten in ICN weiter zu stärken, damit eine sichere Welt für alle geschaffen werden kann.

Auf der anderen Seite zeigen die Ergebnisse der Arbeit, dass innerhalb der behandelten Thematik weiterer Forschungsbedarf besteht. Die Analyse wurde durch einen begrenzten Datenzugang in ihrem Umfang limitiert. Die Untersuchung könnte auf eine größere Anzahl von Städten oder weitere ICN des Bereiches der Sicherheitspolitik ausgeweitet werden. Darüber hinaus könnte untersucht werden, welche Gründe, Hindernisse und Aktivitäten für Städte anderer Nationen vorliegen und inwiefern diese sich von den Ergebnissen dieser Arbeit mit dem Fokus auf deutsche Städte unterscheiden.

Auch könnten andere Politikfelder vertiefend betrachtet werden. Mit Blick auf die identifizierten Hindernisse wäre es interessant die Möglichkeiten von ICN zu untersuchen, damit diese reduziert werden könnten. Wie können ICN angepasst werden, sodass möglichst viele Städte aktive Netzwerkarbeit betreiben können?

Literaturverzeichnis

Acuto, Michele, 2013, *City Leadership in Global Governance*, *Global Governance* 19: 3, pp. 481-498.

Acuto, Michele & Steve Rayner, 2016, *City networks: breaking gridlocks or forging (new) lock-ins?*, *International Affairs* 92: 5, pp. 1147-1166.

Acuto, Michele; Mika Morissette & Agis Tsouros, 2017, *City diplomacy: Towards More Strategic Networking? Learning with WHO Healthy Cities*, *Global Policy* 8: 1, pp. 14-22.

Acuto, Michele; Decramer, Hugo; Kerr, Juliana; Klaus, Ian; Tabory, Sam & Noah Toly, 2018, *Toward City Diplomacy: Assessing capacity in select global cities*. Online: https://globalaffairs.org/sites/default/files/2022-05/toward_city_diplomacy_report_180207.pdf [04.11.2024].

Acuto, Michele & Mehrnaz Ghojeh, 2019, *C40 Cities Inside Out*, *Global Policy* 10: 4, pp. 709-11.

Acuto, Michele & Benjamin Leffel, 2021, *Understanding the global ecosystem of city networks*, *Urban Studies* 58: 9, pp. 1758-1774.

Acuto, Michele; Kosovac, Anna; Pejic, Daniel & Terry L. Jones, 2023, *The City as Actor in UN Frameworks: Formalizing 'Urban Agency' in the International System?*, *Territory, Politics, Governance* 11: 3, pp. 519-36.

Augsburg, 2018, Kulturprogramm 22.7.-8.8.2018. Online: https://www.augsburg.de/fileadmin/user_upload/kultur/kulturthemen/frieden/AHF_2018_Programmheft_Screen.pdf [27.11.2024].

Augsburg, 2021, „Mayors for Peace“: Augsburg begrüßt Atomwaffenverbotsvertrag. Online: <https://www.augsburg.de/aktuelles-aus-der-stadt/detail/mayors-for-peace-augsburg-begruesst-atomwaffenverbotsvertrag> [27.11.2024].

Augsburg, 2022a, Gebietseinteilungen der Stadt Augsburg. Online: https://www.augsburg.de/fileadmin/user_upload/buergerservice_rathaus/rathaus/statisiken_ueнд_geodaten/statistiken/kurzmitteilungen/KM_2022_06_Gebietseinteilungen_der_Stadt_Augsburg.pdf [22.10.2024].

Augsburg, 2022b, Zusammenhalt: Kleine Friedenstafel auf dem Helmut-Haller-Platz. Online: <https://www.augsburg.de/aktuelles-aus-der-stadt/detail/zusammenhalt-kleine-friedenstafel-auf-dem-helmut-haller-platz> [27.11.2024].

- Augsburg, 2022c, Helmut-Haller-Platz. Online: https://www.augsburg.de/fileadmin/user_upload/umwelt_soziales/soziales/betreuter%20treff%20oberhausen/20220728_Helmut_Haller_Platz_DINLang_v04_WEB.pdf [27.11.2024].
- Augsburg, 2023, Organisation der Stadt Augsburg. Online: https://www.augsburg.de/fileadmin/user_upload/buergerservice_rathaus/stadtregierung/organisation/Organigramm_Stand_01.11.2023_-_Referatsgesch%C3%A4ftsverteilung_-_komplett.pdf [22.10.2024].
- Augsburg, n.d.a, Die Oberbürgermeisterin. Online: <https://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/stadtrat-und-verwaltung/oberbuergermeisterin> [22.10.2024].
- Augsburg, n.d.b, Suche. Online: <https://www.augsburg.de/suche> [01.11.2024].
- Augsburg, n.d.c, Internationale Kooperationen & Netzwerke. Online: <https://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/kommunale-praevention/kooperation-netzwerke/internationale-kooperationen-netzwerke> [27.11.2024].
- Augsburg, n.d.d, Netzwerke der Stadt Augsburg. Online: <https://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/europa-und-entwicklungs zusammenarbeit/eu-projekte-der-stadt-augsburg-1> [27.11.2024].
- Bansard, Jennifer S.; Pattberg, Philipp H. & Oscar Widerberg, 2017, Cities to the rescue? Assessing the performance of transnational municipal networks in global climate governance, *International Environmental Agreements: Politics Law and Economics* 17, pp. 229-246.
- Baumgarten, Malte P., 2020, „Friedliche Städte 2020“: Internationaler Jugend- und Kindermalwettbewerb. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=35409&cHash=58d7aa3849fe719150e7fed0334aa662 [19.12.2024].
- Berlin, 2022, Giffey zum Flaggentag des Netzwerks „Mayors for Peace“ – Regierende Bürgermeisterin hisst Flagge erstmals vor dem Roten Rathaus. Online: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2022/pressemitteilung.1223138.php> [14.12.2024].
- Berlin, 2024, Gliederung der Berliner Verwaltung. Online: <https://www.berlin.de/sen/inneres/ueber-uns/organigramme/artikel.548689.php> [22.10.2024].
- Berlin, n.d.a, Lebenslauf Kai Wegner. Online: <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/lebenslauf-kai-wegner-1377144.php> [22.10.2024].
- Berlin, n.d.b, Suchen und Finden. Online: <https://www.berlin.de/suche/?q=> [08.10.2024].

Berlin, n.d.c, Volltextsuche – Senatskanzlei. Online:
[https://www.berlin.de/rbmskzl/suche.php?site=local&q=\[08.10.2024\]](https://www.berlin.de/rbmskzl/suche.php?site=local&q=[08.10.2024]).

Berlin, n.d.d, Mayors for Peace. Online:
<https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/senatskanzlei/internationales/staedtenetzwerke/artikel.1374772.php> [14.12.2024].

Berlin, n.d.e, Städtenetzwerke. Online:
<https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/senatskanzlei/internationales/staedtenetzwerke/> [14.12.2024].

Corjin, Eric, 2018, *Reflecting on the ‘Global Parliament of Mayors’ project*. In: Osterlynck, Stijn; Beeckmans, Luce; Bassens, David; Derudder, Ben; Segaelert, Barbara & Luc Braeckmans (Eds.). *The City as a Global Political Actor*, Routledge Studies in Urbanism and the City, pp. 25-38.

Daase, Christopher, 2010, *Der Wandel der Sicherheitskultur – Ursachen und Folgen des erweiterten Sicherheitsbegriffes*. In: Zoche, Peter; Kaufmann, Stefan & Rita Haverkamp (Eds.), *Zivile Sicherheit: Gesellschaftliche Dimensionen gegenwärtiger Sicherheitspolitiken*, transcript Verlag, pp. 139-158.

da Silva, Karina G., 2018, *The new urban agenda and human rights cities: Interconnections between the global and the local*, *Netherlands Quarterly of Human Rights* 36: 4, pp. 290-310.

Davidson, Kathryn; Coenen, Lars & Brendan Gleeson, 2019a, *A Decade of C40: Research Insights and Agendas for City Networks*, *Global Policy* 10: 4, pp. 697-708.

Davidson, Kathryn; Coenen, Lars; Acuto, Michele & Brendan Gleeson, 2019b, *Reconfiguring Urban Governance in an Age of Rising City Networks: A Research Agenda*, *Urban Studies* 56: 16, pp. 3540-55.

Destatis, Statistisches Bundesamt, 2023a, *Publikation – Städte (Alle Gemeinden mit Stadtrecht) nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2022*. Online:
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/05-staedte.html> [12.10.2024].

Destatis, Statistisches Bundesamt, 2023b, *Publikation – Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2022*. Online:
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/04-kreise.html> [12.10.2024].

Dresden, 2018, Haushaltsplan 2017/2018; Landeshauptstadt Dresden; Band 1. Online: https://www.dresden.de/media/pdf/haushalt/haushalt-2017-2018/Haushaltsplan_2017-2018_Band_I.pdf [07.12.2024].

Dresden, 2019, Suche. Online: <https://www.dresden.de/suche/?lang=de&q=&si=10> [27.09.2024].

Dresden, 2020a, Haushaltsplan 2019/2020; Landeshauptstadt Dresden; Band 1. Online: https://www.dresden.de/media/pdf/haushalt/haushalt-2019-2020/Haushaltsplan_LHD_2019-2020_Band_I.pdf [07.12.2024].

Dresden, 2020b, ICAN-Städteappell gegen Atomwaffen. Online: <https://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/europa/netzwerke/mayorsforpeace/ican.php#?searchkey=Mayor&searchkey=for&searchkey=Peace> [07.12.2024].

Dresden, 2021, Europabericht – Europaarbeit und internationale Tätigkeiten der Landeshauptstadt Dresden. Online: https://www.dresden.de/media/pdf/europa/2022_12_02-15.2-Interner-Europabericht-LHD-2021_FINAL.pdf [07.12.2024].

Dresden, 2022, Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Zukunft Dresden 2035+ - Fortschreibung 2022. Online: <https://www.dresden.de/media/pdf/stadtplanung/stadtplanung/INSEK-Dresden-2035-Fortschreibung-2022.pdf> [07.12.2024].

Dresden, 2023a, Oberbürgermeister Dirk Hilbert. Online: <https://www.dresden.de/de/rathaus/politik/oberbuergermeister.php> [22.10.2024].

Dresden, 2023b, Geschäftsverteilungsplan der Landeshauptstadt Dresden. Online: <https://www.dresden.de/media/pdf/infoblaetter/geschaeftsverteilungsplan.pdf> [22.10.2024].

Dresden, 2023c, Mayors for Peace. Online: https://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/europa/netzwerke/5_Mayors_for_Peace.php#?searchkey=Mayors&searchkey=for&searchkey=Peace [07.12.2024].

Dresden, 2024a, Die Dresdner Stadtbezirke. Online: <https://www.dresden.de/de/rathaus/stadtbezirke.php> [22.10.2024].

Dresden, 2024b, Mahnwachen für atomare Abrüstung. Online: <https://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/europa/netzwerke/mayorsforpeace/mahnwache.php#?searchkey=Mayors&searchkey=for&searchkey=Peace> [07.12.2024].

Dresden, 2024c, Amtsblatt 31/2024. Online: <https://www.dresden.de/media/pdf/amtssblatt/2024/gedruckte-ausgabe/dresdner-amtssblatt-2024-31.pdf> [07.12.2024].

Dresden, 2024d, „Schmerzhafte Erinnerung“. Online:
<https://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/europa/netzwerke/mayorsforpeace/kongress2020.php#?searchkey=Mayors&searchkey=for&searchkey=Peace> [07.12.2024].

Dresden, n.d., Gemeinsam erinnern. Online:
<https://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/europa/erinnerungskultur.php#?searchkey=Mayors&searchkey=for&searchkey=Peace&searchkey=Mayor> [07.12.2024].

Durmus, Elif & Barbara Oomen, 2022, *Transnational City Networks and their Contributions to Norm Generation in International Law: The Case of Migration*, *Local Government Studies* 48: 6, pp. 1048-69.

Düsseldorf, 2015, Bürgermeister zeigen Flagge. Online:
https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=5567&cHash=930481191a879181f222a25825a6ccff [19.12.2024].

Düsseldorf, 2017, Düsseldorf ist Mitglied in „Mayors for Peace“. Online:
<https://www.duesseldorf.de/aktuelles/news/detailansicht/newsdetail/duesseldorf-ist-mitglied-in-mayors-for-peace> [19.12.2024].

Düsseldorf, 2018a, Flaggentag Mayors for Peace. Online:
<https://www.duesseldorf.de/aktuelles/news/detailansicht/newsdetail/flaggentag-mayors-for-peace> [18.12.2024].

Düsseldorf, 2018b, Strong Cities Network: US-Bürgermeisterkonferenz. Online:
<https://www.duesseldorf.de/aktuelles/news/detailansicht/newsdetail/strong-cities-network-us-buergermeisterkonferenz> [14.12.2024].

Düsseldorf, 2019a, Globales Netzwerk der Metropolen berät in Düsseldorf über Zukunftsfragen. Online:
<https://www.duesseldorf.de/aktuelles/news/detailansicht/newsdetail/globales-netzwerk-der-metropolen-beraet-in-duesseldorf-ueber-zukunftsfragen> [14.12.2024].

Düsseldorf, 2019b, Metropolen suchen Lösungen für mehr als 60 Millionen Bewohner bei Konferenz in Düsseldorf. Online:
<https://www.duesseldorf.de/aktuelles/news/detailansicht/newsdetail/metropolen-suchen-loesungen-fuer-mehr-als-60-millionen-bewohner-bei-konferenz-in-duesseldorf-metropol> [14.12.2024].

Düsseldorf, 2020, Düsseldorf trägt zu europäischem und internationalem Austausch bei. Online: <https://www.duesseldorf.de/aktuelles/news/detailansicht/newsdetail/duesseldorf-traegt-zu-europaeischem-und-internationalem-austausch-bei> [19.12.2024].

Düsseldorf, 2021, Dezernatsverteilungsplan. Online: <https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt10/hauptamt/dezernatsverteilungsplan072021.pdf> [22.10.2024].

Düsseldorf, 2024a, OB Dr, Stephan Keller. Online: <https://www.duesseldorf.de/ob> 22.10.2024].

Düsseldorf, 2024b, Stadtbezirke und Stadtteile. Online: <https://www.duesseldorf.de/bv> [22.10.2024].

Düsseldorf, 2024c, Suche. Online: https://www.duesseldorf.de/suche?L=0&id=&tx_solr%5Bq%5D=Mayors+for+Peace [01.11.2024].

Düsseldorf, 2024d, Netzwerkarbeit des Büros für Internationale & Europäische Angelegenheiten. Online: <https://www.duesseldorf.de/internationales/netzwerke> [14.12.2024].

Erb, Andreas, 2024, Interview with Martin Papke, Mayor of Weißenfels, on turning towards smaller and medium-sized cities. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/interview-with-martin-papke-mayor-of-weisenfels-on-turning-towards-smaller-and-medium-sized-cities/> [12.12.2024].

Gareis, Sven B., 2022, Sicherheit in einer Welt im Umbruch. In: Informationen zur politischen Bildung 353, pp. 4-7, Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/internationale-sicherheitspolitik-353/517303/sicherheit-in-einer-welt-im-umbruch/> [18.11.2024].

Gordon, David J. & Craig A. Johnson, 2018, City-Networks, Global Climate Governance, and the Road to 1.5 °C, Current Opinion in Environmental Sustainability 30, pp. 35– 41.

Gordon, David J. & Kristin Ljungkvist, 2022, Theorizing the Globally Engaged City in World Politics, European Journal of International Relations 28: 1, pp. 58–82.

Haase, Sarah & Anna Rethmann, 2024, Struktur und Aktivitäten von in der Sicherheitspolitik verorteten Städtenetzwerken – Ein Vergleich der Netzwerke Mayors for Peace, Peace Messenger Cities, Resilient Cities Network und Strong Cities Network, Working Paper. Online: <https://city-networks.org/wp-content/uploads/2024/06/Haase-Rethmann-URBANORMS-Projektbericht.pdf>.

Haenschen, Ronja; Loges, Bastian & Katharina Mann, 2024, Comparing International City Networks - An Analytical Framework, Working Paper. Online: https://city-networks.org/wp-content/uploads/2024/04/Comparing-ICN_MASTER_300424_final.pdf [30.04.2024].

Haller, Thomas, 2022, *Bürgermeister für den Frieden: Düsseldorf zeigt wieder Flagge gegen Atomwaffen.* Online:

https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=43844&cHash=505c1ad0c88fac8ae35f68075c9de8fc [18.12.2024].

Hallesaale, 2006a, Amtsblatt 14: 17. Online:
https://halle.de/fileadmin/Amtsblaetter/Amtsblaetter-2006/amtssblatt17_300806.pdf [03.12.2024].

Hallesaale, 2006b, Amtsblatt 14: 18. Online:
https://halle.de/fileadmin/Amtsblaetter/Amtsblaetter-2006/amtssblatt18_130906.pdf [03.12.2024].

Hallesaale, 2006c, Amtsblatt 14: 24. Online:
https://halle.de/fileadmin/Amtsblaetter/Amtsblaetter-2006/amtssblatt24_061206.pdf [03.12.2024].

Hallesaale, 2008, Amtsblatt 16: 20. Online:
https://halle.de/fileadmin/Amtsblaetter/Amtsblaetter-2008/amtssblatt20_051108.pdf [03.12.2024].

Hallesaale, 2021a, Amtsblatt 9: 46. Online:
https://halle.de/fileadmin/Amtsblaetter/Amtsblaetter-2021/amtssblatt46_151021.pdf [03.12.2024].

Hallesaale, 2021b, Amtsblatt 29: 49. Online:
https://halle.de/fileadmin/Amtsblaetter/Amtsblaetter-2021/amtssblatt49_121121.pdf [03.12.2024].

Hallesaale, 2022a, Amtsblatt 30: 2. Online:
https://halle.de/fileadmin/Amtsblaetter/Amtsblaetter-2022/amtssblatt02_140122.pdf [03.12.2024].

Hallesaale, 2022b, Amtsblatt 30: 8. Online:
https://halle.de/fileadmin/Amtsblaetter/Amtsblaetter-2022/amtssblatt08_110322.pdf [03.12.2024].

Hallesaale, 2023, *Stadt beteiligt sich am Flaggentag des Städtebündnisses „Mayors for Peace“.* Online: <https://halle.de/verwaltung-stadtrat/presseportal/nachrichten/nachricht/stadt-beteiligt-sich-am-flaggentag-des-staedtebundnisses-mayors-for-peace> [03.12.2024].

Hallesaale, 2024a, Oberbürgermeister. Online: <https://halle.de/verwaltung-stadtrat/oberbuergermeister> [23.10.2024].

Hallesaale, 2024b, Stadtteile und Stadtviertel. Online: <https://halle.de/leben-in-halle/stadtentwicklung/stadtteile-und-stadtviertel> [23.10.2024].

Hallesaale, 2024c, Halle, gib mir Infos zu: Mayors for Peace. Online: https://halle.de/halle-gib-mir-infos-zu?tx_solr%5Bq%5D=Mayors+for+Peace [01.11.2024].

Hallesaale, 2024d, Halle gib mir Infos zu: Strong Cities. Online: https://halle.de/halle-gib-mir-infos-zu?tx_solr%5Bq%5D=Strong+Cities [01.11.2024].

Hallesaale, n.d., *Organigramm.* Online: https://halle.de/fileadmin/Binaries/Verwaltung/Dienststellen/Organigramm_Stadt_Halle_010324.pdf [23.10.2024].

Hartley, Kris, 2019, Global Goals, Global Cities: Achieving the SDGs Through Collective Local Action. Online: <https://globalaffairs.org/research/report/global-goals-global-cities-achieving-sdgs-through-collective-local-action> [27.11.2024].

Herden, Ingrid, 2019, Metropolen suchen Lösungen für mehr als 60 Millionen Bewohner bei Konferenz in Düsseldorf. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=28513&cHash=65cf3d960bef768d5fc9960d3ea3de8d [19.12.2024].

Hermann, Thomas, 2019; Mayors for Peace Lead City Hannover, Germany – Mayors for Peace 11th Executive Conference 2019 in Hannover. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2020/file-11th_ec_03_Hannover.pdf [26.12.2024].

Hirsch, Marie, 2023a, Mayors for Peace: Internationaler Jugend- und Kindermalwettbewerb für „Friedliche Städte“ 2023. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=49351&cHash=97152ed9fc613bebc8904d787171c906 [19.12.2024].

Hirsch, Marie, 2023b, Bürgermeister für den Frieden: Düsseldorf zeigt wieder Flagge gegen Atomwaffen. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=49889&cHash=f014e53d8775d46d2f4acb7dd958c397 [19.12.2024].

IAPMC, 2024a, Member Cities. Online: <http://www.iapmc.org/Member-cities> [14.05.2024].

Inoguchi, Takashi, 2003, Political Security: Toward a Broader Conceptualization, International Studies 40: 2, Sage, pp. 105-123.

Jakobi, Anja P. & Bastian Loges, 2022, Urbanising norms? Cities as local amplifiers in global norm dynamics on HIV/AIDS policies, Journal of International Relations and Development 25, pp. 54-78.

Jakobi, Anja P., 2024, Local Actors and the Complexity of a Global Nuclear Order: The International City Network ‘Mayors for Peace’, Internal manuscript prepared for review.

Jakobi, Anja P.; Loges, Bastian & Ronja Haenschen, 2024, What do International City Networks Contribute to Global Governance? Towards a Better Theoretical and Empirical Assessment, Global Society, pp. 1-23.

Jäckel-Engstfeld, 2016, Düsseldorf hisst die Flagge für den Frieden. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=8345&cHash=dccfb13181dd552d2b62736a1a8ed39c [19.12.2024].

Jäckel-Engstfeld, Kerstin, 2017, Sichtbares Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=14550&cHash=1d3ab820c4e96150caef508fe23bf0c7 [19.12.2024].

Jäckel-Engstfeld, Kerstin, 2018a, Oberbürgermeister Thomas Geisel reist nach Washington, D.C. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=18824&cHash=83c858b6f8a80ad20d562de778dc393f [14.12.2024].

Jäckel-Engstfeld, Kerstin, 2018b, Oberbürgermeister Thomas Geisel nimmt an US-Bürgermeisterkonferenz teil. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=18826&cHash=f440c18a1db3ffa5d86c248faaca76e8 [14.12.2024].

Jäckel-Engstfeld, Kerstin, 2022, Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine "aufs Schärfste". Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=41482&cHash=eac7100f6c2b7fc16f7489ce6772b97b [19.12.2024].

Kamissek, Evelyn, 2021, German Mayors for Peace Conference, *Mayors for Peace News Flash* 137, p. 3. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2021/file-News_2105_E.pdf [27.11.2024].

Keiner, Marco & Arley Kim, 2007, *Transnational City Networks for Sustainability*, *European Planning Studies* 15: 10, pp. 1369-1395.

Kern, Kristine & Harriet Bulkeley, 2009, *Cities, Europeanization and Multi-level Governance: Governing Climate Change through Transnational Municipal Networks*, *Journal of Common Market Studies* 47: 2, pp. 309-332.

Kosovac, Anna; Acuto, Michele & Terry L. Jones, 2020, *Acknowledging Urbanization: A Survey of the Role of Cities in UN Frameworks*, *Global Policy* 11: 3, pp. 293-304.

Kosovac, Anna; Hartley, Kris; Acuto, Michele & Darcy Gunning, 2021, *City Leaders Go Abroad: A Survey of City Diplomacy in 47 Cities*, *Urban Policy and Research* 39, pp. 127-142.

Kromberg, Christian & Anna Rau, 2021, *Urbane Sicherheit - sichere öffentliche Räume für ALLE*. In: *Urbane Sicherheit. Forum für Verwaltungs- und Polizeiwissenschaft*, Springer VS Wiesbaden, pp. 11-34.

Kühn, Florian, 2010, *Sicherheitspolitik*, In: *Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 42-111.

List, Martin, 2006, *Sicherheitspolitik*, In: *Internationale Politik studieren*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 65-76.

Ljungkvist, Kristin, 2021, *Toward an Urban Security Research Agenda in IR*, *Journal of Global Security Studies* 6: 2, pp. 1-17.

Mester, Annika, 2020a, Sichtbares Zeichen gegen Atomwaffen. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=33681&cHash=cb85edef7661ed23feb08b87035d30ef [19.12.2024].

Mester, Annika, 2020b, Zahlreiche Einsendungen für internationalen Kinder- und Jugendmalwettbewerb „Friedliche Städte“. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=35762&cHash=a47ac00eecd1f7086a6b78838221d4e6a [18.12.2024].

Mester, Annika, 2021a, Bürgermeister für den Frieden: Düsseldorf zeigt Flagge gegen Atomwaffen. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=35762&cHash=a47ac00eecd1f7086a6b78838221d4e6a

detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=38169&cHash=6430097421d1f7598ed38556c7c20bba [18.12.2024].

Mester, Annika, 2021b, Düsseldorf setzt ein sichtbares Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen. Online:

https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=36182&cHash=67b26f48c85cb50c2fe695b2da1db157 [19.12.2024].

MP, 1987, The 1st Executive Conference of the World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity held. Online: *<https://www.mayorsforpeace.org/en/news/1987/former-1st-ec-en/>* [26.12.2024].

MP, 1988, The 2nd Executive Conference of the World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity held. Online: *<https://www.mayorsforpeace.org/en/news/1988/former-2nd-ec-en/>* [26.12.2024].

MP, 1990s, Statement of the Mayor of Nagasaki at the International Court of Justice. Online: *https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/1990s/file-951107_ICJ_Nagasaki_en.pdf* [28.11.2024].

MP, 1997, The 4th World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity held. Online: *<https://www.mayorsforpeace.org/en/news/1997/former-4th-gc-en/>* [26.12.2024].

MP, 2000, The 5th Executive Conference of the World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity held. Online: *<https://www.mayorsforpeace.org/en/news/2000/former-5th-ec-en/>* [26.12.2024].

MP, 2005, Newsletter 21. Online: *https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2000s/file-Newsletter_21_E.pdf* [27.12.2024].

MP, 2006a, Newsletter 23. Online: *https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2000s/file-Newsletter_23_E.pdf* [27.12.2024].

MP, 2006b, List of Mayors who have signed the Mayoral Statement. Online: *https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2000s/file-060307_listmayoralstatement.pdf* [09.12.2024].

MP, 2009, Call to Action at the Closing Ceremony 62nd UN DPI/NGO Annual Meeting, Mexico City, Mexico. Online: *https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2000s/file-090911_speech_en.pdf* [28.11.2024].

MP, 2014a, Newsletter 34. Online: *https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2014/file-Newsletter_34_E.pdf* [27.12.2024].

MP, 2014b, News Flash 61. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2015/file-News_1501_E.pdf [27.12.2024].

MP, 2014c, Mayors for Peace Gratefully Welcomes the Following New Members. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2014/file-newmembers1412_en.pdf [15.12.2024].

MP, 2015a, Project G – bringing the story of Hiroshima and Nagasaki alive. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2015/file-150820_02.pdf [27.12.2024].

MP, 2015b, Mayors for Peace Gratefully Welcomes the Following Members. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2015/file-newmembers1506_en.pdf [09.12.2024].

MP, 2016; Commemorative Events for the 70th Anniversary of the atomic bombings. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2016/file-2015_List_of_commemorative_events_en.pdf [28.11.2024].

MP, 2017a, Briefing Paper 9 - UK & Ireland Mayors, Provosts and Leaders for Peace Chapter. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2017/file-170413_M4P_Briefing_No_9.pdf [27.12.2024].

MP, 2017b, The 9th General Conference of Mayors for Peace – Session 4. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2017/file-9th_gc_Report_en.pdf [27.12.2024].

MP, 2018, Activities as based on those in Mayors for Peace Action Plan from April 2017 to March 2018. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2018/file-2017_List_of_Activities_en.pdf [27.12.2024].

MP, 2019a, International and UK Progress with the ICAN Cities Appeal. Online: <https://www.mayorsforpeace.org/en/activities/2019/former-19nov-ican-cities-appeal-en/> [26.12.2024].

MP, 2019b, Briefing Paper 22 - UK & Ireland Mayors, Provost and Leaders for Peace Chapter. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2019/file-M4P_Briefing_No_22_NPT_and_progress_report.pdf [27.12.2024].

MP, 2019c, Briefing Paper 23 – UK & Ireland Mayors, Provost and Leaders for Peace Chapter. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2019/file-M4P_Briefing_No_23.pdf [27.12.2024].

MP, 2019d, News Flash 111. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2019/file-News_1903_E.pdf [15.12.2024].

MP, 2019e, News Flash 113. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2019/file-News_1905_E.pdf [15.12.2024].

MP, 2020a, Briefing Paper 28 – UK & Ireland Mayors, Provost and Leaders for Peace Chapter. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2020/file-UK_Briefing_No_28.pdf [27.12.2024].

MP, 2020b, Briefing Paper 31 - UK & Ireland Mayors, Provost and Leaders for Peace Chapter. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2020/file-UK_Briefing_No_31.pdf [27.12.2024].

MP, 2020c, International Congress on Cultures of Remembrance marking 75th anniversary of Dresden bombing. Online: <https://www.mayorsforpeace.org/en/activities/2020/former-2020feb-dresden-conference-en/> [07.12.2024].

MP, 2020d, Activities as based on those in Mayors for Peace Action Plan from April 2019 to March 2020. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2019/file-2019_List_of_Activities_en.pdf [15.12.2024].

MP, 2024a, Europe. Online: <https://www.mayorsforpeace.org/en/members/list-members/european/> [14.05.2024].

MP, 2024b, List of Member Cities. Online: <https://www.mayorsforpeace.org/en/members/list-members/> [27.10.2024].

MP, n.d.a, How to Join. Online: <https://www.mayorsforpeace.org/en/about-us/joins/> [27.10.2024].

MP, n.d.b, Site Search. Online: <https://www.mayorsforpeace.org/en/searches/#gsc.tab=0> [31.12.2024].

RCN, 2023a, Our Member Cities. Online: <https://resilientcitiesnetwork.org/member-cities/> [14.05.2023].

Schirrmacher, Michael, 2020, Gedenken an den 75. Jahrestag des Atombombenabwurfs über Hiroshima. Online: https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=34033&cHash=170f796f44a3078403a4e904450c769e [19.12.2024].

Schneiker, Andrea, 2017, Sicherheit in den Internationalen Beziehungen. Theoretische Perspektiven und aktuelle Entwicklungen, Springer VS Wiesbaden.

SCN, 2022a, *Endorse the Hague Mayoral Declaration on Preventing Hate, Extremism and Polarisation, and Safeguarding Local Democracy*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/endorse-the-hague-mayoral-declaration-on-preventing-hate-extremism-and-polarisation-and-safeguarding-local-democracy/> [31.12.2024].

SCN, 2022b, *US-Germany City Exchange*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/us-germany-city-exchange/> [05.12.2024].

SCN, 2023a, *New York City Mayoral Declaration*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/new-york-city-mayoral-declaration/> [31.12.2024].

SCN, 2023b, *Transatlantic Initiative City-Led Support for Community-Based Prevention Programmes*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/transatlantic-initiative-city-led-support-for-community-based-prevention-programmes/> [31.12.2024].

SCN, 2023c, *Transatlantic Initiative: Tapping into the Potential of Mayors and Local Governments in Safeguarding Local Democracy and Maintaining Social Cohesion Amidst a Dynamic Hate and Extremist Threat Landscape*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/transatlantic-initiative-tapping-into-the-potential-of-mayors-and-local-governments-in-safeguarding-local-democracy-and-maintaining-social-cohesion-amidst-a-dynamic-hate-and-extremist-threat-landscap/> [31.12.2024].

SCN, 2023d, *Transatlantic Initiative: Tapping into the Potential of Mayors and Local Governments in Safeguarding Local Democracy and Maintaining Social Cohesion Amidst a Dynamic Hate and Extremist Threat Landscape*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/transatlantic-initiative-tapping-into-the-potential-of-mayors-and-local-governments-in-safeguarding-local-democracy-and-maintaining-social-cohesion-amidst-a-dynamic-hate-and-extremist-threat-landscap/> [31.12.2024].

SCN, 2024a, *Member Cities*. Online: https://strongcitiesnetwork.org/about-us/city-directory/?_country=germany [29.10.2024].

SCN, 2024b, *Management Unit*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/about-us/management-unit/> [29.10.2024].

SCN, 2024c, *Search*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/search/> [31.12.2024].

SCN, 2024d, *Implementation Update: The New York City Mayoral Declaration against Hate, Extremism and Polarisation*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/resource/implementation-update-the-new-york-city-mayoral-declaration-against-hate-extremism-and-polarisation/> [31.12.2024].

SCN, 2024e, *Transatlantic Dialogue Initiative: Ten Key Findings in 2023*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/resource/transatlantic-dialogue-initiative-ten-key-findings-in-2023/> [31.12.2024].

SCN, 2024f, *Global Crises, Local Impacts: Threats to Social Cohesion and How Cities Can Respond* (April 2024). Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/global-crises-local-impacts-threats-to-social-cohesion-and-how-cities-can-respond-april-2024-2/> [31.12.2024].

SCN, 2024g, *Global Crises, Local Impacts: Key Findings & Recommendations to Date* (September 2024). Online: <https://strongcitiesnetwork.org/resource/global-crises-local-impacts-key-findings-recommendations-to-date-september-2024/> [31.12.2024].

SCN, 2024h, *Transatlantic Dialogue Initiative: City-Led Strategies for Strengthening Community Resilience to Extremist Violence and Hate*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/transatlantic-dialogue-initiative-city-led-strategies-for-strengthening-community-resilience-to-extremist-violence-and-hate-2/> [31.12.2024].

SCN, 2024i, *Transatlantic Dialogue Initiative: City Leadership in Maintaining Social Cohesion Amid Global Crises Learning from ‘The Columbus Way’ and Other City-Led Approaches in Europe and North America*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/news/transatlantic-dialogue-initiative-city-leadership-in-maintaining-social-cohesion-amid-global-crises-learning-from-the-columbus-way-and-other-city-led-approaches-in-europe-and-north-america-2/> [31.12.2024].

SCN, 2024j, *Creating Safe, Cohesive and Resilient Cities through Urban Planning & Design: Ten Considerations for Mayors and Local Governments*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/resource/creating-safe-cohesive-and-resilient-cities-through-urban-planning-design-ten-considerations-for-mayors-and-local-governments/> [31.12.2024].

SCN, 2024k, *Countering Hate Speech in Times of Crisis: Considerations for Mayors and Local Governments*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/resource/countering-hate-speech-in-times-of-crisis-considerations-for-mayors-and-local-governments/> [31.12.2024].

SCN, 2024l, *Managing Migration: City-Led Approaches for Being an Inclusive, Welcoming and Socially-Cohesive City*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/resource/managing-migration-city-led-approaches-for-being-an-inclusive-welcoming-and-socially-cohesive-city/> [31.12.2024].

SCN, 2024m, *Funding*. Online: <https://strongcitiesnetwork.org/impact/funding/> [05.12.2024].

SCN, 2024n, *Transatlantic Dialogue Initiative: Building Community Cohesion & Strengthening Democracy in Cities – A Roundtable with European and US Mayors*. Online:

<https://strongcitiesnetwork.org/news/transatlantic-dialogue-initiative-building-community-cohesion-strengthening-democracy-in-cities-a-roundtable-with-european-and-us-mayors/> [12.12.2024].

URBANORMS, n.d.a, Home. Online: <https://city-networks.org/> [30.04.2024].

URBANORMS, n.d.b, Research. Online: <https://city-networks.org/research/> [30.04.2024].

Vanderschueren, Franz, 2013, *The Evolution and Challenges of Security within Cities*, UN Chronicle 2: L. Online: <https://www.un.org/en/chronicle/article/evolution-and-challenges-security-within-cities> [08.11.2024].

van der Heijden, Jeroen; Patterson, James; Juhola, Sirkku & Marc Wolfram, 2018, Special section: Advancing the Role of Cities in Climate Governance – Promise, Limits, Politics, *Journal of Environmental Planning and Management* 62: 3, pp. 1-9.

Velten, Frank, 2021, OB Dr. Stephan Keller nimmt an virtuellem Treffen mit dem Dalai Lama teil. Online:

https://www.duesseldorf.de/medienportal/pressemitteilung?tx_pld_frontpage%5Baction%5D=detail&tx_pld_frontpage%5Bcontroller%5D=FrontendNews&tx_pld_frontpage%5Bnews%5D=36352&cHash=86d857e7cfad1f3d9c25d594fe03d679 [14.12.2024].

Wagner, Beate, 2022, Zusmarshausen stands together for Peace, Mayors for Peace News Flash 152, p. 8. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/2022/file-2208-News_2208_E.pdf [27.11.2024].

Wall, Ronald S. & Spyridon Stavropoulos, 2016, Smart cities within world city networks, *Applied Economics Letters* 23: 12, pp. 875-879.

WCMPIS, 1988a, An Appeal from the World Conference of Mayors for Peace through Inter-city Solidarity. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/1980s/file-2nd_ec_Appeal_en.pdf [26.12.2024].

WCMPIS, 1988b, Statement by Mayor of Hiroshima at the Third Special Session of the United Nations General Assembly Devoted to Disarmament. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/1980s/file-880609_speech_Hiroshima_en.pdf [26.12.2024].

WCMPIS, 1994a, Inter-city Solidarity Newsletter 2. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/1990s/file-Newsletter_02_E.pdf [27.12.2024].

WCMPIS, 1994b, *Inter-city Solidarity Newsletter* 3. Online:
https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/1990s/file-Newsletter_03_E.pdf [27.12.2024].

WCMPIS, 1998, *Inter-city Solidarity Newsletter* 9. Online: https://www.mayorsforpeace.org/wp-content/uploads/1990s/file-Newsletter_09_E.pdf [27.12.2024].

Weißenfels, 2021, *Amtsblatt* 31: 7. Online:
<https://www.weissenfels.de/?NavID=3678.11&such=Mayors+for+peace> [09.12.2024].

Weißenfels, 2022a, *Weißenfels zeigt wieder Flagge für den Frieden und gegen Atomwaffen.* Online: <https://www.weissenfels.de/?object=tx%7c3678.5.1&ModID=255&FID=3678.18169.1> [09.12.2024].

Weißenfels, 2022b, *Amtsblatt* 30: 6. Online:
<https://www.weissenfels.de/?NavID=3678.11&such=Mayors+for+peace> [09.12.2024].

Weißenfels, 2023a, *Friedensflagge weht über Weißenfels.* Online:
<https://www.weissenfels.de/?object=tx%7c3678.5.1&ModID=255&FID=3678.23290.1> [09.12.2024].

Weißenfels, 2023b, *Stadtratssitzung Oktober 2023.* Online:
<https://weissenfels.de/?object=tx%7c3678.5.1&ModID=255&FID=3678.24267.1> [12.12.2024].

Weißenfels, 2023c, *Amtsblatt* 33: 7. Online:
<https://weissenfels.de/?NavID=3678.11&such=Strong+Cities> [12.12.2024].

Weißenfels, 2023d, *Amtsblatt* 33: 10. Online:
<https://weissenfels.de/?NavID=3678.11&such=Strong+Cities> [12.12.2024].

Weißenfels, 2024a, *Weißenfels zeigt Flagge für Frieden und eine atomwaffenfreie Welt.* Online: <https://www.weissenfels.de/?object=tx%7c3678.5.1&ModID=255&FID=3678.44153.1> [09.12.2024].

Weißenfels, 2024b, *Amtsblatt* 34: 1. Online:
<https://weissenfels.de/?NavID=3678.11&such=Strong+Cities> [12.12.2024].

Weißenfels, 2024c, *Amtsblatt* 34: 2. Online:
<https://weissenfels.de/?NavID=3678.11&such=Strong+Cities> [12.12.2024].

Weißenfels, n.d.a, *Oberbürgermeister Martin Papke.* Online: <https://weissenfels.de/Stadt-Ortschaften/Wei%C3%9Fenfels/Oberb%C3%BCrgermeister/Martin-Papke/> [22.10.2024].

Weißenfels, n.d.b, *Organigramm.* Online: <https://weissenfels.de/Stadt-Ortschaften/Wei%C3%9Fenfels/Verwaltungsstruktur/> [23.10.2024].

Weißfels, n.d.c, Ortschaften der Stadt Weißfels. Online: <https://weissenfels.de/Stadt-Ortschaften/Ortschaften/> [23.10.2024].

Weißfels, n.d.d, Suche. Online: <https://www.weissenfels.de/Kurzmen%C3%BC/Suche/> [09.12.2024].

Zelinka, Udo, 1997, Sicherheit - ein Grundbedürfnis des Menschen? In: Lippert, Ekkehard; Prüfert, Andreas & Günther Wachtler (Eds.), Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, p. 43-57.